Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

3. April 1978
6. Jg. Nr. 14

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Saudi-Arabien: Weitere Dollaraggression – Ölpreiserhöhung

Saudi-Arabien hat durch einen Brief König Chalids an den US-Präsidenten Carter mitgeteilt, daß bei Fortsetzung der Dollarentwertung eine Erhöhung des Ölpreises nötig würde. Durch die Dollaraggression der USA-Imperialisten haben die OPEC-Staaten große Verluste in den Öleinnahmen. Bereits am 7. März hat Abdul Aziz Al-Turki, stellvertretender saudi-arabischer Ölminister, erklärt, „daß die OPEC-Mitglieder gezwungen sein könnten, angesichts der Dollarentwertung und der in die Höhe schnellenden Inflation, die Ölpreise zu erhöhen". (OPEC-Bulletin) Gleichzeitig hat Saudi-Arabien durch Regierungserlaß beschlossen, seine eigene nationale Tankerflotte aufzubauen, die „Saudi Oil Transport Co." (SOTC), nachdem bisher private saudiarabische Tankergesellschaften gegründet worden waren. Sie soll eine Kapazität für die Hälfte des exportierten Erdöls haben.

Türkischer Premierminister gegen den Überfall der Zionisten

Der türkische Premierminister Ecevit hat erklärt, daß der vor kurzem erfolgte Angriff Israels auf seine Nachbarstaaten und die Verletzung ihrer Grenzen und ihrer Souveränität, die Tote unter der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Städten und Dörfern verursachten, durch nichts gerechtfertigt werden könne.

In einer Erklärung zur israelischen Aggression auf den Südlibanon sagte Ecevit: „So lange wie eine gerechte Lösung für die Palästinenserfrage nicht durchgeführt und das Recht des palästinensischen Volkes, seinen eigenen Staat zu errichten, nicht anerkannt ist, ist es offensichtlich, daß eine gesunde Lösung für die Nahost-Probleme nicht gefunden werden kann."

Erhöhung der Kfz-Versicherung, Benzin- und Taxipreise in Polen

Ab 1. April werden in Polen die Beiträge für Kfz-Versicherungen je nach Motor-Hubraum angehoben. Bereits zum 19. März war durch die staatliche Preiskommission die Erhöhung der Preise für Benzin, Dieselkraftstoff, Motorenöl und Kraftfahrzeugfette um 20% angeordnet

rer Souveränität, die Tote unter der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Städten und Dörfern verursachten, durch nichts gerechtfertigt werden könne.

In einer Erklärung zur israelischen Aggression auf den Südlibanon sagte Ecevit: „So lange wie eine gerechte Lösung für die Palästinenserfrage nicht durchgeführt und das Recht des palästinensischen Volkes, seinen eigenen Staat zu errichten, nicht anerkannt ist, ist es offensichtlich, daß eine gesunde Lösung für die Nahost-Probleme nicht gefunden werden kann."

Erhöhung der Kfz-Versicherung, Benzin- und Taxipreise in Polen

Ab 1. April werden in Polen die Beiträge für Kfz-Versicherungen je nach Motor-Hubraum angehoben. Bereits zum 19. März war durch die staatliche Preiskommission die Erhöhung der Preise für Benzin, Dieselkraftstoff, Motorenöl und Kraftfahrzeugfette um 20% angeordnet

worden. Die „Notwendigkeit" der Preiserhöhungen begründet die neue Bourgeoisie in Polen damit, so „einen sparsameren Benzinverbrauch anzuregen", weil sich „schneller als in der Volkswirtschaft der Verbrauch an Treibstoffen durch private Autobesitzer erhöht hat". Die Zahl der Pkw war von 1975 bis 1978 um 57%, der Benzinverbrauch um 80% gestiegen. Die Tatsache, daß die polnischen Arbeiter gezwungen sind, immer weitere Entfernungen zur Fabrik zurückzulegen, nutzt die neue Bourgeoisie, um sich weiter an ihnen zu bereichern. Ein Liter Benzin kostet jetzt 12 Zloty (80 Pfennig). Der durchschnittliche Monatslohn liegt bei 2788 Zloty (185,20 DM). Diejenigen, die kein Auto haben und gelegentlich auf Taxis zurückgreifen müssen, wurden auch nicht verschont. Der Taxipreis wurde ebenfalls um 20% erhöht.

„Wirtschaftsexperimente" in der CSSR

Auf Beschluß der Regierung der CSSR führen in Zukunft zwölf Großbetriebe ein „Wirtschaftsexperiment" durch. Ihre „Beteiligung am Erlös des Handels", neue Ziele der Betriebsleitung wie Steigerung des Exports sind der Zweck. Das heißt nichts anderes, als daß ein weiterer Schritt in der Herausbildung selbständiger Monopole gemacht wird. Verbunden ist dies „Experiment" mit einem neuen Angriff auf die Lage der Arbeiterklasse: Lohnsenkung, Verschärfung der Ausbeutung und Spaltungsversuche. In der Industrie soll 1978 die Arbeitsproduktivität um 4,5% erhöht werden bei gleichbleibender Arbeiterzahl, die Löhne werden nur geringfügig um 3,6% angehoben bei gleichzeitiger Festlegung, daß die Lohn- und Gehaltsunterschiede gesteigert werden sollen, um so ein „System des Ansporns" zu erzielen.

Die beiden Supermächte sind Kolosse auf tönernen Füßen

Zu Recht werden die USA und die Sowjetunion als die zwei Supermächte bezeichnet. Was macht sie zu Supermächten? In beiden Ländern sind die Produktionsmittel in den Händen einer schmalen Schicht von Monopolisten konzentriert, die die Staatsmacht entsprechend ihren imperialistischen Interessen einsetzen. Diese Staatsmacht ist ein gigantischer Unterdrükkungsapparat gegen das eigene Volk und gegen die Völker der Welt. Viele Menschen haben in den letzten Wochen die Einsätze der amerikanischen Nationalgarde gegen die streikenden Bergarbeiter im Fernsehen gesehen. Die Napalmbomben-Einsätze des US-Imperialismus gegen Vietnam sind in der ganzen Welt verurteilt worden.

Der sozialimperialistische Staat verfolgt jede demokratische Regung unter der Arbeiterklasse und den Volksmassen mit blutiger Unterdrückung. Heute ist die Sowjetunion wie unter den alten Zaren wieder zu einem Völkergefängnis geworden, in dem vor allem die nichtrussischen Nationen, die Völker des Ostens, aber auch die Ukrainer, die Letten gewaltsam unterdrückt werden. Gegen das tschechoslowakische Volk hat der Sozialimperialismus seine Armee marschieren lassen und hält dieses Land unter strenger Besatzung. Indem der Sozialimperialismus das befreite Kuba in seine Abhängigkeit gebracht hat, hat er sich eine Söldnertruppe geschaffen, die er überall in Afrika zum Einsatz zu bringen versucht.

In Westdeutschland stehen die US-amerikanischen Besatzungstruppen, die DDR steht praktisch unter der Oberhoheit der Sowjetunion, die dort sogar riesige Truppenmassen unterhält.

Die USA und die Sowjetunion sind Supermächte, weil sie imperialistische Staaten sind, die allen anderen imperialistischen Mächten den Rang abgelaufen haben im Kampf um die Weltherrschaft. Sie haben große Menschenmassen ihrer Ausbeutung unterworfen, sie besitzen das größte Produktionspotential und die stärkste Militärmacht. Nach Weltherrschaft streben alle imperialistischen Mächte, denn ihr Drang nach Ausbeutung ist unbegrenzt. Aber nur die beiden Supermächte haben gegenwärtig die Fähigkeit, den Kampf um die Beherr-

Kuba in seine Abhängigkeit gebracht hat, hat er sich eine Söldnertruppe geschaffen, die er überall in Afrika zum Einsatz zu bringen versucht.

In Westdeutschland stehen die US-amerikanischen Besatzungstruppen, die DDR steht praktisch unter der Oberhoheit der Sowjetunion, die dort sogar riesige Truppenmassen unterhält.

Die USA und die Sowjetunion sind Supermächte, weil sie imperialistische Staaten sind, die allen anderen imperialistischen Mächten den Rang abgelaufen haben im Kampf um die Weltherrschaft. Sie haben große Menschenmassen ihrer Ausbeutung unterworfen, sie besitzen das größte Produktionspotential und die stärkste Militärmacht. Nach Weltherrschaft streben alle imperialistischen Mächte, denn ihr Drang nach Ausbeutung ist unbegrenzt. Aber nur die beiden Supermächte haben gegenwärtig die Fähigkeit, den Kampf um die Beherr-

schung der Welt rund um die Welt auszutragen. Deshalb sind sie Supermächte.

Die beiden Supermächte machen ein großes Aufhebens von den Errungenschaften, die sie angeblich für ihre Völker gebracht haben. Aber es ist kein Glück, sondern ein Pech, der Herrschaft einer der beiden Supermächte unterworfen zu sein. Natürlich versuchen die beiden Supermächte jeweils einen winzigen Teil der Arbeiterklasse zu bestechen, um die Arbeiterklasse zu spalten und besser unterdrücken zu können. Mittel für solche Bestechung haben sie aus den Extraprofiten, die sie sich aufgrund ihrer Vormachtstellung gegenüber anderen Ländern verschaffen. Aber diese Bestechung einer schmalen Schicht von Arbeiteraristokraten dient ja keinem anderen Ziel, als die Masse der Arbeiter und der Volksmassen in größter Armut niederhalten zu können. Über 30 Millionen Menschen hatten im Jahr 1972 in den USA nur eine Mahlzeit pro Tag. Das sind Zahlen aus einer Untersuchung des „Senatskomitees für Ernährung und menschlichen Bedürfnisse". Diese 30 Millionen Menschen konnten ihre menschlichen Bedürfnisse oft nur mit Katzenfutter und Abfällen befriedigen. Auch das stammt aus dem Bericht der Senatskommission. Der US-Imperialismus ist be-

(Fortsetzung Seite 2)

Die Bauern von Sanrizuka verhindern seit 1971 Inbetriebnahme des Tokioter Großflughafens



Am Ostersonntag haben die Bauern von Sanrizuka, 60 km nördlich von Tokio, durch Zerstörung des Kontrollturms die Eröffnung des neuen internationalen Flughafens erneut verhindert. Seit 1971 hatte die japanische Regierung seine Eröffnung schon mehrfach angekündigt, der neue Termin soll jetzt der 21. Mai sein.

Der Kampf der Bauern von Sanrizuka begann vor 12 Jahren, am 29. Juni 1966, wenige Tage nach Bekanntgabe der Flughafenpläne durch die japanische Regierung. Die Bauern verabschiedeten eine Erklärung, in der es u.a. hieß: „Wir Teilnehmer an der heutigen Demonstration erklären, daß wir die Sato-Regierung und die Präfektur unbeugsam bekämpfen, bis sie ihren Plan zum Bau des Sanrizuka-Flughafens aufgegeben haben." (Unser Bild) Die meisten der Bauern hatten erst nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, aus dem mit Bambussträuchern bewachsenen Gelände fruchtbares Ackerland zu machen.

Anfang der sechziger Jahre begann der japanische Imperialismus erneut eine Offensive des Kapital- und Warenexports, insbesondere nach Südostasien, und unterstützte aktiv das Eingreifen des US-Imperialismus in Indochina. Der alte Flughafen Haneda war für die ehrgeizigen Expansionspläne zu klein geworden. Die Bauern verstanden gut diesen Zusammenhang und haben sich früh mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt verbunden.

Die Gewerkschaft der Eisenbahntechniker Japans weigerte sich, Treibstoff für Düsenflugzeuge zu transportieren, die Unterstützung des Kampfes drückt sich in zahlreichen Solidaritätserklärungen und der aktiven Beteiligung von Arbeitern, Bauern, Schülern und Studenten aus allen Teilen Japans aus. Der Kampf der Bauern von Sanrizuka

Plan zum Bau des Sanrizuka-Flughafens aufgegeben haben." (Unser Bild) Die meisten der Bauern hatten erst nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen, aus dem mit Bambussträuchern bewachsenen Gelände fruchtbares Ackerland zu machen.

Anfang der sechziger Jahre begann der japanische Imperialismus erneut eine Offensive des Kapital- und Warenexports, insbesondere nach Südostasien, und unterstützte aktiv das Eingreifen des US-Imperialismus in Indochina. Der alte Flughafen Haneda war für die ehrgeizigen Expansionspläne zu klein geworden. Die Bauern verstanden gut diesen Zusammenhang und haben sich früh mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt verbunden.

Die Gewerkschaft der Eisenbahntechniker Japans weigerte sich, Treibstoff für Düsenflugzeuge zu transportieren, die Unterstützung des Kampfes drückt sich in zahlreichen Solidaritätserklärungen und der aktiven Beteiligung von Arbeitern, Bauern, Schülern und Studenten aus allen Teilen Japans aus. Der Kampf der Bauern von Sanrizuka

ist zum Kristallisationspunkt der Kämpfe der japanischen Volksmassen gegen den imperialistischen Staatsapparat geworden.

Metall: 5,3% sind ein Hohn und außerdem hat man sie noch nicht

Gegen erneute Manöver der Kapitalisten und die Gefahr der Spaltung läßt sich eine breite Aktionseinheit für die Forderung von 7 Prozent, noch besser 110 DM mindestens, schließen

Die IG Metall hat durch ihre Tarifkommission in Niedersachsen am Freitag erklären lassen, daß sie den Schlichtungsspruch für Niedersachsen von 5,3%, einheitliche Anhebung der Lohngruppen 1 bis 6 auf 42 Pf., der unteren Gehaltsgruppen auf 73 DM begrüßt als einen akzeptablen Kompromiß. Der Metallkapitalist Dürr hat auf die Frage des ZDF am Mittwoch, ob die Kapitalisten die 5,3% als nicht akzeptabel ansehen, geantwortet: so ist es. In der Presse vom letzten Freitag wird über die Verhandlungen in Stuttgart verbreitet: „Bei den Tarifverhandlungen gab es erstmals seit Tagen eine größere Bewegung." In den Nachrichten am Samstag hieß es, es hätte weitere Fortschritte gegeben. Dabei ist in den Verhandlungen in Stuttgart bisher über die Lohnforderungen überhaupt noch nicht gesprochen worden. Für die VW-Werke hat Schmücker auch am Freitag in den Schlichtungsverhandlungen nichts vorgelegt, ebenfalls kein Ergebnis gibt es bisher in den Schlichtungsverhandlungen für den Nordverbund und Westberlin.

Woran sich die Metallkapitalisten klammern ist, daß es ihrem Verhandlungsführer Dürr gelingen möge, noch vor Beendigung der Schlichtung im Nordverbund, in Westberlin und für die VW-Werke und bevor für die Metall-Kapitalisten in Niedersachsen die Erklärungsfrist am Dienstag abläuft, Steinkühler zu nötigen, noch ein bißchen mehr „Bereitschaft" zu zeigen und auf der Grundlage der Zustimmung der Tarifkommission in Niedersachsen bei den Verhandlungen um die Lohnerhöhung von den 7%, auf die ihn die streikenden Metallarbeiter in Nordwürttember/Nordbaden schon genagelt haben, wieder abzurücken.

Daß der 5,3%-Schlichtungsspruch einschließlich des Festbetrags für die unteren Lohngruppen ein Hohn ist, sieht man an der Berechnung für die Siemens-Belegschaft im Werk Braunschweig.

alt 1596,60 DM (brutto) – neu 1683,31
Erhöhung brutto 86,71 DM

netto	I*	II/2	III/2	V
netto	76,67	76,67	94,36	13,67

alt 1750,04 DM (brutto) – neu 1842,70 DM
Erhöhung brutto 92,75 DM

netto	I*	II/2	III/2	V
netto	81,90	83,20	100,00	12,90

alt 1750,04 DM (brutto) – neu 1881,25 DM
Erhöhung brutto 131,21 DM

netto	I*	II/2	III/2	V
netto	103,34	108,14	126,24	19,14

*Zahlen gelten auch für Steuerklasse IV/2

Von den 4300 Arbeitern und Angestellten, die nach Tarif bezahlt werden, sind bis zu Lohngruppe 6 1593 Arbeiter eingestuft, bis Gehaltsgruppe 2 365 Angestellte, das sind 45% der Belegschaft.

In der Tabelle ist zuerst der Schlichtungsspruch berechnet auf lediglich die tariflich abgesicherten Teile des Lohnes einschließlich der tariflichen Bestandteile des Urlaubsgeldes, 13. Monatslohn und der in Niedersachsen tariflich abgesicherten 13% von der Leistungszulage).

Zweitens ist der Schlichtungsspruch berechnet auf den Durchschnittsmonatslohn einschließlich Akkord-, Schicht- und Überstundenlohn sowie Urlaubsgeld. Drittens dazu im Vergleich, was ein Abschluß entsprechend der aufgestellten Forderung bringt

Immerhin sind von der Marke 3,5%, die der Graf Lambsdorff für die Bourgeoisie und die Regierung gesetzt hatte, die Angebote allein unter dem Eindruck des Streiks von 90000 Metallarbeitern im Süden die Angebote der Schlichter von 4,6% in Hessen über 4,8% in Baden/Württemberg auf 5,3% in Niedersachsen gestiegen. Die Arbeiter schließen daraus zurecht, daß dies bloß ihre Ansicht bestätigt, daß mindestens 7% und für die unteren Lohngruppen ein Festbetrag von 110 DM, wie im Nordverbund gefordert, und die Streichung der unteren Lohngruppen durchgesetzt werden kann, und so war es ja auch bei den Hafenarbeitern.

Deshalb gibt es auch unter vielen Metallarbeitern in Nordwürttemberg/Nordbaden helle Empörung über die Zustimmung der Tarifkommission der IG Metall in Hannover zu dem 5,3% Schlichtungsspruch, der zwar für die unteren Lohngruppen 73 DM bringt, aber das sind eben 34 DM weniger, ein Drittel weniger, als gefordert worden war. Diese Kritik reicht bis in die Reihen der Betriebsräte der IG-Metall und der Ortsverwaltungen. Außerdem hat man sie noch nicht und gerade die 42 Pf./73 DM sind es, die die Metallkapitalisten als unerträglich bezeichnen, weshalb sie ablehnen wollen.

Auf der Ortsverwaltungssitzung der IG Metall in Hannover wurde von Betriebsräten und Jugendvertretungen kritisiert, daß Zustimmung bedeutet, den streikenden Metallarbeitern im Süden in den Rücken zu fallen und 5,3% viel zu wenig sind. Das ist auch die Meinung zahlreicher Belegschaften im Norden in den Metall- und Automobilbetrieben, die in den Resolutionen zur Unterstützung des Streiks die Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden immer wieder aufgefordert haben, an den 7% festzuhalten und die darin erklärt haben, daß sie selbst ebenfalls bereit sind, in den Streik zu gehen, um den ständigen Lohnsenkungen Einhalt zu gebieten. So haben das auch die VW-Arbeiter am Freitag diskutiert, daß man jetzt endlich in den Streik muß. Noch dazu, wo Schmücker das dritte Mal die Kurzarbeit, die bereits für Ende März angekündigt war, verschoben hat. Er weiß, daß er zahlen muß, wenn es zum Streik kommt. Der Essener Bezirksleiter der IG Metall, Herb, hat ebenfalls Kritik am Verlauf der Tarifauseinandersetzungen geäußert und sich dahingend ausgesprochen, daß es richtig ist, den Streik nicht nur in Nordwürttemberg/Nordbaden auszuweiten, sondern auch in NRW in den Streik zu gehen.

Die Kapitalisten müssen bereits feststellen, daß ihnen bis Ende März allein durch den Streik der Metaller im Süden und ihre Maßnahmen der Aussperrung 1 Mrd. Umsatzverluste bereits ins Haus stehen. Sie verlangen

(Fortsetzung Seite 2)

Die beiden Supermächte sind Kolosse auf tönernen Füßen

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Rivalität der beiden Supermächte konzentriert sich auf Europa. Hier gibt es moderne Produktionsmittel, und hier gibt es moderne Proletarier, die sie ihrer Ausbeutung unterwerfen wollen, um der anderen Supermacht endgültig an den Kragen gehen zu können. Bereits jetzt haben die beiden Supermächte Europa unter sich in Einflußsphären aufgeteilt. Sie kämpfen um die Neuverteilung dieser Einflußsphären. Der US-Imperialismus hat 18,6 Milliarden DM in Westdeutschland investiert, um an der Ausbeutung des Proletariats teilzunehmen. Mit entsprechenden Methoden nimmt der Sozialimperialismus an der Ausbeutung der Proletarier in der DDR teil. Ist es nicht klar, daß jede der beiden Supermächte gern auf ganz Deutschland Zugriff hätte? Wie mit Deutschland, so mit Europa.

Bei Carter, dem Pfaffen, liest sich das so: „Seit über 30 Jahren sind wir auf die Verteidigung Europas verpflichtet ... Wir verstärken die in Westeuropa stationierten amerikanischen Streitkräfte beträchtlich und verbessern unsere Fähigkeit, zusätzliche Land- und Luftverstärkungen in Krisenzeiten zur Verteidigung Europas heranzuführen."

Um eins der Mittel dieser Verteidigung, die Neutronenbombe, gibt es zur Zeit heftige Auseinandersetzungen zwischen dem US-Imperialismus und dem Sozialimperialismus. Breschnew hat in Polemik gegen die USA seine eigene Stellung zu Europa zwischen den Zeilen deutlich durchblicken lassen:

„Es wird ihnen (den Europäern) wohl kaum recht sein, daß ihr gemeinsames Dach, das sich ohnehin unter dem gewaltigen Gewicht der Waffen durchbiegt, einer weiteren zusätzlichen gefährlichen Belastung ausgesetzt wird."

Wer, bitte schön, hat den Europäern diese Waffen aufs Dach gelegt? Breschnew sagt es selber, wenn er den Europäern droht, auf die Stationierung der Neutronenbombe in Europa mit der Stationierung von weiteren Vernichtungswaffen zu antworten:

„Wir werden vor die Notwendigkeit gestellt, auf diese Herausforderung zu antworten, um die Sicherheit des sowjetischen Volkes, seiner Verbündeten und Freunde zu gewährleisten."

Es sind die beiden Supermächte, die immer mehr Waffen auf das Dach Europas legen, mit der Absicht, sich des Hauses ganz zu bemächtigen und die Arbeiterklasse in Europa vollständig ihrer Herrschaft und Ausbeutung zu unterwerfen. Nun wohnen in diesem „Haus" Nationen, die durch tiefe Klassengegensätze gespalten sind. Die Waffen auf dem Dach ändern für die europäischen Arbeiter nichts daran, daß sie unter diesem Dach heftiger Ausbeutung unterworfen sind. Will die Arbeiterklasse also das Haus verteidigen gegen die beiden Supermächte, dann muß sie es erst in die Hand bekommen. Die Gefahr eines Krieges der beiden Supermächte um Europa ist zweifellos groß. Ist die Lage der Arbeiterklasse also aussichtslos, und muß sie sich gegenüber der äußeren Bedrohung, wenn sie sich verteidigen will, mit den eigenen Ausbeutern zusammenschließen? Es ist nicht so. Die beiden Supermächte, insbesondere der sowjetische Sozialimperialismus, sind Kolosse auf tönernen Füßen. Sie sind selber durch die heftigsten Klassengegensätze zerrissen. Diese Klassengegensätze verschärfen sich.

Im Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie wird die europäische Arbeiterklasse bei der Vertreibung der Supermächte beim amerikanischen und sowjetischen Volk Unterstützung finden.

strebt, diese elende Lage eines großen Teils der Volksmassen zu nutzen, um die Arbeiterklasse unter scharfe Konkurrenz zu setzen und in wachsendem Umfang auf ein solches Elendsniveau zu drücken. Das ist der auslösende Faktor für die heftigen und äußerst harten Klassenkämpfe, die die amerikanische Arbeiterklasse dem US-Imperialismus liefert. Die Streiks der Stahlarbeiter Ende des Jahres und die langandauernden Streiks der Bergarbeiter sind auch hier in Westdeutschland bekannt geworden. Stahl- und Bergarbeiter sind aber überhaupt nicht die einzigen Abteilungen der amerikanischen Arbeiterklasse, die die rücksichtslosen Schläge der amerikanischen Supermacht mit Gegenschlägen beantworten. Ein Kernstück der Politik des Pfaffen Carter ist es, die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu drücken. Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen treibt er die ärmsten Schichten des amerikanischen Proletariats in öffentliche Zwangsarbeiten, während die nach Tarif bezahlten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hinausgeworfen werden oder krasse Lohnsenkungen hinnehmen sollen. Gegenwärtig bereiten die Postler New Yorks den Streik gegen diese Maßnahmen des US-Imperialismus vor. Sicher, die USA sind die reichste und stärkste imperialistische Macht der Welt. Diesem Reichtum in der Hand der Monopolbourgeoisie entspricht auf dem anderen Pol der Gesellschaft absolute Verelendung.

Die sozialimperialistische Supermacht geht damit hausieren, daß sie sich im Geschwindschritt dem Kommunismus nähere. Als die neue Bourgeoisie in der Sowjetunion die politische Macht eroberte, da versuchte sie die Volksmassen noch mit dem Ideal des Gulaschkommunismus zu betrügen. Genausowenig, wie aus dem Kommunismus was werden kann, wenn die Kapitalisten die Herrschaft innehaben, genausowenig kann es mit dem Gulasch auf dem Tisch was werden, wo die Profitproduktion die gesellschaftliche Produktion bestimmt. Rund 20 Millionen Arbeiter werden Jahr für Jahr auf der Suche nach Arbeit in der Sowjetunion hin- und hergeschoben. Während sich der sozialimperialistische Staat in wachsendem Umfang an Steuern auf Kosten der Massen bereichert, sind die Massen gezwungen, erneut auf die Reproduktionsform der Großfamilie zurückzugreifen, um sich überhaupt reproduzieren zu können. Der größte Teil der Rentner muß sich auch nach Erreichung des Rentenalters der Ausbeutung durch die bürokratische Monopolbourgeoisie unterwerfen, weil mit der Rente kein Auskommen ist. Erst sollten die Massen mit Hilfe von Gulasch um den Sozialismus betrogen werden, jetzt werden sie um das Gulasch betrogen. Nein, es ist kein Glück, sondern ein Pech, der Herrschaft einer der beiden Supermächte unterworfen zu sein. Mit der Verschärfung der Rivalität um die Weltherrschaft geht die Verelendung der Massen Hand in Hand.

Geschäfte aus dem Elend der Massen schlagen

„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandverleiher usw." (Kommunistisches Manifest)

Pfandkredit, das heißt: Gegen Hinterlegung eines Pfandes erhält man, je nach Wert des Pfandes, einen bestimmten Geldbetrag ausgezahlt. Nach Ablauf von drei Monaten kann man entweder gegen Rückzahlung dieser Summe zuzüglich Zinsen und Unkostenvergütung an den Pfandverleiher sein Pfand wieder einlösen oder es geht in den Besitz des Pfandverleihers über, der sich durch meistbietende Versteigerung schadlos hält.

„Den allernotwendigsten Lebensbedarf sichern zu helfen", so hat der Vorsitzende des Zentralverbandes des Deutschen Kreditgewerbes, Grüne, 1960 diese Ausplünderung der Massen genannt. Abgesichert durch die staatliche Pfandkreditgesetzgebung, erheben die Pfandverleiher wahre Wucherzinsen. Monatlich 1%, sowie gestaffelt nach der Höhe des Kredits „Unkostenbeträge" zwischen 2 und 6% per Monat. Das gibt einen jährlichen Zins auf einen Pfandkredit in Höhe von 36% bis 80%.

Immer wieder werden die Volksmassen, getrieben durch die absolute Verelendung, den Fängen dieser Blutsauger ausgeliefert. Kommt der Rentner mit seiner Rente nicht durch, so muß er notfalls sein Essensbesteck verpfänden, um noch über den Monat zu kommen und die letzten Tage etwas Eßbares auf dem Tisch zu haben. 12,5% aller Pfänder können im Durchschnitt nicht mehr eingelöst werden, und ihr Anteil steigt. Die Blutsauger melden Schwierigkeiten: Immer öfter werden Sachen verpfändet, die noch gar nicht bezahlt sind, wo die Ratenzahlung schon nicht mehr möglich ist und wo dann die anderen Kapitalisten den Daumen drauf halten, so daß die Pfandverleiher das Nachsehen haben.

In Kiel gibt es zwei solcher Pfandverleiher. Kleine Kapitalisten sind es in der Regel, die dieses Gewerbe betreiben. Für die großen Banken „lohnt" dieses Geschäft nicht: in der Regel handelt es sich um Kredite so um die 100 DM, nötig, um gerade das dringendste für den Lebensunterhalt noch zu kriegen.

Ihre „Geschäftsräume": in Kiel sind es zwei Mietwohnungen, eines in einem Hinterhof, eines in einem Sanierungsgebiet in der Nähe des Hauptbahnhofs, direkt neben einem schmierigen Fischbäcker und der Minicar-Zentrale. In der Nähe ist eine Automatenhalle, eine Diskothek, die wöchentlich durch Polizeirazzien überfallen wird. Das ist das Milieu dieser Wucherer, die den Volksmassen das Blut auspressen. Die „Arbeitsräume": 2 bis 3 Zimmer, schäbig eingerichtet, ein Schreibtisch, Regale an den Wänden, in denen die letzten Wertsachen lagern, die die Volksmassen zum Pfandleiher getragen haben. Ein erbärmliches Gefeilsche ist nötig, um überhaupt einen Kredit zu kriegen, der auch nur annähernd dem Wert des Gegenstands entspricht, den man dafür hinzugeben gezwungen wird.

Groß ist der Haß der Volksmassen auf diese Blutsauger. In Berlin wurden nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg fast alle noch verbliebenen Pfandhäuser geplündert. Erst 1950 hat der bürgerliche Staat die Geschäfte dieser Figuren wieder offiziell zugelassen, nachdem er eine Zeitlang diese Plünderung unter eigener Regie im Rahmen der „Sozialfürsorge" hatte laufen lassen. Auch heute gehen nur wenige zu den Pfandleihern. Das Geschäft läuft schlecht, melden die Pfandleiher. Es wird sogar schlechter derzeit, obwohl das Elend der Massen zunimmt. Das liegt daran, daß oft nichts mehr da ist, was man als Pfand weggeben kann. Und weil die Erfahrungen der Massen mit diesem Gelichter tief sitzen.

Metall: 5,3% sind ein Hohn

(Fortsetzung von Seite 1)

nach einem Schlichter aus Regierungskreisen.

In dieser Lage ist es ausgesprochen schädlich, wenn einzelne Sozialdemokraten dazu übergehen, davon zu reden, daß man die 7% mindestens, besser noch die 110 DM für die unteren Lohngruppen, nicht durchsetzen könnte. Bei Blaupunkt sagen die Arbeiterinnen, daß eine Urabstimmung gemacht werden soll und die 5,3% für Niedersachsen abgelehnt werden müssen. Bei VW sagen viele, die ganzen Streikgelder sind rausgeschmissen, wenn hier den 5,3% zugestimmt wird.

Richtig ist, daß eine große Zustimmung unter allen Metallern und Automobilarbeitern dafür da ist, daß man für einen Abschluß nicht unter 7% eintreten kann. Wenn dies eingangs der Woche erneut zu einer großen Aktionseinheitslosung unter allen Metallern und Automobilarbeitern gemacht wird, indem erneut über die Forderung und die Kampfführung beraten wird, kann der Gefahr der Spaltung, die es zweifellos gibt, begegnet werden. Dafür kann man sich auch mit vielen Sozialdemokraten einigen und denen, die von den 7% abrücken wollen, entsprechend den Marsch blasen.

Kurzarbeitergeld: Mittel zur Lohnsenkung und Spaltung der Arbeiter

Die Kapitalisten im Metallbereich haben jetzt für etliche Betriebe unter Hinweis auf den Streik der Metallarbeiter in Nordbaden und Württemberg Kurzarbeit angemeldet. Das heißt aber noch lange nicht, daß die Arbeiter der betreffenden Betriebe Kurzarbeitergeld kriegen. § 116 AFG (Arbeitsförderungsgesetz), der auch für Kurzarbeiter gilt, bestimmt:

„Abs. 1: Durch die Gewährung von Arbeitslosengeld darf nicht in Arbeitskämpfe eingegriffen werden.

Abs. 2: Ist der Arbeitnehmer durch Beteiligung an einem inländischen Arbeitskampf arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes.

Abs. 3: Ist der Arbeitnehmer durch einen inländischen Arbeitskampf, an dem er nicht beteiligt ist, arbeitslos geworden, so ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld bis zur Beendigung des Arbeitskampfes, wenn

1. der Arbeitskampf auf eine Änderung der Arbeitsbedingungen in dem Betrieb, in dem der Arbeitnehmer zuletzt beschäftigt war, abzielt, oder

2. die Gewährung des Arbeitslosengeldes den Arbeitskampf beeinflussen würde."

Nach Abs. 4 können die Landesarbeitsämter oder die Bundesanstalt für Arbeit bestimmen, daß dann, wenn „bei einem Arbeitskampf das Ruhen des Anspruchs nach Abs. 3 für eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmern ausnahmsweise nicht gerechtfertigt (ist), daß ihnen Arbeitslosengeld zu gewähren ist."

Dieser Paragraph ist 1969 neu ins AFG aufgenommen worden. § 116 AFG soll Ausdruck der „Neutralität" der Bundesanstalt während eines Arbeitskampfes sein. Seine Funktion ist Spaltung des Lohnkampfes. Wenn die Metallkapitalisten jetzt zum Mittel der Aussperrung und zur Anmeldung von Kurzarbeit greifen, um die Kampffront der Arbeiterklasse zu schwächen, bedeutet das für die betroffenen Arbeiter: Gelder aus den Streikkassen der Gewerkschaft erhalten sie nicht, weil sie nicht im Streik sind. Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld bzw. Arbeitslosenhilfe kriegen sie wegen § 116 AFG nicht, sie müssen zum Sozialamt gehen. Welche Ausnahmen von den Arbeitsämtern wegen der Nichtzahlung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld gemacht werden können, darüber hat lange Streit unter den Bourgeois geherrscht. Anläßlich des Metallarbeiterstreiks 1971, ebenfalls beschränkt auf den Tarifbezirk Nordbaden/Nordwürttemberg, hatte die Bundesanstalt noch eine Anordnung erlassen, wonach allen Arbeitern in der Metallindustrie außerhalb der im Arbeitskampf stehenden Tarifbezirke Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld zu zahlen sei. Die Kapitalisten und ihre Juristen sind dagegen Sturm gelaufen. Auf ihre Klage hin hat das Bundessozialgericht 1975 diese Anordnung aufgehoben, „da eine Ausnahme von der Nichtzahlung von Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld nur ganz ausnahmsweise zulässig sei, wenn nämlich eine besonders schwierige wirtschaftliche Situation ... oder besondere wirtschaftliche Belange der Betroffenen" es rechtfertigen.

Kurzarbeitergeld – das bedeutet allemal Lohnsenkung. Es beträgt ebenso wie das Arbeitslosengeld 68% vom letzten Nettolohn. Die Arbeiter, die Kurzarbeitergeld erhalten, sind denselben Auflagen und Schikanen ausgesetzt wie die Arbeiter ohne Arbeit. So müssen sie sich beispielsweise regelmäßig beim Arbeitsamt melden. Gezahlt wird aus den Kassen der Arbeiterklasse, den Geldern aus der Arbeitslosenversicherung. Die Kapitalisten können so profitlich diese Kassen ausplündern.

Jedem Arbeiter ist klar, daß die Maßnahmen der Gewerkschaftsführung gegen die Aussperrung und neuerdings gegen die sogenannte „kalte Aussperrung" (Kurzarbeit bei Streik) mit Klagen vor dem Arbeitsgericht kaum Erfolg haben dürften. Tatsächlich nützlich hingegen wäre in der gegenwärtigen Lage ein klares Wort der Gewerkschaftsführung zur Versicherungsfrage, d.h. eine klare Forderung zur Übernahme der Versicherungen in die Selbstverwaltung der Arbeiter bei Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten. – (Z-Red.)

Französische „Paras": Mit Blauhelmen in den Südlibanon, um die zionistische Aggression zu ersetzen

„Auf mein Kommando ... Achtung ... Präsentiert daaas ... Gewehr! Auf der Piste des internationalen Flughafens von Beirut stehen 250 französische Fallschirmjäger des 3. Regiments der Marineinfanterie untadelig aufgestellt ... Kaum ausgeladen, mit dem Gepäck auf der Schulter, sind die Paras mit ihrem langsamen und elastischen Schritt vorbeidefiliert, unter dem Gesang ihrer Hymne 'Sein und Bleiben', eine Devise, die ihnen anscheinend der Colonel Bigeard mitgegeben hat, als er das Regiment kommandierte, ein Regiment, das bei Cao-Bang, Dien Bien Phu und Bizerta dabei war ... Ein alter libanesischer Zöllner, der neben mir steht, murmelt, Tränen in den Augen: 'Das ist lange her, daß man die Hechte im Libanon gesehen hat. Das macht Freude.'" (Frontbericht des Sonderkorrespondenten des Figaro, 24.3.1978)

Die französischen Fallschirmjäger bilden die Kerntruppe der „UN-Friedensstreitmacht", die auf Beschluß des UN-Sicherheitsrats nach dem Süd-Libanon in Marsch gesetzt wurde, einem Antrag der USA folgend, der von den Ländern der Dritten Welt nur deshalb angenommen wurde, weil die libanesische Regierung sich dafür ausgesprochen hat. Die Volksrepublik China hat an dieser Abstimmung nicht teilgenommen wegen prinzipieller Ablehnung solcher Unternehmungen. Die Sowjetunion hat sich der Stimme enthalten, weil sie lieber selbst bei einer ordentlichen Friedensmission im Nahen Osten dabei wäre, etwa nach einer Genfer Konferenz. – Auf Verlangen der Länder der Dritten Welt wurde in der UN-Sicherheitsrats-Resolution klipp und klar der sofortige und bedingungslose Abzug der israelischen Aggressionstruppen verlangt. Die Aufgabe der UN-Truppe wurde dahin festgelegt, diesen Abzug zu überwachen.

Zum ersten Mal, seit 1950 US-Truppen unter UNO-Flagge ihren Aggressionskrieg gegen das Volk von Korea geführt haben (zu diesem Zeitpunkt stand die UNO allerdings noch weitgehend unter der Fuchtel des US-Imperialismus), hat sich ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates, nämlich eben Frankreich, dazu gedrängt, mit seinen bereitstehenden Interventionstruppen sich an einer solchen Aktion zu beteiligen. Als Sicherheitsratsmitglied mit Veto-Recht, von den anderen imperialistischen Großmächten des Westens gedeckt, haben die französischen Imperialisten jetzt im Libanon ziemlich freie Hand. Sie bewegen sich in vertrautem Gelände. Von 1920 bis 1943, faktisch bis 1946 war der Libanon französisches „Mandatsgebiet". Die faschistisch-christlichen „Phalange"-Milizen sind eine originale Züchtung der französischen Kolonialmacht, ihre Führer der französischen Finanzwelt und „Kultur" engstens verpflichtet. Seit sie abziehen mußten, haben sich die französischen Imperialisten danach gedrängt, wieder direkt Fuß fassen zu können. Obwohl gerade erst bei Suez auf die Schnauze gefallen, wollten sie bei der US-Invasion im Libanon 1958 unbedingt dabei sein, wurden aber nicht benötigt. 1967, nach dem neuen Aggressionskrieg Israels, drängte de Gaulle wiederum auf eine Intervention der vier Großmächte im Nahen Osten, wobei Frankreich gerne den „Frieden" im Libanon sichern wollte. 1976, beim Versuch der faschistischen Milizen, die palästinensische und libanesische Revolution im Blut zu ersticken, bot Giscard d'Estaing wieder einmal eine französische „Friedenstruppe" an, die aber dankend abgelehnt wurde. Jetzt also ...

Die französischen Fallschirmjäger haben sofort deutlich gemacht, daß sie ihre Aufgabe darin sehen, statt den Abzug der israelischen Aggressoren zu überwachen, diese vielmehr zu *ersetzen* in der Unterdrückung der Volksmassen des Libanon und des palästinensischen Widerstandes. Sie haben sich als erstes in Tyrus eingenistet, dem von den libanesischen und palästinensischen Kämpfern heroisch gehaltenen Hafen südlich des Litani, dem einzigen Ort, wo die Israelis *nicht* sind. Der „Figaro"-Korrespondent, im weißen UNO-Wagen des französischen Kommandanten mitgefahren, zieht bei der Ankunft verschreckt den Kopf ein: „Ohne Zweifel ist es nur dem Geschick und der Courage des Colonel Salvan zu verdanken ... daß nicht zehn Minuten nach der Ankunft der Männer in Tyrus schon Blut geflossen ist." Das erste, was die Kerle nämlich taten, war, sich im Handstreich in einer von den Fedayin benutzten Kaserne einzunisten.

Es ist deutlich, daß die französischen Imperialisten sich in Tyrus einen festen Stützpunkt schaffen wollen.

Der politische Zentralrat der Nationalen Bewegung des Libanon, dessen Kämpfer an der Seite der PLO sich der zionistischen Aggression entgegengestellt haben, hat dem UNO-Kontingent vorgeworfen, „in den Gegenden Stellung zu beziehen, die gar nicht besetzt sind, während es sich doch zwischen dem Litani und der Grenze zu Israel aufstellen sollte." Speziell wurden die französischen Einheiten angegriffen, „die ... ihre Rolle weit überschreiten und versuchen, sich im ganzen libanesischen Territorium festzusetzen, um sich als Schutztruppe aufzubauen." (Le Monde, 31.3.78)

In der Tat: Mit den israelischen Aggressoren haben sich die Blauhelme kollegial die Hände geschüttelt. Die Israelis können unter den Augen der „Friedenstruppe" ihre christliche Marionettenarmee im Eiltempo aufbauen und mit ihren Artillerie- und Luftangriffen gegen zivile und militärische Ziele nördlich des Litani fortfahren. Allerdings haben sie dafür schwer zu zahlen: Nacht für Nacht werden sie von Kommandos der palästinensischen und libanesischen Revolutionäre angegriffen, die vor, zwischen und hinter ihren Reihen operieren. Alle imperialistisch-zionistischen Angriffe fachen nur die Flammen des Volksbefreiungskrieges an. – (Z-Red.)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 14/78: 32000

Die verzweifelten Bemühungen der westdeutschen Bourgeoisie, die „Weltstadt" Berlin (West) als Brückenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen auszubauen

„Wir lehnen uns nicht selbstgefällig in bequemen Schaukelstühlen zurück und träumen von der ‚goldenen' Vergangenheit Berlins: Wir wollen die Zukunft gestalten, wir wollen die Zukunft gewinnen. Dafür arbeiten wir in Berlin mit aller Macht. Wir werden die Stadt weiterentwickeln nach innen und nach außen. Das kulturell in Deutschland führende Zentrum Berlin muß ergänzt werden durch die moderne, hochleistungsfähige Wirtschaftsmetropole Berlin." Das sagte der Westberliner Wirtschaftssenator Lüder im Februar in einer Rede vor der Deutschen Industrie- und Handelskammer in London.

Die westdeutschen Imperialisten betreiben verstärkt den Ausbau ihres Brückenkopfes Westberlin. Zu diesem Zweck ist Ende 1977 von Scheel eine „All-Parteien-Runde" eingerichtet worden. Laut „Berliner Morgenpost" vom 24./25. März hat diese Runde Bourgeoispolitiker einen Vorschlag für ein neues „Berlin-Programm" ausgearbeitet. Die Kernpunkte sind: Nach dem Fortfall der Lohnsummensteuer soll ab 1980 die Gewerbesteuer um ein Drittel gesenkt werden, durch Zuschüsse aus Steuern sollen die Flugpreise gesenkt werden, eine Investitionszulage von 25% soll gezahlt werden, außerdem soll ein „Wagnis-Finanzierungs-Fonds" gegründet werden in Höhe von 50 Mio. DM. Insgesamt sind für dieses Programm 600 Mio. bis 1 Mrd. DM vorgesehen. Offensichtlich ist sich die Bourgeoisie aber noch nicht über die tatsächliche Höhe dieser Subventionen im klaren, denn in der „Berliner Abendschau" vom 29. März wird erklärt, daß all dies noch nicht beschlossen, sondern nur ein Vorschlag ist.

Notwendig ist für die Bourgeoisie all dies, um Westberlin für das Kapital attraktiv zu machen. Die „Standortnachteile" ihres Brückenkopfes sollen ausgeglichen werden. Über diese geplanten Subventionen, Steuersenkungen usw. wollen sich die Imperialisten von den Volksmassen bezahlen lassen, was sie z.B. an höheren Transportkosten haben gegenüber Westdeutschland.

Zu den Plänen der westdeutschen Imperialisten für den Ausbau ihres Brückenkopfes Westberlin gehört neben diesen Subventionen für die Kapitalisten auch die Kulturpolitik des Senats. Die Bedeutung der Kulturpolitik für die Bourgeoisie hat der ehemalige Senator Löffler beschrieben: „Kunst und Kultur sichern auch die lebensnotwendige Identität der Stadt und ihrer Bürger, wobei der Fähigkeit und Bereitschaft zu dieser Identität nach dem Verlust der Hauptstadtfunktion nach meinem Urteil heute besondere

talisten auch die Kulturpolitik des Senats. Die Bedeutung der Kulturpolitik für die Bourgeoisie hat der ehemalige Senator Löffler beschrieben: „Kunst und Kultur sichern auch die lebensnotwendige Identität der Stadt und ihrer Bürger, wobei der Fähigkeit und Bereitschaft zu dieser Identität nach dem Verlust der Hauptstadtfunktion nach meinem Urteil heute besondere

Bedeutung zuzumessen ist." Die Posten im Haushaltsplan für die Subventionierung dieser Pläne sind ständig gestiegen. Wir nehmen nur die Zahlen von 1977 und 1978 als Beispiel:

(Zahlen in Tsd. DM)	1977	1978
Amtsbezüge des Senators	130	136
Zuschuß an die Deutsche Film- und Fernsehakademie	1655	1778
Privattheater	15560	16850
Akademie der Künste	2739	2997
Stiftung Deutsche Kinemathek	550	625
Radio-Sinfonie-Orchester	3750	3900
Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Ohne Investitionen von ca. 16,4 Mio. DM)	5396	5700
Berliner Festspiel GmbH	3744	3940

Insgesamt eine Steigerung von 62,621 Mio. DM (1977) auf 85,6 Mio. DM im Jahre 1978. Dabei müssen noch die Fehlbeträge, die zwischen Einnahmen und Ausgaben entstehen und die mit Steuergeldern ausgeglichen werden, erwähnt werden: für das Philharmonische Orchester 11,9 Mio. DM, für die Deutsche Oper 45,6 Mio. DM und für die staatliche Schaubühne 21,7 Mio. DM.

Angesichts dieses Batzen Geldes kommt „Bewegung in die Kulturszene". Gebalgt wird sich um die Pfründe, die durch den bürgerlichen Staat den Volksmassen abgepreßt wurden. „Durch das Gießkannenprinzip der Subvention", mault Günter Grass, „werde aus der einstmals geschätzten und bewunderten Kulturmetropole nicht annähernd wieder eine." Die CDU jault über die „Verarmung" und schlägt vor, es über die Änderung des Beschlusses des Bundeskabinetts zu versuchen, in Bonn eine „Nationale Kunsthalle" errichten zu lassen, um diese Walhalla nach dem „Drehkreuz zwischen Ost und West – nach Berlin" zu holen. Der Senat nimmt die Munition auf und hat die Siegessäule für 1,7 Mio. DM vergolden lassen.

Der verzweifelte Versuch der Bourgeoisie, Westberlin als „Weltstadt" zu erhalten, wird mit zwei Methoden versucht. Die erste ist, das bürgerliche Künstlerpack mittels Bestechung an diesem Plan zu beteiligen. „Klar ist, daß Kulturpolitik diese ihre Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie diejenigen fördert, die diesen künstlerischen Teil der Kultur produzieren und damit die Bevölkerung überhaupt erst in den Stand versetzen, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und neue Bedürfnisse zu entwickeln", erläuterte der Abgeordnete Roloff, FDP, Rektor der Hochschule der Künste. Dies regelt der Senat praktisch. Anläßlich der 27. Internationalen Filmfestspiele wurden folgende Steuergelder von den Herren der Jury, der Presse, den Poli-

Bevölkerung überhaupt erst in den Stand versetzen, ihre kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen und neue Bedürfnisse zu entwickeln", erläuterte der Abgeordnete Roloff, FDP, Rektor der Hochschule der Künste. Dies regelt der Senat praktisch. Anläßlich der 27. Internationalen Filmfestspiele wurden folgende Steuergelder von den Herren der Jury, der Presse, den Poli-

tikern und ihren Schlampen verfressen und versoffen: Eröffnungsball 76803,59 DM; Kosten für den Empfang zur Begegnung von Presse und Jury 3307,50 DM; Kosten eines weiteren Presseempfangs 4851,05 DM und für den Schlußempfang des „Kuratoriums der Berliner Festspiele GmbH" – einer Gesellschaft, die zur Hälfte dem Bund und dem Senat gehört – von 26000 DM. Insgesamt haben diese Bourgeois also bei Empfängen anläßlich der Filmfestspiele rund 111000 DM verpraßt. Stobbe, Regierender Bürgermeister, soll ein ausgesprochener Filmnarr sein, und die bürgerliche Presse fordert in Artikelserien „Berlin als Filmhauptstadt Deutschlands".

Die Pfründe für ihre Künstler wollen die Bourgeoispolitiker jetzt vergrößern. Lorenz von der CDU fordert vom Senat den Ausbau der Westberliner Theater „auf hohem Niveau": „Dazu wird mehr Geld notwendig sein als bisher, man wird einige Millionen, nach meiner Vorstellung werden es 7 bis 10 sein, für das ‚Theater des Westens' aufwenden müssen, um denen auch die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen" (Lorenz in der Berliner Abendschau vom 25. Februar).

Die Volksmassen kann die Bourgeoisie für solche Projekt nicht gewinnen. Deshalb hat der Senat den zweiten Teil seines Plans ausgeheckt. Der neue Wissenschaftssenator Dr. Sauberzweig hat die Konzeption kürzlich erläutert: „Wir planen eine Reihe von Veranstaltungen, an deren letztlichem Programm allerdings noch gefeilt wird. Ein Festival traditioneller Musik 1978 über Arabien von Mitte Juni bis Anfang Juli, im Juni Internationale Literaturtage, die gemeinsam mit Poetry International Rotterdam und dem Künstlerhaus Bethanien veranstaltet werden, außerdem Katalanische Wochen, Kunstausstellungen, Konzerte, literarische Veranstaltungen und Folklore." Eine dieser Veranstaltungen wird den Titel „Anpassung und Widerstand" haben. Erklärt werden soll „das Verhalten des Künstlers in Deutschland von 1933 – 1945".

Zusätzlich plant der Senat den Ausbau der Westberliner Museen und eine Reihe Ausstellungen. Nach der Ausstellung „Tendenzen der Zwanziger Jahre" plant der Senat seit einiger Zeit eine Ausstellung über die Preußen im ehemaligen Reichstag durchzuführen. Dafür ist der Bundestag direkt zuständig. Mit dem Verlag Reclam zusammen plant der Senat, einen „Kunstführer" im Rahmen einer Serie herauszugeben. Diese Pläne des Senats sollen dazu dienen, „die kulturgeschichtliche Einheit Berlins auch in der jetzigen Geteiltheit der Stadt zu dokumentieren"

Fraglich ist es, ob die Bourgeoisie mit diesen Versuchen, Westberlin als „Weltstadt" zu erhalten, Erfolg haben wird. Die Volksmassen jedenfalls wird sie schwer dafür gewinnen können: Gegen den während der Ausstellung „Tendenzen der zwanziger Jahre" laufenden Film „Hitler – eine Karriere" hat der Bezirksverband des KBW jeden Tag vor dem Kino Propaganda gemacht. In den wenigen Wochen, in denen er gezeigt wurde, sind rund 1000 Broschüren gegen diesen Film verkauft worden. – (Bezirk Westberlin)

III. Russell-Tribunal – die erhabenen 5% im Kampf für die „Weltoffenheit" des BRD-Imperialismus



„. . .aus Sorge um die innere, die liberal-rechtsstaatliche Entwicklung der Bundesrepublik" und um „die bundesdeutsche und die internationale Öffentlichkeit aufzurufen, aktiv im Kampf um die unverkürzte Verwirklichung der Menschenrechte einzutreten, denn die innere Entwicklung der ökonomisch und politisch führenden Staaten der Welt bedingt die Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten der unterentw[illegible] Länder."

„Dem deutschen Volk entspricht psychologisch der deutsche Ordnungsbegriff, den man nicht in die Zügel schießen lassen darf, Beispiel, im Dritten Reich hatte fast das ganze Volk seine Menschlichkeit aufgegeben . . . und welcher Teil des Volkes war jemals bereit, sich aktiv zu engagieren? . . .nie mehr als 5% der Gesamtbevölke-

„Dem deutschen Volk entspricht psychologisch der deutsche Ordnungsbegriff, den man nicht in die Zügel schießen lassen darf, Beispiel, im Dritten Reich hatte fast das ganze Volk seine Menschlichkeit aufgegeben . . . und welcher Teil des Volkes war jemals bereit, sich aktiv zu engagieren? . . .nie mehr als 5% der Gesamtbevölkerung."

Bete und Arbeite: Die Revisionisten entdecken die Kirche für sich

Am 6. März fand das erste Spitzengespräch seit Gründung der DDR mit Honecker und dem Vertreter der evangelischen Kirche Bischof Schönherr in Berlin statt. Auf dieser Konferenz bot Bischof Schönherr sich und seine Kirche an „als Kirche, die dem christlichen Bürger und der einzelnen Gemeinde hilft, daß sie einen Weg in der sozialistischen Gesellschaft in der Freiheit und Bindung des Glaubens finden und bemüht sind, das beste für alle und für das Ganze zu suchen". „Für alle und für das Ganze", für die neue Bourgeoisie und ihren Profit. „Ora et labora" – bete und arbeite, denn das wahre Glück ist nicht von dieser Welt.

Erich Honecker nahm das Angebot der Kirche dankend an und wies sie gleich auf ihre großen Aufgaben im Dienste seiner Klasse hin: „Den Kirchen als Kirchen im Sozialismus eröffnen sich heute und künftig viele Möglichkeiten des Mitwirkens an diesen zutiefst humanistischen Zielen . . . Dafür sind die Wertschätzung und großzügige Unterstützung der diakonischen Arbeit der Kirchen durch unsere staatlichen Organe ein deutlicher Ausdruck. Die Arbeit, die in kirchlichen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens geleistet wird, dient gesamtgesellschaftlichen Interessen. Sinnvoll fügt sie sich in das Grundanliegen des Sozialismus ein, alles für das Wohl des Menschen zu tun. Auch weiterhin wird diese Tätigkeit materiell und durch die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte unterstützt."

Nach soviel offenen Worten mußte Honecker auch Nebel werfen: „Die Freiheit der Religionsausübung (ist) bei klarer Trennung von Staat und Kirche garantiert . . ." (Neues Deutschland 7.3.78). Diese „Trennung von Staat und Kirche" in der DDR existiert tatsächlich nicht. Mit jährlich 12 Mio. Mark aus dem Staatshaushalt subventionieren die Revisionisten die Kirchen. Zusätzlich kommt noch die Unterstützung für „karitative Tätigkeiten" und für den Wiederaufbau und Neubau von Gotteshäusern dazu. Unter der hegenden Hand der Revisionisten hat die Zahl der kirchlichen Einrichtungen zur Indoktrinierung und Unterdrückung der Massen zugenommen. So stieg die Zahl, der von der Kirche betriebenen Krankenhäuser von 76 (1964) auf 86 (1974). Die Pfaffen betreiben inzwischen 90 Heime für Behinderte. Hatten die Kirchen die verrenteten Arbeiter und Bauern bei Gebet und kargem Brot 1964 in 288 Altenheimen ins Jenseits geleitet, ist die Anzahl dieser Altenheime 1974 auf 433 gestiegen. Von 100000 Plätzen in Pflege-, Feierabend- und Wohnheimen sind 17800 kirchliche.

Bis zu ihrer revisionistischen Entartung hatte die SED den ideologischen Kampf gegen die Kirche als Agentur für die revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie geführt. Die Kirche war vom Staat als privater Verein geduldet, während die Arbeiterklasse in der DDR voranschritt, den Sozialismus aufzubauen und damit die gesellschaftliche Tat zu vollziehen, von der Engels im Anti-Dühring schrieb: „Wenn diese Tat vollzogen, wenn die Gesellschaft durch Besitzergreifung und planvolle Handhabung der gesamten Produktionsmittel sich selbst und alle ihre Mitglieder aus der Knechtung befreit hat, in der sie gegenwärtig gehalten werden durch diese von ihnen selbst produzierten, aber ihnen als übergewaltige fremde Macht gegenüberstehenden Produktionsmittel, wenn der Mensch also nicht mehr bloß denkt, sondern auch lenkt, dann erst verschwindet die letzte fremde Macht, die sich jetzt noch in der Religion widerspiegelt, und damit verschwindet auch die religiöse Widerspiegelung selbst, aus dem einfachen Grunde, weil es dann nichts mehr widerzuspiegeln gibt."

Mit der Eroberung der politischen Macht, mit der Unterwerfung der Arbeiterklasse unter ihr Ausbeutungsinteresse erwacht auch das Interesse der neuen Bourgeoisie an der Kirche, um die Arbeiter auch mit der Bibel in die Knie zu zwingen. Um die Kirche dem Einfluß der westdeutschen Bourgeoisie zu entziehen, setzte sie die Zusammenfassung der evangelischen Landeskirchen im Kirchenbund der DDR durch. Noch ist ihr Einfluß schwach. Aber auf der Konferenz am 6. März hat sie Maßnahmen ergriffen, um die Kirche vollständig in ihren Dienst zu stellen. Honecker und Bischof Schönherr verhandelten auf der Konferenz laut Berliner Kirchenreport vom 9. März über folgendes Zehn-Punkte-Programm:

1. Gewährung von Fernsehzeit für die Kirche im Zweiten Programm des DDR-Fernsehens zu besonderen kirchlichen Feiertagen und Anlässen sowie Sendezeit im Hörfunk für monatliche Informationssendungen über das kirchliche Leben in der DDR. Bereits eingeläutet haben sie dieses kirchliche Trommelfeuer mit der Ausstrahlung der „Johannes-Passion" am Ostersonntag, „ein Musterbeispiel menschlichen Leidens", so die Fernsehansagerin in ihrer Einführung. Bisher durfte „nur" die allsonntägliche Morgenandacht über Rundfunk gesendet werden.
2. Verstärkte Seelsorge in den DDR-Strafanstalten, Sonderregelungen für Gottesdienste sowie bessere „seelsorgerische Betreuung" der Inhaftierten. Ausstattung der Gefängnisbibliothek mit religiöser Literatur.
3. Großzügigere Handhabung der Regelung für religiöse Feiern und Seelsorge für die staatlichen Feierabend- und Pflegeheime.
4. Sonderbauprogramm des Kirchenbundes und Bau von Gemeindezentren in „sozialistischen" Neubaugebieten und Neustädten.
5. Für das 1983 anstehende Lutherjubiläum ist vom DDR-Staat Unterstützung bei den Rekonstruktionen an der Luthergedenkstätte zugesagt worden.
6. Die für die ökumenische Arbeit der Kirche notwendige Einfuhr kirchlicher Literatur aus dem westlichen Ausland soll fortgesetzt werden. In der DDR erscheinen jährlich etwa 500 religiöse Schriften und Bücher mit einer Gesamtauflage von 5 Millionen Exemplaren. Hinzu kommen 31 theologische, kirchliche und kirchenpolitische Zeitungen, Zeitschriften und Mitteilungsblätter. Sie haben bei jährlich 655 Ausgaben eine Gesamtauflage von ca. 12,5 Millionen Exemplaren (nach: IWE-Tagesdienst, 20.1.78).
7. Die kirchlichen Friedhöfe erhalten die gleiche finanzielle Unterstützung wie die kommunalen Friedhöfe.
8. Die kirchlichen Kindergärten werden in bisheriger Zahl erhalten und unterstützt.
9. Die auf Lebenszeit angestellten kirchlichen Mitarbeiter sollen an die staatliche Sozialversicherung unter Wahrung ihres besonderen Status angeschlossen werden können, so daß ihre Altersversorgung von der staatlichen Versicherung getragen wird.
10. Nutzung kircheneigener Landwirtschaftsflächen durch „sozialistische Betriebe". In Verträgen soll künftig für diese kircheneigenen landwirtschaftlichen Nutzflächen seit 1960 und länger 40000 Hektar ohne Nutzungsentgelt von „sozialistischen Betrieben" bewirtschaftet werden. – (Bezirk Westberlin)

Nach dem Lohnraubabschluß: Stahlkapitalisten auf dem Weg in „neue zukunftsträchtige Gebiete“

Bei der Besprechung des Geschäftsberichtes 76/77 der August-Thyssen-Hütte erklärte Spethmann den versammelten Couponschneidern und Bankvertretern: „Die Thyssengruppe arbeitet beständig an ihrer Umstrukturierung. Von einem Rückzug aus dem Stahl kann keine Rede sein. Aber wir sind auf dem Wege, das Unternehmen auf immer neue, zukunftsträchtige Gebiete zu führen.“ So neu sind die Gebiete nicht, die Späthmann ansteuert. Es ist die uralte Jagd der Kapitalisten nach Höchstprofiten. In dieser Jagd haben gegenwärtig die Stahlkapitalisten bestimmte Stockungen. Diese bestehen nicht darin, daß es zuviel Stahl gäbe. Sie bestehen darin, daß die Stahlkapitalisten das aus der Ausbeutung der Arbeiter gepreßte Kapital im Überfluß akkumuliert haben, so daß sie es gegenwärtig nicht mit einer ausreichenden Profitrate verwerten können. Welche Wege gehen die Stahlkapitalisten, um die Profitrate erneut in die Höhe zu treiben?

Eines der neuen Gebiete, das die Thyssen-Kapitalisten beschreiten, ist die Profitmacherei mit Automobilzubehör. Im vergangenen Jahr hat sich das Thyssen-Kapital für 300 Mio. DM die Automobilzulieferfirma Budd & Co. in Amerika einverleibt. Das ist ein Schritt, um durch Kapitalexport den amerikanischen Kapitalisten auf ihrem eigenen Markt Konkurrenz zu machen. Neu ist das nicht. Beständig hat sich das Thyssen-Kapital durch Vernichten oder Einsaugen kleinerer Kapitale ausgedehnt, der letzte größere Streich war das Einverleiben des ehemaligen Rheinstahl-Konzerns. Die 300 Mio. DM, die Budd gekostet hat, sind zur Hälfte aufgebracht aus „eigenen Mitteln“. Es ist die Frucht der Ausbeutung der Thyssen-Arbeiter, die sie bereits vollzogen haben. Von wegen es fehlt den Stahlkapitalisten an Geld, womit diese und die Regierung den Lohnraubabschluß propagiert haben. Die zweite Hälfte haben sie auf dem amerikanischen Finanzmarkt als Anleihe aufgenommen. Damit spekulieren sie auf die Profite, die sie den Arbeitern noch auspressen werden.

Für die Verschärfung der Ausbeutung zwecks Erzielung von Höchstprofiten war der Lohnraubabschluß von 4% ein wichtiger Schritt. Bereits bei der ersten Pressekonferenz zum Jahresabschluß hat Spethmann erklärt, die 980 Mio. DM Investitionen seien mit „Schwerpunkt Rationalisierungen“ eingeplant. Gestützt auf den Lohnraubabschluß und durch eine gewaltige Verdichtung des Arbeitstages sowie Ausdehnung der Schichtarbeit die Grundlagen für eine neue Exportoffensive legen – das ist der Weg, den alle Stahlkapitalisten beschreiten.

Mintropp von Krupp hat am 31.3.1978 dreist erklärt: „Von der Ertragslage zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses und auch von der augenblicklichen Ertragslage ist ein Lohnplus von 4% nicht zu rechtfertigen. Ausgeglichen werden kann diese Mehrbelastung nur dann, wenn die Produktivität im Zuge einer besseren Beschäftigung steigt.“ Diese Ankündigung, mit weniger Stahlarbeitern die Produktion zu steigern nicht durch Verbesserungen der Maschinerie, die die Produktivität der Arbeit erhöhen, sondern einfach durch mehr Schweißauspressung, haben die Kapitalisten in den letzten Monaten schon in die Tat umgesetzt. In dieser Zeit, in der die Frage der Bezahlung der Arbeitskraft völlig offen war, nachdem der alte Tarif gekündigt und der neue noch nicht vereinbart war, haben die Stahlkapitalisten gegenüber den ersten Monaten des Vorjahrs die Produktion von Roheisen um 2,4%, von Rohstahl um 6,8% und die von Walzstahlfertigerzeugnissen um 14% gesteigert. Die Tagesproduktion von Rohstahl stieg von Januar bis Februar 1978 um 3,1%. Diese Produktionszahlen haben die Kapitalisten aus einer zunehmend geringer werdenden Zahl von Stahlarbeitern gepreßt. In Nordrhein-Westfalen hatten die Stahlkapitalisten 1977, also im Verlauf eines Jahres, 11800 Arbeiter rausgeschmissen. 1977 hatten sie durchschnittlich 32000 Arbeiter kurzarbeiten lassen und 1978 die Zahl der Kurzarbeiter erneut in die Höhe getrieben, wodurch sie sich einen Teil der Lohnkosten aus den Arbeitslosenversicherungen haben zahlen lassen. Für den Arbeiter bedeutet Kurzarbeit oft einen Lohnausfall von 300 bis 400 Mark, was dem Kapitalisten günstigere Bedingungen schafft, nach Abschluß der Kurzarbeit die Ausdehnung der Schichtarbeit zu erzwingen.

Gestützt auf diese Fortschritte in der Schweißauspressung hängen die westdeutschen Stahlkapitalisten gegenüber den Konkurrenten in der Europäischen Gemeinschaft neuerdings den „Freihändler“ wieder stärker raus. „Auf alle Fälle müssen in der europäischen Stahlindustrie bestehende Überkapazitäten beseitigt werden. Die Europäische Kommission scheint nun erfreulicherweise nicht länger die Absicht zu verfolgen, dieser Überkapazität durch einen gleichmäßigen Kapazitätsabbau in den EG-Ländern um etwa 20% zu begegnen. Damit hat sich die deutsche Auffassung durchgesetzt, daß der Markt darüber zu entscheiden hat, welche Kapazitäten stillgelegt werden müssen.“

Daß der „Markt entscheiden“ solle – da können sie gleich sagen, daß sie das Recht fordern, daß der Stärkere sich durchsetzen und die Konkurrenz vernichten solle. Mit Hilfe modernerer Maschinerie ist es den westdeutschen Stahlkapitalisten gelungen, die Arbeiter in ganz anderem Grad auszubeuten als ihre Konkurrenz innerhalb der EG. Darauf aufbauend wollen sich die Stahlkapitalisten in der EG freies Feld verschaffen, um erneut eine Exportoffensive einzuleiten. „Freihändler“ sind die westdeutschen Stahlkapitalisten aber bloß in bezug auf die Beseitigung von Schranken ihrer Expansion. Im Dezember noch hatte die EG Einfuhr- und Preisbeschränkungen beschlossen und mit den EFTA-Ländern vereinbart. Demnach dürfen diese bloß Stahl in bestimmter Menge und mit einer Preisdifferenz nach unten von 3% einführen. Mit Japan strebt die EG-Kommission eine Vereinbarung an, die ebenfalls Einfuhrbeschränkungen und Preisdifferenzen von 6% für normalen und 4% für Spezialstähle vorsieht. Darüber gibt es Krach mit Frankreich und England, die diese Differenz als zu groß bezeichnet haben. Gegenüber diesen Forderungen der englischen und französischen Konkurrenten haben die westdeutschen Stahlkapitalisten laut Handelsblatt erklärt: „Soll denn hier der Fußkranke sagen, wo es lang geht?“ Wenn der eine oder andere britische oder französische Stahlkonzern auf der Strecke bleibt, ist das den westdeutschen Stahlkapitalisten nur recht.

Diese Maßnahmen sind in ihrem Kern gegen die Länder der 3. Welt gerichtet. „Unerwartet schnell und kräftig besserten sich seitdem die Weltmarktpreise vieler wichtiger Stahlsorten um bis zu 20% – bei der großen Produktionsgruppe Feinbleche sogar um fast 50%“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Die Länder der 3. Welt werden gezwungen, den Stahl immer teurer einzukaufen bei sinkenden Preisen für ihre Produkte. Neben der Ausplünderung der 3. Welt durch ungleichen Tausch wollen jetzt die westdeutschen Stahlkapitalisten verstärkt den Kapitalexport in die 3. Welt betreiben. „Wir müssen den Ländern, die noch keine eigene Stahlindustrie haben, die Möglichkeit verschaffen, an den Stahl zu kommen, den sie brauchen“, erklärte Späthmann Anfang März und kündigte dabei den Export kleinerer Direktreduktions- und Stranggußanlagen in die 3. Welt an. Gleichzeitig erklärte er, daß Thyssen als altes erfahrenes Monopol zu verhindern wisse, daß auf diesem Weg eine Konkurrenz aufkomme.

Gegen „Anpassungsmaßnahmen“ sind die westdeutschen Stahlkapitalisten auch nicht. In der letzten Woche haben sie den Plan verkündet, bis zu den 80er Jahren von 65 Mio. Tonnen Rohstahlkapazität 10 Mio. Tonnen zu beseitigen und 5 Mio. Tonnen Stahlkapazitäten bei Einsetzung neuer Maschinerie aufzubauen. In den 80er Jahren könnte der Markt 50 bis 55 Mio. Tonnen deutschen Stahls aufnehmen, schreibt das „Handelsblatt“. Das wäre eine „Kapazitätsauslastung“ von 83 bis 91 Prozent. 1977 lag die Kapazitätsauslastung bei 56,9 Prozent. Von 100%iger Kapazitätsauslastung reden die Kapitalisten dann, wenn sie mit ihrem fixen Kapital Tag für Tag rund um die Uhr – unabhängig von der Notwendigkeit von Reparaturschichten – unbezahlte Mehrarbeit auspressen können. Das setzt die vollständige Durchsetzung der Contischicht voraus.

Die Voraussetzungen, die Arbeiter immer schärfer der Schichtarbeit zu unterwerfen, haben sie durch den Lohnraubabschluß geschaffen, denken die Stahlkapitalisten. In den letzten Wochen haben sie seit dem Abschluß die Ausdehnung der Schichtarbeit versucht. Verschiedentlich ist es zu offener Ablehnung durch die Arbeiter gekommen. Die Verschärfung der Ausbeutung ist nahe an dem Punkt, wo die Grenzen der physischen Leistungsfähigkeit der Arbeiter liegen. Daß der Lohn durch den letzten Abschluß weiter gesenkt worden ist, ändert nichts daran, daß weitere Verdichtung des Arbeitstages, weitere Ausdehnung der Schichtarbeit unerträglich ist. Es zeigt bloß, daß Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag unvermeidlich ist. – (Z-Red)

Zahl der Stahlwerke

	Thomas-Konverter		Siemens-Martin-Öfen		Elektro-Öfen		Oxygen-Konverter		(1)
	Anzahl	im Betrieb	Anzahl	im Betrieb	Anzahl	im Betrieb	Anzahl	im Betrieb	1000 t
BRD									
1972	14	14	85	54	179	160	44	33	57000
1973	9	9	83	57	180	158	47	39	58800
1974	9	9	77	58	157	144	48	40	60415
1975	6	6	68	34	156	136	49	38	62859
1976	1	1	56	34	153	130	49	38	66177
Frankr.									
1972	46	46	60	42	110	100	36	31	27640
1973	37	37	42	30	106	95	41	38	28080
1974	30	30	37	25	104	95	48	44	30525
1975	25	22	30	17	105	95	51	43	33632
1976	25	18	22	13	102	96	50	42	34056
Großbrit.									
1972	2	.	124	.	121	.	26	.	.
1973	2	.	106	.	126	.	30	.	28750
1974	2	.	97	.	112	.	25	.	27810
1975	–	.	87	.	109	.	22	.	27080
1976	–	.	78	.	103	.	23	.	29204
Italien									
1972	.	.	35	32	150	130	11	7	25280
1973	.	.	31	29	148	131	13	10	28040
1974	.	.	27	26	153	137	20	15	28860
1975	.	.	18	12	168	142	14	12	32780
1976	.	.	17	11	176	150	14	12	34360

(1) Leistungsfähigkeit der Stahlwerke in der EG, höchstmögliche Erzeugung in 1000 t

Quelle: Fachstatistik Eisen und Stahl 1977, Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie 1977

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Auslastung der Kapazitäten der Stahlerzeugungsanlagen in den wichtigsten stahlproduzierenden Ländern der EG. Sie zeigt, daß die BRD-Stahlkapitalisten in der Einführung technischer Neuerungen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten am weitesten vorangekommen sind. Das bezieht sich in erster Linie auf die Einführung der Oxygenkonverter, deren gesteigerter Roheisenausstoß natürlich weiterverarbeitet werden muß, was sich in einer Verdichtung des Arbeitstages im gesamten Werk niederschlägt. Die Kapitalisten sind bestrebt, diese Maschinerie rund um die Uhr laufen zu lassen, was sie durch die Einführung der Vollcontischicht erreichen.

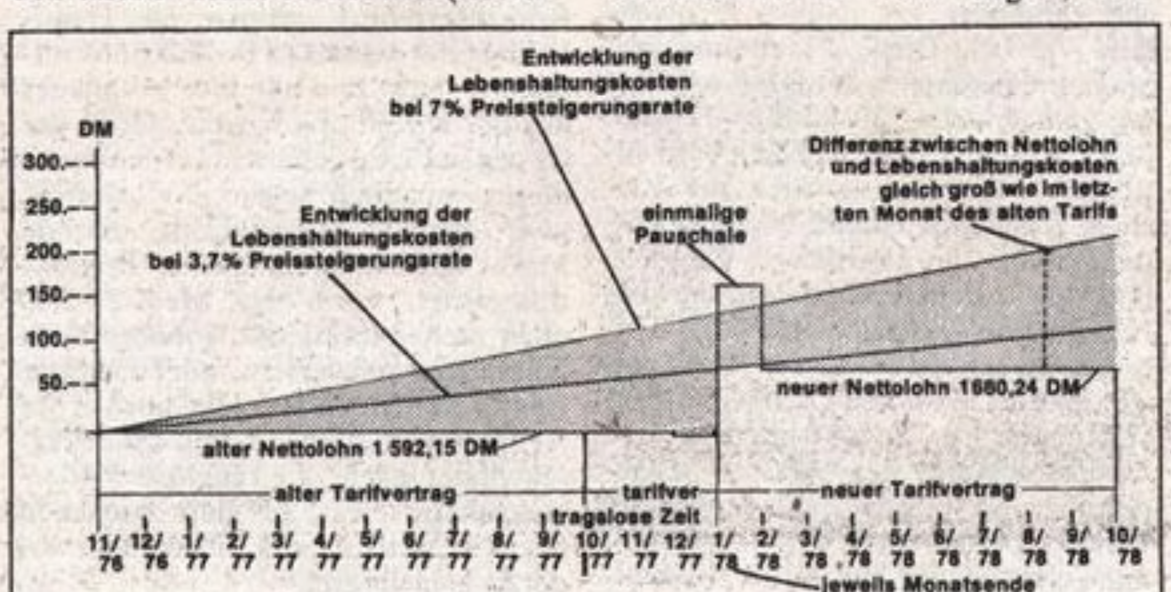
Der 4%-Abschluß beschleunigt die Verelendung

Mit dem Schlachtruf „Stahlindustrie in der Krise“ hat die Kapitalistenklasse auf den Tarifkampf der Stahlarbeiter einen ungeheuren Druck ausgeübt. Die Sozialdemokraten in den Führungsspitzen der IG Metall haben erklärt, daß ohne Rücksichtnahme auf die Lage der Stahlkapitalisten die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ausgeschlossen ist. Mit einer Bruttolohnerhöhung von 4% ist der neue Tarif abgeschlossen worden. 200 DM brutto gab's für die letzten drei Monate, wobei noch zum alten Tarif gearbeitet werden mußte.

Den Erfolg des Lohnkampfes der Hafenarbeiter bezeichnet die Bourgeoisie als eine „einmalige Ausnahme“, die er auch bleiben müsse. Und sowieso sollen die Stahlarbeiter nicht denken, daß sie mit dem 4%-Abschluß betrogen seien. Schließlich würden die Preise ja nicht mehr so stark anziehen, im Gegenteil, die Preissteigerungsrate würde beständig fallen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug die Preissteigerungsrate im Januar 1978 im Vergleich zum Vorjahr noch 3,2%, im Februar nur noch 3,1%. Diese Angaben sollen die Propaganda, die Stahlarbeiter könnten mit ihrem Abschluß auskommen, stützen. Tatsächlich erscheint die im Monat Februar ausgezahlte einmalige Pauschale von 200 DM brutto, so wenig sie auch annähernd die Verluste der letzten drei Monate ausgleichen kann, zusammen mit der 4%-igen Lohnerhöhung als eine beträchtliche Erleichterung gegenüber den letzten Monaten des alten Tarifs.

Es ist wahr, daß die Preise von Dezember 1977 bis zum Februar 1978 nicht um den gleichen Grad gestiegen sind, die jetzt die Steigerung des Nettolohns ausmacht. Die Preissteigerungsrate wirkt auf das ganze Jahr, sie „erschlägt“ sozusagen die Lohnerhöhung von hinten im Laufe des Jahres. Aus der Tatsache allerdings, daß der Lohn ruckweise jährlich steigt, während die Preiserhöhungen schleichend und stetig vor sich gehen, erklären zu wollen, daß die Stahlarbeiter mit dem Abschluß hinkämen, ist nichts anderes als ein Betrugsmanöver.

Im Schaubild haben wir aufgezeichnet: die Nettolohnentwicklung eines Stahlarbeiters in der Lohngruppe 6, verheiratet, zwei Kinder, eingestuft in die Steuerklasse 4. Nach dem letztjährigen Tarif betrug sein Tarifstundenlohn 7,89 DM. Wir gehen von einem Contischichtarbeiter aus, d.h. wir kommen bei Anrechnung aller Zulagen einschließlich der stahltypischen Zuschläge auf einen Bruttolohn von 2184,19 DM, davon sind steuerpflichtig 1858,87 DM, so daß sich ein Nettolohn von 1592,15 DM ergibt. Wir gehen weiter davon aus, daß die Familie zur Bestreitung ihrer Lebenshaltungskosten den Nettolohnbetrag von 1592,15 DM vollständig verbraucht – alles andere wäre eine wirklichkeitsfremde Annahme. Sowieso setzen wir hierbei voraus, daß das Nettoeinkommen vom November 1976 reicht, die Lebenshaltungskosten zu bestreiten. Tatsächlich ist dieser Lohn bereits das Ergebnis dauernder Lohnsenkungen und die Waren, die seinerzeit dafür haben gekauft werden können, waren damals schon zuwenig für die Reproduktion der Arbeitskraft. Das also vorausgesetzt und als Ausgangspunkt den ersten Monat des letzten (also alten) Tarifs genommen, zeigt das Schaubild die tatsächliche Entwicklung der Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Lohn seit November 1976, wobei klar wird, daß der Stahlarbeiter – will er ein weiteres Absinken seines Lebensstandards verhindern – von Monat zu Monat mehr Geld für Lebensmittel aufbringen muß, Geld, das er nicht besitzt. Er muß sich also verschulden oder bestimmte Lebensmittel aus seinem Konsum streichen. Im Januar dieses Jahres, wo er noch zum alten Tarif bezahlt wurde, hätte er bei einer Jahrespreissteigerungsrate von 3,7% auf Lebensmittel im Wert von 65 DM verzichten müssen.



Der ganze Betrag wird vollends ersichtlich, wenn man berücksichtigt, daß 3,7% Jahrespreissteigerungsrate, welche das Statistische Bundesamt als Durchschnitt für 1977 angibt, vielleicht auf gewisse Luxuswaren des Bourgeoiskonsum zutreffen, hingegen bei den Waren, die eine Arbeiterfamilie für ihre Lebenshaltung benötigt, eine wesentlich höhere Preissteigerungsrate zugrundegelegt werden muß. Im Schaubild ist deshalb auch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten bei einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 7% aufgezeichnet, was den Erfahrungen entspricht. Dabei zeigt sich annähernd das Ausmaß des Lohnraubabschlusses.

Im Januar dieses Jahres, also dem für den Stahlarbeiter schlechtesten Monat des alten Tarifs, hätte er auf Waren im Wert von 130 DM verzichten müssen, bzw. wenn er seinen Lebensstandard halten wollte, sich um diesen Betrag verschulden müssen. Nach dem Abschluß wird er, wie aus dem Schaubild ersichtlich, diesen bislang schlechtesten Stand bereits Anfang September 1978 wieder erreichen. Das bedeutet, daß er im letzten Monat des neuen Tarifs, im Oktober, noch weitaus schlechter dastehen wird als im letzten Monat des alten Tarifs.

Hinzu kommt folgendes: Das, was dem Stahlarbeiter in jedem einzelnen Monat fehlt, summiert sich im Laufe des Jahres. Sei es in Form des Dispositionskredits, den die Bank ihm zudem verzinst, sei es in der Form, daß der Kauf längerlebiger Lebensmittel aufgeschoben wird und die dann schließlich doch nicht gekauft werden können, oder sei es in Form der Entbehrung notwendiger Lebensmittel – es summiert sich in jedem Fall. Die negative Geldsumme, die dabei zustandegekommen ist, betrug bei einer Preissteigerungsrate von 7% im Mai 1977 130,05 DM, im November 1977 605,78 DM. Im Mai 1978 wird sie 1124,70 DM betragen und im November 1978 1887,10 DM.

Es gibt keinerlei Anlaß, aus „gesamtwirtschaftlichen Gründen“ dies hinzunehmen. Man kann mit dem Lohnkampf nicht auf das Auslaufen dieses Tarifvertrages warten. – (Z-Red)

Schlichtung um Bundesrahmentarif gescheitert – Bauarbeiter bereiten Streik vor

Am 10. Februar haben die Baukapitalisten die Schlichtung in den Bundesrahmentarifverhandlungen (BRTV) für die Bauindustrie platzen lassen. Die IG Bau, Steine, Erden schreibt in einem Flugblatt an ihre Mitglieder:

„Es wurde bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß beim Bundesrahmentarifvertrag seit dem 1.1.1978 ein tarifloser Zustand besteht. Die Friedenspflicht ist erloschen, die Vorbereitungen für einen Arbeitskampf laufen."

Die Arbeiter werden aufgefordert, die Streikvorbereitungen durch die Gewerkschaft zu unterstützen: *„Unterstützt uns in der Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen. Übt Solidarität. Dazu gehört, daß die Leistung von Überstunden, die seitens der Arbeitgeber mit Terminnot begründet wird, verweigert werden muß – hier will man nur aus dem Druck bei einer Bestreikung der Baustellen herauskommen."*

Anders als durch einen Streik werden die Bauarbeiter ihre Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen nicht durchsetzen können und den ständigen Lohnsenkungen kein Ende machen können. Sie reihen sich ein in die Streikkämpfe der Hafenarbeiter, Druckarbeiter und Metallarbeiter. Auf einer Protestkundgebung der IG Bau-Steine-Erden (BSE) am 6.3.78 in Hamburg mit 900 Bauarbeitern wurde der Streik gefordert. Die Mitgliederzahlen steigen in der IG BSE in den letzten Monaten.

Die Bauarbeiter hatten auf dem letzten Gewerkschaftstag 52 Anträge zu Fragen des Manteltarifs verabschiedet, unter anderem gegen Überstunden, für mindestens vier Wochen Urlaub, voller Lohn bei Schlechtwetter. Im Schlichtungsspruch blieb davon nicht viel übrig.

So sollte der Jahresurlaub so kurz bleiben wie bisher: 18 Tage für die über 18jährigen und 21 Tage für die über 35jährigen Arbeiter. Zusätzliche Urlaubstage (ein Tag mehr ab 1979, zwei Tage mehr ab 1980 und drei Tage ab 1981) sollten nur gewährt werden, wenn der Urlaub zwischen 1. Dezember und 31. März genommen wird.

Urlaubsgeld sollte von 8% auf 9,14% vom Bruttolohn stufenweise bis zum Jahre 1981 erhöht werden. Für die unter 35jährigen jeweils 1% weniger. Das sogenannte zusätzliche Urlaubsgeld, das bisher 25% vom Urlaubsgeld im Sommer betragen hat und 35% im Winter, sollte im Winter auf 55% erhöht werden. Dazu meinten die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung: „Besonders beim Urlaubsparagraphen wurde ein Tor aufgestoßen, das die Möglichkeit zu künftigen weiteren Verbesserungen erschließt."

Diese Urlaubsregelung soll den Kapitalisten ein Tor öffnen, den Bauarbeitern bald nur noch im Winter Urlaub zu gewähren, wenn die Witterungsbedingungen für die Baukapitalisten sowieso ungünstig sind.

Einschränkung der Überstunden, Schranken gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit, sechs Wochen Urlaub, Forderungen, die tatsächlich dem vorzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft der Bauarbeiter Schranken setzen und die Schinderei auf dem Bau einschränken würden, waren in dem Schlichtungsvorschlag gar nicht aufgenommen.

Trotzdem haben die Baukapitalisten abgelehnt. Sie haben Größeres vor: Stufenausbildung der Bauarbeiter soll in diesem Sommer zum ersten Mal durchgesetzt werden und im Gefolge Lohnsenkung. Mit Einsatz größerer Maschinerie wird die Schichtarbeit ausgedehnt und die Akkordzeit gekürzt.

Im alten Rahmentarifvertrag waren den Baukapitalisten alle Möglichkeiten offen für Überstunden, Schichtarbeit und verschiedene Arbeiten zu „erschwerten Bedingungen".

So konnten die Kapitalisten die wö-



Arbeiter beim Einrammen von Spundwänden. Mit Erschwerniszulagen auf den niedrigen Lohn zwingen die Kapitalisten die Bauarbeiter, insbesondere die Bauhilfsarbeiter, zu gefährlichen und gesundheitsschädigenden Arbeiten. Der Einsatz neuer Maschinerie wird benutzt, um die Arbeit zu intensivieren, Schichtarbeit einzuführen und die Akkordzeiten zu drücken.

chentliche Arbeitszeit im Einvernehmen mit dem Betriebsrat auf die sechs Werktage verteilen, z.B. im Winter wegen der schlechten Lichtverhältnisse. Dies konnten sie aber nur auf kleinen Baustellen durchsetzen. Für besondere Berufsgruppen wie Maschinen- und Kraftwagenpersonal, Bewachungspersonal, war im alten Tarifvertrag gleich festgelegt, daß sie 45 bis 50 Stunden wöchentliche Arbeitszeit haben ohne Überstundentarif.

Mit Erschwerniszuschlägen treiben die Kapitalisten die Bauarbeiter zu schwerer, gefährlicher und gesundheitsschädlicher Arbeit. Besonders die Hilfsarbeiter sind gezwungen, solche Arbeiten anzunehmen und z.B. die 80 Pfennig die Stunde für Erschütterungsarbeiten mitzunehmen, obwohl sie Nerven und Knochen rasch ruiniert.

Die BRTV-Verhandlungen sollen in den Lohntarifverhandlungen berücksichtigt werden, indem das Ergebnis in Lohnprozente umgerechnet und angerechnet wird. So hat der Gewerkschaftsfunktionär Mitterhuber auf einer Ortsgruppenversammlung verlauten lassen, daß der Schlichtungsspruch 4% mehr ausmachen würde.

3,5% Lohnerhöhung im Tarifkampf wären dann 7,5%. Da die gehobenen Facharbeiter, wie im letzten Jahr schon ausgehandelt wurde, 1,5% mehr ab 1.5.78 bekommen, wären es schon 9% „Lohnerhöhung", in Wirklichkeit aber ein 3,5% Lohnabschluß. Die Bauarbeiter können sich darauf nicht einlassen. Unter 7% Lohnerhöhung geht es nicht und für den Rahmentarif müssen sich die Bauarbeiter auf ein Forderungspaket einigen, um der Schinderei auf den Baustellen Schranken zu setzen. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Urlaubstage (ein Tag mehr ab 1979,
So konnten die Kapitalisten die wö-
Die BRTV-Verhandlungen sollen in

Die SPD auf der Suche nach neuen Reformen

Zur Rationalisierungswelle in den 60er Jahren stand Willi Brandt bereit / Neue Manöver werden ausgeheckt

„Karl Ravens – ein Arbeiterkind", „Karl Ravens – einer von uns", so preist die SPD ihren Spitzenkandidaten für die niedersächsische Landtagswahl an. „Er – der Mann von der Werkzeugbank – will ein besserer Ministerpräsident in Niedersachsen sein", den Albrecht vom Platz zu verweisen, dazu braucht es nicht viel. Aber es geht der SPD nicht nur darum, in Niedersachsen wieder Regierungspartei zu werden. Sie kehrt den „Arbeiter" an Ravens mit Grund heraus. Jüngst hat Ravens eine „Solidaritätsadresse" an die ausgesperrten Druckarbeiter geschickt und mehrere Besuche bei Druckkapitalisten während der Aussperrung abgesagt. Jetzt hat Willi Brandt eine Grußadresse an die ausgesperrten Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden geschickt. Bekannt ist, daß in beiden Industriebereichen große technische Umwälzungen stattfinden, mit Entlassungen, Lohnsenkungen, Intensivierung der Arbeit. Dagegen kämpfen die Arbeiter.



Die SPD will den Klassenkampf fesseln und Klassenversöhnung betreiben. Willi Brandt schreibt im „Arbeitsprogramm der SPD für 1978":

„Es steht viel auf dem Spiel 1978: In vier Bundesländern wird gewählt, wichtige Kommunalwahlen stehen an. Unsere Ausgangsposition ist nicht schlecht.

Aber wir müssen uns der Tatsache bewußt bleiben, daß Vertrauen für die Sozialdemokratische Partei nur gerechtfertigt wird und neue Zustimmung findet, wenn sich die praktische Politik vor Ort an den unmittelbaren Interessen der breiten Schichten unseres Volkes orientiert und die weiterreichenden Ziele der sozialen Demokratie nicht aus dem Auge verloren werden."

Die SPD ist auf der Suche nach neuen Reformen. Seien es die Strukturräte oder der Bürgerbeauftragte, das Schlagwort ist die „Humanisierung unserer Gesellschaft".

Im SPD-Vorwärts wird die Debatte um die Reformen geführt. Ravens spricht von „Luxux, den man sich nicht leisten kann, auf Reformen zu verzichten", und es wurde eigens eine neue Initiative, die „Initiative Gustav Heinemann", von Leuten wie Eppler, Vetter, Gollwitzer, Lenz gegründet. Sie setzt sich u.a. zur Aufgabe „den Begriff einer Reform (zu) erarbeiten, die nicht Wachstum verteilt, sondern zwischen Alternativen von Wachstum entscheiden und Strukturen schaffen soll, die humanes Leben sichert".

Die SPD befindet sich in einer entscheidenden Phase, wo sie den Kapitalisten beweisen muß, ob sie zur Fesselung der Arbeiterbewegung noch taugt. An die „Reformpolitik" von Willi Brandt in den sechziger Jahren will sie anknüpfen. Damals fand auch eine Rationalisierungswelle in der Industrie statt und konnte mit Hilfe des Reformismus gegen die Arbeiterbewegung durchgesetzt werden. Die meisten Maschinen schätzte Schleyer im vorigen Jahr auf ein Alter von 14 Jahren ein.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den sechziger Jahren liest sich in den Jahresberichten der IHK Niedersachsen folgendermaßen:

„1961: Vielfach (traten) Rationalisierungsinvestitionen an die Stelle von Erweiterungsinvestitionen. 1962: Die Rationalisierungsinvestitionen (erhielten) immer mehr Vorrang vor Erweiterungsinvestitionen. 1963: Rationalisierungsinvestitionen erhielten noch mehr Vorrang. 1964: Die Unternehmer setzen ihre Investitionen zur Mechanisierung und Rationalisierung fort."

Die Anlageinvestitionen für neue Maschinen stiegen von 1950 bis 1960 um 215%, von 1950 bis 1970 um 627%.

Jahr	Umsatz/Std. in DM	Investitionen f. Maschinen in Mio. DM
1960	19,88	29690
1962	23,39	36900
1964	27,50	42740
1966	31,75	48990
1968	35,82	42 920
1970	43,18	68430
1972	61,29	76750
1974	71,80	76 470
1976	87,27	91420

Vor allem in den Bereichen Fahrzeugbau, Schiffsbau, chemische Industrie, Maschinenbau und Elektrotechnik wurden die meisten neuen Maschinen eingesetzt. Parallel dazu fand eine Umstellung bei den Energieträgern statt von der Kohle zum Erdöl und Erdgas.

So fanden Anfang und Mitte der sechziger Jahre vor allem Streiks im Steinkohlebergbau gegen die Zechenstillegung statt, Streiks in den Eisen- und Stahlgießereien, dem Maschinenbau, dem Fahrzeugbau und der Elektrotechnik.

Jahr	Anzahl d. Betriebe	Beteiligte Arbeiter	Streiktage
1961	119	21052	65256
1962	195	79177	450948
1963	187	100853	878026
1964	34	5629	16711
1965	20	6250	48520
1966	205	196013	27086
1967	742	59604	389581
1968	36	25167	25249
1969	86	89571	249184
1970	129	184269	93203
1971	624	334342	2599413
1972	54	22908	66045
1973	732	185010	563 051
1974	890	250352	1051290
1975	201	35814	68680
1976	1481	169312	533696

Quelle: Stat. Jahrbücher 1977 – 1962

„In unserer Zeit schreitet die Technik in einem Tempo voran, das noch vor wenigen Jahren kaum jemand voraussehen konnte. Automation und andere Elemente der Rationalisierung vermitteln die Möglichkeit einer Produktivitätssteigerung, deren Ausmaß vielen noch nicht bewußt ist. Armut braucht es nicht mehr zu geben, vorausgesetzt, daß wir die Gaben der Technik richtig nutzen, daß wir wirtschaftlichen Aufstieg und wachsenden Wohlstand sichern, daß wir den Zug nicht verpassen, der in die neue Phase des technischen Zeitalters geht und daß uns ernste weltpolitische Erschütterungen erspart bleiben. Viele Wirtschaftspolitiker sagen sogar, daß wir mit unserer Schätzung von der Verdoppelung des Lebensstandards innerhalb einer Generation noch sehr vorsichtig gewesen sind. ... Die Wirtschaft muß im Dienste des Menschen stehen. Er darf nicht ihr willenloses Objekt sein, sondern sie soll ihm zu seiner Menschenwürde verhelfen. ... Täuschen wir uns nicht: Auch hinter den Wohlstandsfassaden unserer Gesellschaft wohnt noch viel Not", sagt Willi Brandt 1961 („Plädoyer für die Zukunft").

Er versprach den Massen vielfältige Reformen, die ihre von vornherein geplante Wirkung erst viel später voll entfalten, wie z.B. die Steuerreform oder die Bildungsreform.

Die Rationalisierungswelle heute hat noch ganz andere Ausmaße als die der sechziger Jahre aufgrund der verschärften Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Rationalisierung hetzt die Bourgeoisie: „Maschinenstürmerei", „Aufhalten des Fortschritts", „Einführen des Heizers auf der E-Lok", wäre das. Mit der neuen Maschinerie will die Bourgeoisie Extraprofite aus den Arbeitern herausschinden, um einen Vorsprung in der imperialistischen Konkurrenz zu erreichen und neue Anlagen für ihr Kapital in anderen Ländern zu gewinnen. Die Vergangenheit hat gezeigt, was für die Arbeiter dabei herauskommt, wenn sie sich auf die Klassenversöhnung der Sozialdemokraten einlassen. Wenn jetzt die SPD wieder mit „neuen" Reformen im alten Gewand kommt, dann ist klar, daß sich die Arbeiter nicht von ihren notwendigen Kämpfen abhalten lassen können. Sie müssen ihre Forderungen aufstellen und durchsetzen, weil die Kapitalisten mit der jetzigen Rationalisierungswelle sonst alle Schranken, die gegen die Ausbeutung errichtet worden sind, einreißen werden. Die Bedingungen, diesen Kampf zu führen und die Fessel des Reformismus zu schlagen, sind günstiger als in den sechziger Jahren: Die SPD als Regierungspartei führt eine unterdrückerische Maßnahme nach der anderen durch. Dazu paßt dann auch, daß Ravens und Brandt sich zwar gegen die Aussperrung erklärten, nichts aber zum Lohnkampf sagten. Der Lohnkampf der Arbeiterklasse ist grundlegend, damit auch alle anderen Kämpfe siegreich geführt werden können. (N-Red.)

Türkische Arbeiter unterstützen Streik der Metaller

Westberlin. „An die streikenden und ausgesperrten Kollegen in Nordwürttemberg-Nordbaden, an die IG-Metall-Streikleitung. Euer Streik gegen die dauernden Senkungen des Reallohns muß weitergeführt werden, um den Spaltungsmanövern der Unternehmer entgegenzutreten. Das 3-Prozent-Angebot der Unternehmer beweist, daß sie die Produktionskosten senken wollen, um auf dem Weltmarkt besser konkurrieren zu können. Ihr beweist mit Eurem Streik, daß wir es nicht zulassen werden, daß unser Schweiß als Quelle ihrer Profite für weniger Geld fließen soll. Die notwendige Forderungen von 8% mehr, 50 DM für Auszubildende, Streichung der unteren Lohngruppen und gegen Abgruppierung sind nur mit Weiterführung Eures Streiks möglich. Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will."

DGB-Demonstration in Stuttgart

Stuttgart. Bei der Kundgebung in Stuttgart sammelten sich zu Anfang ca. 6000 Arbeiter und Angestellte. Zum Teil zogen die Arbeiter in geschlossenen Blöcken und mit roten Transparenten und Schildern an, so die von Daimler, Bosch, SEL und anderen Betrieben an der Pragstraße, die von Waiblingen und die von Ludwigsburg. „Volle Durchsetzung der 8%, Streichung der Lohngruppe I und II, Abgruppierungsschutz für jeden und alle", lauteten die meisten Transparente aus den Betrieben.

Arbeiter des Druckzentrums Stuttgart führten ein Transparent: „Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! 7% sind wenig, drunter geht's nicht!" Kollegen der AWO Ludwigsburg hatten ein Transparent: „Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! Die ÖTVler fordern 7,5%! Für uneingeschränktes Streikrecht! Solidarität mit den Metallern!" Studenten der Universität Stuttgart beteiligten sich mit einem Transparent „Solidarisch mit dem Streik der Metallarbeiter".

Die IG Metall hatte Transparente „Verbot der Aussperrung" aufgestellt. An der Kundgebung und Demonstration beteiligten sich Arbeiter vieler anderer
beteiligten sich Arbeiter vieler anderer
Branchen, so die vom Buchhandel, von der Drupa-Jugend, Kollegen aus verschiedenen Dienststellen des öffentlichen Dienstes. Die Arbeiter haben sich so auf dieser Kundgebung gegenseitig gestärkt, den Kampf konsequent weiterzuführen.

Gesprochen haben der DGB-Landesvorsitzende Zimmermann und der I. Bevollmächtigte der IG Metall Stuttgart, Gotschlich. Viel Beifall hat es gegeben, als Gotschlich seine Rede begann: „Die Streikfront im ganzen Land steht, eindeutig wie am ersten Tag." Ebenso, als er gegenüber den Kapitalisten vertrat: „Die Herren gehören ins Museum." Im Anschluß formierte sich ein Demonstrationszug, der auf gut 10000 Arbeiter und Angestellte anschwoll. Viele Arbeiter meinten, daß es am besten wäre, jetzt zum „Zeppelin" zu ziehen. In vielen Diskussionen forderten die Arbeiter, daß die Verhandlungen bis zu einem Angebot der Kapitalisten von mindestens 7% abgebrochen werden und der Streik ausgeweitet wird.

Streik der SABA-Arbeiterinnen

Friedrichshafen. Ca. 2000 bis 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen waren um 15 Uhr bei der Protestkundgebung. Der größte Teil der 1200 Arbeiterinnen bei SABA legte zwei Stunden früher die Arbeit nieder und zog in die Innenstadt, obwohl am Mittwoch und Donnerstag Meister und Vorarbeiter massive Einschüchterung betrieben und fristlose Entlassung androhten für den Fall, daß sie zur Kundgebung gehen sollten. Am Donnerstag morgen verteilte der DGB-Vorsitzende des Bodenseekreises Heinz Seifritz persönlich einen Aufruf an die SABA-Arbeiterinnen, sich nicht einschüchtern zu lassen und an der Kundgebung teilzunehmen. Die SABA-Arbeiterinnen, die zu 82% in Lohngruppe 2 eingestuft sind, forderten auf einem Transparent unbedingt die Abschaffung der Lohngruppe 2. Das war die erste geschlossene Aktion der SABA-Arbeiterinnen in Friedrichshafen überhaupt. Die ÖTV-Kollegen erklärten ihre Solidarität mit den ausgesperrten Metallern.

Keine Verhandlungen bei Angebot unter 7%

München. Schal GmbH. In einer Solidaritätsadresse an die Metaller in Baden-Württemberg, die auch an die Tarifkommission der IG Metall Bayern geschickt wurde, heißt es unter anderem: „Die bayerischen Metallunternehmer haben schon angekündigt, 3,0% seien ihr ‚Abschlußangebot'. Wir sind ganz anderer Meinung! Es muß endlich Schluß sein mit den dauernden Lohnsenkungen! Wir fordern daher die Tarifkommission der IG Metall in Bayern auf: Verhandelt nicht, wenn die Unternehmer nicht ein Angebot von mindestens 7% machen. Urabstimmung und Streik muß jetzt vorbereitet werden!" (13 Arbeiter)

Kampf um Arbeitszeitverkürzung und „36-Stunden-Woche" in Belgien

In allen zahlreichen Streikkämpfen, die in den letzten Jahren, Monaten und Wochen in Belgien geführt worden sind, hat die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung eine immer größere Rolle gespielt. So in den Streiks bei Ford Genk und bei FN in Herstal, über die wir in den letzten Ausgaben der Kommunistischen Volkszeitung berichtet haben. So in praktisch allen laufenden Tarifverhandlungen, wie gegenwärtig im öffentlichen Dienst und im Einzelhandel, wo sich die Belegschaften einiger Warenhäuser seit Ende letzter Woche im Streik befinden.

Die hauptsächliche Triebkraft dieser großen Klassenbewegung ist die enorm gesteigerte Ausbeutung. Nur die USA und die BRD hatten ein höheres Bruttosozialprodukt pro Einwohner, und nur Japan hat die Arbeitsproduktivität, d.h. die Auspressung der Arbeitskraft je Arbeiter je Stunde, in rascheren Sprüngen vorangetrieben als die belgische Monopolbourgeoisie. Deshalb haben die größten imperialistischen Monopole der Welt fast durchweg Produktionsstätten in Belgien errichtet. Belgien exportiert die Hälfte seiner Produkte zum größten Teil in die anderen imperialistischen Länder, an erster Stelle die BRD, dahinter die USA. 1977 sind die Exporte in die USA um 24% gestiegen. Das zeigt, daß sich die belgische Bourgeoisie in der imperialistischen Konkurrenz so schnell nichts vormachen läßt.

Besondere Sprünge hat die Ausbeutung seit 1974 gemacht. Seither sind in einer Rationalisierungswelle nach der anderen Tausende und Abertausende Arbeiter in ununterbrochenem Strom auf die Straße geworfen worden, während die Produktion gehalten oder kräftig weiter gesteigert wurde. Belgien hat heute fast 10% Arbeitslose, die höchste Zahl in Europa, die nur von Irland erreicht wird, was offensichtlich – da Irland ein vom Imperialismus unterdrücktes Land ist – ein völlig anderer Fall ist. Die Massenarbeitslosigkeit in Belgien ist in allererster Linie eine direkte Funktion der *Spitzenstellung*, die die belgische Monopolbourgeoisie in der Ausbeutung der Arbeiterklasse einnimmt.

Die belgischen Arbeiter haben durch zähen Kampf und hohe gewerkschaftliche Klassenorganisation einen im Vergleich mit anderen Ländern etwas besseren Lohnstandard erkämpft. In vielen einzelnen Betrieben haben sie im Kampf gegen die intensive Ausbeutung schon Schranken errichtet. So berichtet ein Funktionär der sozialistischen Gewerkschaft bei Ford Genk (in einem Interview mit TPO/Amada): „Vor einigen Monaten haben sie die Taktzeiten in der Halle C erhöht. Die Arbeiter haben das Band sofort angehalten und man mußte die alten Zeiten wieder einsetzen. Seit wir die Schichten von 6 bis 14 und von 14 bis 22 Uhr haben, haben wir eine Arbeitszeitverkürzung von 20 Minuten am Tag durchgesetzt; dabei haben wir auch verlangt, daß 500 Arbeiter neu eingestellt werden müssen."

Aus diesen einzelnen Kämpfen ist die Forderung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und bei Einstellung einer entsprechenden Anzahl von Arbeitern und Angestellten erwachsen und hat sich wie ein Lauffeuer verbreitet. Jetzt haben die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer daraus, mit ausdrücklicher Unterstützung der Regierung, eine Kampagne „36-Stunden Woche – sofort! Solidarität mit den Arbeitslosen!" gemacht, die ein regelrechter Schlag *gegen* diese Bewegung für Arbeitszeitverkürzung ist.

Die Reformisten bringen die Arbeitszeitverkürzung groß heraus als ein Mittel, wodurch die Arbeitslosigkeit beseitigt und der Druck der kapitalistischen Krise von der Arbeiterklasse genommen werden könne. Wie? Ganz einfach: durch „Neuaufteilung der Arbeitszeit" unter alle Arbeiter. 40 weniger 4 gleich 36 Wochenstunden, gleich 10% der Arbeitszeit, gleich Einstellung aller 10% Arbeitslosen. Natürlich müsse es für die reduzierte Arbeitszeit vollen Lohn geben – allerdings, „zusätzliche" Lohnforderungen zu erheben, gehe dann natürlich nicht an. Überhaupt müsse gegenüber der „Solidarität mit den Arbeitslosen" jetzt jedes enge Eigeninteresse der Arbeiter, die noch einen Arbeitsplatz haben, zurückstehen. Praktischerweise werde man die verkürzte Arbeitszeit in Form von freien Tagen nehmen, jeden Monat oder alle zwei Monate, oder warum nicht als Jahresurlaub?

Um es kurz zu machen: Was bei all den jetzt bereits schon abgeschlossenen Tarifverträgen über eine 39- oder 38-Stunden-Woche und schrittweise Einführung der 36-Stunden-Woche herauskommt, sind einige bezahlte *Urlaubstage* im Jahr (die sowieso fällig waren), die mit *Lohnsenkung* erkämpft werden. Das sichere Ergebnis wird Arbeitszeit*verlängerung*, Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit, Anziehung der Akkordschraube etc. sein. Das belgische Beispiel zeigt, daß die Forderung nach allgemeiner Arbeitszeitverkürzung als reformistisches Betrugsmanöver gegen die Arbeiterbewegung gedreht werden kann, wenn sie nicht auf dem Lohnkampf und dem Kampf gegen alle Formen der Überarbeitung aufbaut. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Export von Kapital und Ideologie

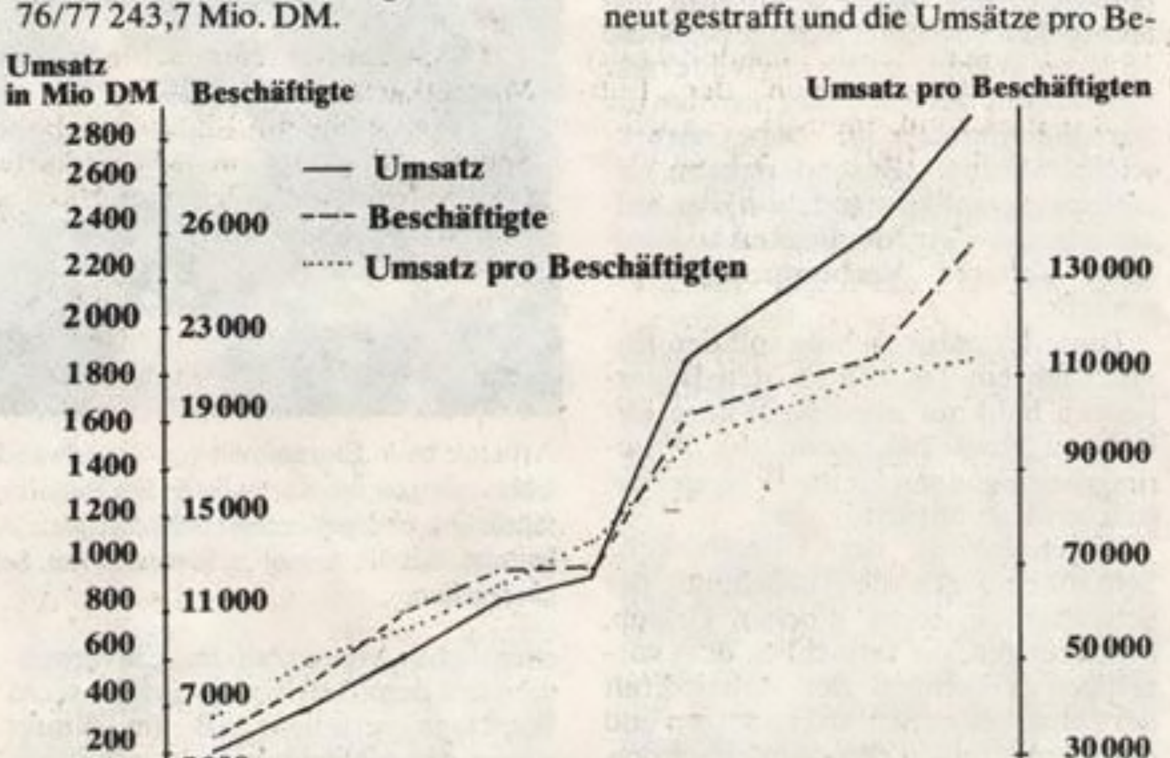
Bertelsmann-Leseringe in aller Welt / Drei Milliarden Umsatz

Innerhalb von 25 Jahren ist aus dem Familienunternehmen W. Bertelsmann einer der größten Medienkonzerne der Welt geworden, der heute mit knapp drei Milliarden DM Umsatz bei ca. 25 000 Beschäftigten Konzerne wie Demag, VAW oder Continental weit hinter sich läßt.

Der Aufbau des Konzerns unter Familienerbe Reinhard Mohn begann 1951, als das Unternehmen schon auf 116 Jahre Ausbeutererfahrung zurückblicken konnte, mit der Gründung eines Leserings. Nach US-amerikanischem Muster konnten rasch neue, vor allem kleinbürgerliche, Leserschichten gewonnen werden, die Leseringmitglieder wurden und sich vertraglich zur Abnahme vorsortierter, bei Mohn gedruckter Bücher verpflichteten. 1956 kam ein Schallplattenring dazu. 1964 waren es bereits acht Platten- bzw. Buchringe mit 3,3 Mio. Mitgliedern. Durch Aufkauf bzw. Beteiligungen konnte der Umsatz im Geschäftsjahr 76/77 auf 1041,5 Mio. DM gesteigert werden, was ca. 10% des Gesamtbuchumsatzes in Westdeutschland ausmacht. Mit zusätzlich über 130 Club-Centern und durch Vertrieb verbilligter Bücher über Tschiboläden wird dem Sortimentsbuchhandel Konkurrenz gemacht. Über die Hälfte der 8,2 Mio. Clubmitglieder wurde im Ausland angeworben. Bertelsmann-Clubs gibt es in jedem westeuropäischen Land, ausgehend von Spanien und Portugal wird nach Südamerika expandiert.

Im Bertelsmann-Konzern aufgesogen wurde eine Vielzahl von Verlagen, die am Konzernumsatz mit 222,3 Mio. DM 76/77 beteiligt waren. Erst jüngst wurde der Wilhelm Goldmann Verlag aufgekauft, dessen Taschenbuchreihe Mohn zur umsatzintensivsten in Westdeutschland ausbauen will. Im Bereich Verlage werden von der Konzernleitung 34 Verlage gesteuert, ein weiterer Teil wurde namentlich gelöscht und die Kapazitäten von der C. Bertelsmann Verlags GmbH geschluckt.

Im Bereich Technik betrug der Umsatz 76/77 821,7 Mio. DM, hervorgebracht von 7600 Beschäftigten in 13 Betrieben, vor allem Druckereien und Papierfabriken. Im Bereich Musik, Film und Fernsehen betrug der Umsatz 76/77 243,7 Mio. DM.



Wie das Schaubild zeigt, hat sich der Konzern bis 1973 stetig entwickelt, mit einem durchschnittlichen Umsatzplus von 13% jährlich. Zwischen den Geschäftsjahren 72/73 und 73/74 liegt Mohns großer Coup, die Einverleibung von Gruner und Jahr, die 1972 ca. 700 Mio. DM und 1976/77 871,9 Mio. DM Umsatz machten. Geködert wurde Gruner-Mitgesellschafter Bucerius über den Aufsichtsratsvorsitzposten im Bertelsmann-Konzern und 12% Bertelsmann-Aktien gegen 35% Gruner u. Jahr-Aktien. Den Aktienverlust konnte Mohn leicht verwinden, besaß er danach immer noch zusammen mit seinem Sohn die restlichen 75% von Gruner u.Jahr im Besitz von Bertelsmann. Die ursprüngliche Absicht, sich bei Springer einzukaufen, zerschlug sich. Bertelsmann verbündete sich mit Gruner u. Jahr, was Springer die Spitzenposition der Branche kostete. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde der Konzern erneut gestrafft und die Umsätze pro Beschäftigten an die 100 000 DM-Grenze nach Übernahme von Gruner u. Jahr gebracht. Expansionsmöglichkeiten sucht der Konzern, vom Bundeskartellamt sanft darauf gestoßen, vor allem im Ausland.

Vorstandsmitglied Wechsler: „Die Grenzziehung (des Kartellamtes) hier in Deutschland, die wir durchaus akzeptieren, hat sicher unsere Aktivitäten im Ausland verstärkt." Das war auch die Absicht der Bundesbehörde. „Ich arbeite ebenso gern im Ausland", sagt Mohn und meint damit die Verwertung billiger ausländischer Arbeitskräfte, die dafür sorgen, daß sich im „Auslandsengagement das Kapital dreimal so schnell bildet wie hier". (Mohn) Bertelsmann-Chef und Weltkrieg II-Offizier Mohn geht es jedoch um mehr als Kapital- und Warenexport sowie Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte. Die Erfahrung hätte ihn gelehrt, daß es in vielen Ländern „einen gesellschaftspolitischen Nachholbedarf" gäbe und es an „Übung und Gesetzgebung (fehle), soziale Konflikte vernünftig zu bewältigen", weswegen die Auslandsgesellschaften angewiesen seien, „die innerbetriebliche Ordnung am deutschen BetrVerfG auszurichten". Um alle Welt am deutschen Wesen genesen zu lassen, scheut Mohn dabei „auch größere Risiken" nicht. In der Schweiz besitzt Bertelsmann elf Firmen, in Spanien sieben, in Portugal zwei, in Italien drei, in Frankreich sechs, in Belgien vier, in den Niederlanden neun, in Großbritannien drei, in Österreich sieben, in den USA sechs, in Skandinavien vier und in Lateinamerika acht. Seine Auslandsfirmen erbrachten 1976/77 880,6 Mio. DM Umsatzerlöse, 30,5% des Umsatzes. In fünf Jahren soll der Auslandsumsatz 45% betragen. Um den expansiven Kurs zu stützen, versammelt sich im Aufsichtsrat die Creme der westdeutschen Finanzbourgeoisie: wie Burgard von der Deutschen Bank, Terrahe von der Commerzbank, Overbeck von Mannesmann und Prinz von Daimler-Benz.

Mohn selber hat schon auf 20 Druckseiten die „Gemeinnützigkeit" seines Unternehmens in einer Schrift angepriesen: „Das Haus versteht unter Erfolg nicht nur den optimalen wirtschaftlichen Gewinn. Die ...ideelle Zielsetzung hat gleichen Rang." Mit jedem Prozentpunkt mehr Auslandsumsatz wächst die „ideelle Zielsetzung" und die „Gemeinnützigkeit" für die Vorherrschaftspläne der westdeutschen Imperialisten. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Streiks in der britischen Zeitungsindustrie

In der ganzen letzten Woche erschien die britische „Times" nicht, ebenso der „Guardian" mit seiner Londoner Auflage, die bei der „Times" gedruckt wird. Bei der „Times" gab es in den letzten Wochen verschiedene Streiks um den Lohn in einzelnen Abteilungen. Am Samstag vor Ostern verweigerten 100 Arbeiter Überstunden. Eine besonders umfangreiche Osterausgabe der „Sunday Times" sollte fertiggestellt werden. Die Setzer und Drucker erklärten, sie könnten die Arbeit nicht schaffen, weil die Kapitalisten die Zahl der Arbeiter verringert hätten. Daraufhin haben die Kapitalisten alle hundert Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung entlassen. Die Kapitalisten behaupten frech, die Arbeiter hätten „sich selbst entlassen", weil sie für eine Lohnforderung plötzlich in den Streik getreten seien. Die Drucker und Setzer werden von der gesamten Belegschaft unterstützt. Seit der Entlassung erscheint die „Times" nicht mehr. Die Kapitalisten haben jetzt gedroht, am Montag die gesamte Belegschaft zu entlassen, wenn die Zeitung nicht wieder gedruckt würde.

Bereits vor 4 Wochen war die „Times" vier Tage wegen eines Streiks in der Setzerei nicht erschienen. Die Kapitalisten mußten in der letzten Woche, vor dem jetzigen Streik, eine Entschuldigung an Anzeigenkunden und Leser unter der Überschrift „Ursachen für Fehler und Verspätungen" abdrukken. Dort heißt es:

„Solche Fehler sind u. a. die Verwechslung von Buchstaben oder Wörtern, die falsche Plazierung von Satzteilen, oder Kombinationen der Fehler, die das Lesen manchmal schwierig und das Verstehen unmöglich machen." „Die meisten der Schwierigkeiten wurden verursacht durch eine Serie von Arbeitskämpfen in der Times, die rapide zugenommen haben, weil die Löhne jetzt generell niedriger sind als die der meisten anderen Fleet-Street-Zeitungen".

Dies läge an der Einhaltung der 10%-Regierungslohnleitlinie. Sie würden jetzt versuchen, die in der Lohnleitlinie erlaubten Rationalisierungsabkommen („Productivity-Deal") einzuführen, um „diese Lage zu verbessern", geben die Kapitalisten bekannt.

Gegen diese Art „Besserung der Lage" durch Rationalisierung hat sich die Überstundenverweigerung gerade gerichtet. Der „Times"-Kapitalist und stellvertretende Vorsitzende des Zeitungsverlegerverbandes hat jetzt rausgelassen, daß die „Kosten für den Zeitungsdruck effektiv gesunken" seien. Die „verbesserten materiellen Aussichten" der Industrie würden die Arbeiter jetzt zerstören.

In London, dem bei weitem größten Markt für die nationalen Zeitungen in Großbritannien, werden gleichzeitig seit Dienstag auch die anderen nationalen Zeitungen nicht ausgeliefert. Ca. 1500 Fahrer, Packer, Verteiler und Angestellte der Großhändler führen Aktionen für höhere Überstundenlöhne durch. Sie hatten Anfang der Woche begonnen, bestimmte Zeitungen nicht auszuliefern. Die Kapitalisten stoppten dann die Auslieferung aller nationalen Zeitungen, um die Verschärfung der Konkurrenz unter sich zu verhindern.

Die Arbeiter und Angestellten verlangen die Erfüllung eines bereits abgeschlossenen Tarifvertrages zwischen ihrer Gewerkschaft und den Vereinigungen der Londoner Zeitungsgroßhändler. Dieser Vertrag sieht u.a. eine Erhöhung der Löhne für Überstunden vor, die regelmäßig gemacht werden müssen für die Auslieferung der letzten Ausgaben der nationalen Zeitungen, von 1,50 Pfund (6 DM) auf 2,35 Pfund (9,40 DM). Für diese Überstunden zahlen die Zeitungsverleger einen Ausgleich in Höhe der Löhne an die Großhändler. Diesen Ausgleich wollen sie höchstens um 10% erhöhen. Also, sagen die Großhändler, können wir auch nur 10% zahlen. Daraufhin begannen die Arbeiter mit Aktionen. Vor zwei Wochen arbeiteten sie für eine Woche „Dienst nach Vorschrift" und verweigerten Überstunden, was zur fast kompletten Nicht-Belieferung des Londoner Vertriebs führte. Seit der letzten Woche werden einzelne Zeitungen nicht ausgeliefert. Am Donnerstag bestreikten die Arbeiter der Yorkshire Evening Press den Druck, so daß nur 7000 Exemplare in den Verkauf kamen. Normalerweise sind es 66000. Der Druck wurde gestoppt, als die Arbeiter einen Hetzartikel gegen ihren Kampf für ein höheres Weihnachtsgeld gelesen hatten.

Die „Brutalität verantwortungsloser Macht" hätte Fleet Street (die Londoner Zeitungsstraße) „zu völliger Anarchie heruntergebracht", tobt der Vorsitzende der Nationalen Verlegervereinigung. In diesem Jahr allein hätten die nationalen Zeitungen 14 Millionen Exemplare wegen Streiks nicht verkauft. Mit wilden Drohungen und der Tätigkeit der staatlichen Schlichtungskommission versuchen die Kapitalisten die Streiks zu unterdrücken. Die Lage der Arbeiter ist schwierig. Sie sind in fünf verschiedenen Gewerkschaften organisiert, und es gelang in den letzten Kämpfen gegen die Rationalisierung und Lohnsenkung nicht, die Einheit über die einzelnen Betriebe hinaus herzustellen, weil in jedem Betrieb mit Haustarif abgeschlossen wird. Der Streik gegen das Zentralorgan der britischen Bourgeoisie und die Nichtauslieferung eines großen Teils der übrigen Zeitungen verbessert die Bedingungen dafür. – (Korrespondentenbericht London)

Die Einführung der „Neuen Technik" in der britischen Druckindustrie

1970 schickte die britische Regierung eine Kommission durch Westeuropa und Nordamerika, um die Möglichkeiten für die Verschärfung der Ausbeutung der Druckarbeiter auszuloten und die Konkurrenzbedingungen dabei. In ihrem 1971 veröffentlichten Bericht heißt es: „In der Einrichtung von neuen Satztechniken ist Großbritannien wahrscheinlich fortgeschrittener als irgendeiner seiner ausländischen Konkurrenten." Aber: „Mehrere Überseefirmen, die besucht wurden, haben einen höheren Nettoausstoß mit kleinerer Maschinenbesetzung als vergleichbare Firmen in Großbritannien. Generell haben konkurrierende Länder größere Arbeitskraft-Flexibilität ..." Nach wie vor gilt, daß die britischen Druckkapitalisten in der Ausbeutung der Arbeitskraft den westdeutschen Konkurrenten unterlegen sind und jetzt alle Anstrengungen unternehmen, um aufzuholen.

Die britischen Druckkapitalisten haben die Zahl der Beschäftigten im allgemeinen Druckgewerbe um 26300 oder 12% auf 194100 und im Zeitungsdruck um 15500 oder 10% auf 130700 gesenkt. Der Produktionsausstoß blieb dabei im Zeitungsgewerbe gleich, während er in der allgemeinen Druckindustrie um 5% stieg. Die Preissumme der Exporte der gesamten Druckindustrie stieg von 75 auf 76 um 34%, die höchste Steigerungsrate zumindest nach dem Zweiten Weltkrieg. Gegen den zähen und erbitterten Widerstand der Arbeiter haben die Kapitalisten durch Arbeitszeitverlängerung, Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkung die Ausbeutung steigern können. Jetzt ist offensichtlich genügend Kapital angesammelt worden, das sie für den großen Sprung in die Fotosatz- und Offset-Technik brauchen.

Ende der 60er Jahre wurden die ersten Zeitungen – die Londoner Abendzeitungen – nach diesem modernen Verfahren gedruckt. Anfang der 70er Jahre wurden einzelne mittlere Zeitungen umgestellt auf Lichtsatz, fast immer verbunden mit weiterer Nutzung der alten Rotationen durch Verwendung von Nyloprint oder Dilitho-Verfahren. Viele kleinere und mittlere Druckbetriebe (18,1% der Beschäftigten arbeiten in Betrieben unter 50 Beschäftigten, weitere 38,4% in Betrieben bis 250 Beschäftigten) hatten in der Zeit bis 1975 Umstellungen auf Offsetdruck, teilweise Lichtsatz vorgenommen. Seit 1975 stockte der Umstellungsprozeß.

Jetzt ist die Daily-Mirror-Gruppe dabei, als erster der sogenannten Fleet-Street-Verlage. Dazu wurde für über 400 Mio. DM eine Linotron 606 Lasermaschine aufgestellt, die fertige Zeitungsseiten mit der Geschwindigkeit von 3000 Zeilen pro Sekunde setzt und mit allen Redaktionen direkt verbunden ist. Die „Times" erhält eine ähnliche Anlage und wird bald beginnen, ihre regelmäßige Erziehungs-Sonderausgabe auf Lichtsatz zu setzen, um nach und nach die ganze Produktion umzustellen. Ähnliche Umwälzungen wurden innerhalb der letzten Monate in der Buchproduktion vorgenommen.

Beim „Daily Mirror" wurde zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung ein Vertrag über die Auswirkungen der neuen Technik geschlossen. Die Kapitalisten konnten Lohnsenkungen bis zu einem Drittel bei den Setzern durchsetzen, an die sie Ausgleichszahlungen zwischen 8000 und 40000 Mark zahlen, was in keiner Weise ein Sperriegel gegen die Verschärfung der Ausbeutung ist. Deshalb schmeckt auch der Handel den Arbeitern nicht. Trotz dieses Abschlusses gab es im Januar bei der Herstellung der Wochenzeitung „Reveille", die bereits umgestellt ist, Streiks, unter anderem der Satzmaschinenbediener, gegen niedrigere Löhne. Zwei Wochen konnte die Zeitung nicht erscheinen. – (Korrespondentenbericht London)

Die Jugend vom gerechten Kampf des bewaffneten Volkskrieges unterrichten

„Die alten afrikanischen Kulturen zerfielen bei der Berührung mit der europäischen Kultur. Bis heute ist nichts Eigenständiges an ihre Stelle getreten. Man kann noch nicht einmal sagen, ob sich eine neue afrikanische Negerkultur bilden wird." Dieses Zitat entstammt einem gebräuchlichen Schulbuch in der BRD „Unser Weg durch die Geschichte" (1975) für Realschüler.

Nicht selten wird auch den Lehrern empfohlen, sich doch auf aktuelles Material zu stützen, um dies den Schülern nahe zu legen und sie aufzuhetzen gegen den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe.

Zum Beispiel die angebliche Entführung von Schülern. Wo es mittlerweile auch in der bürgerlichen Presse sich nicht mehr verheimlichen läßt, daß sich die Jugend stürmisch zum revolutionären Kampf gegen die Unterdrücker zusammenschließt und darauf drängt, Aufgaben im bewaffneten Befreiungskampf zu übernehmen, statt sich von den Missionaren die Köpfe voll machen zu lassen.

Zum anderen sollen die Lehrer darlegen, wie „rechtmäßig" zum Beispiel der Landbesitz der Kolonialisten sei, die angeblich das Land urbar gemacht hätten. Wo jeder Schüler schon in den Illustrierten die Villen der Nichtstuer und Ausbeuter in Zimbabwe gesehen hat. Das Land ist geraubt gegen den Widerstand des Volkes, gerodet und bebaut hat das Land das Volk von Zimbabwe.

Die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Bremen-Unterweser hat dagegen Material für eine Unterrichtseinheit herausgegeben, die von den Tatsachen ausgeht. Sie enthält u.a.:

- Material über den Landraub durch die weißen Siedler, die Löhne und Lebensverhältnisse, Schulwesen usw.
- historische Quellen, die belegen, daß das Volk von Zimbabwe vor Eindringen der Europäer eine hohe Kultur hatte und sich von Anfang an gegen die Unterdrückung gewehrt hat.
- geschichtliche und aktuelle Tabellen, Aufstellungen und Darlegungen über die wirtschaftlichen Interessen der englischen und deutschen Imperialisten in Zimbabwe und die Auswirkungen auf die westdeutschen Arbeiter, beispielhaft bei Klöckner, Vulkan-Werft, VW.
- Dokumente über die politische Unterdrückung in Rhodesien
- die Entwicklung des Widerstandes in Zimbabwe bis zur Gründung der Zanu, ihr Programm und Gründung der Patriotischen Front.
- Vorschläge und Material, um die Schüler für eine praktische Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe zu gewinnen.

Die Unterrichtseinheit ist zu beziehen über die GUV Bremen-Unterweser, 28 Bremen 21, Gröpelinger Heerstr. 261 zu einem Preis von 3 DM.



In den ersten vier Dekaden dieses Jahrhunderts unterhielten ausschließlich die Missionare Schulen für Afrikaner. 1971 gab es in Zimbabwe 80 staatliche und fast 3000 Missionsschulen, knapp 1% der Schüler besuchten die staatlichen Schulen.

Für weiße Kinder herrscht Schulpflicht, für schwarze nicht. Weiße Schüler bis 18 Jahre genießen Schulgeldfreiheit, schwarze müssen, gemessen am Einkommen der Eltern, Schulgeld in unerschwinglicher Höhe bezahlen. So nimmt es nicht wunder, daß über 50% der afrikanischen Bevölkerung jünger als 17 Jahre ist – eine Folge der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung durch die Kolonialisten – aber nur 15% der afrikanischen Bevölkerung Schulen besucht.

GEW-Betriebsgruppe unterstützt das Volk von Zimbabwe

Westberlin. Die GEW-Betriebsgruppe Neukölln der 4. Sonderschule für Lernbehinderte hat auf ihrer Sitzung am 29. März in einem Brief an die Landesregierung von Baden-Württemberg und den Senator für Jugend und Sport gegen die Beschlagnahme des ZANLA-Spendenkontos in Mannheim protestiert. Sie fordert die sofortige Freigabe des Spendenkontos und die Freigabe der Waldbühne für eine Veranstaltung mit der ZANU am 27. April. Weiter wird von der Bundesregierung die Anerkennung der Patriotischen Front verlangt.

Dienstherr steckt Arbeitsanalyse auf

Schreibkräfte weigern sich Durchschläge zu machen, Anschläge zu zählen, Pausen aufzuschreiben

„Organisierte Textverarbeitung ... Durch die ‚Organisation' des Bereiches Textverarbeitung soll folgendes erreicht werden: Steigerung der Produktivität – unter weitgehender Berücksichtigung der menschlichen Faktoren. Durch bessere Organisation und damit bessere Arbeitsabläufe." (IBM-Werbeschrift) „Ein Beispiel aus der Praxis zeigt auch, daß Schreibplätze sehr oft nicht richtig ausgelastet sind. Bei dem Beispiel handelt es sich um ein Unternehmen der Luftfahrt-Elektronik-Industrie. Tägliche Arbeitszeit 100%; Schreibzeiten 18,8%, Schreibnebenzeiten 1,5%, keine Tätigkeiten/Pausen 10,8%, andere Tätigkeiten 68,9% (d.h. sachfremde Tätigkeiten und Leerzeiten)."

Verwaltung und Buchführung ist für die Kapitalisten wie ein Klotz am Bein. Fixe Kosten, die zur Realisierung des Profits zwar notwendig sind, aber keinen zusätzlichen Profit bringen, im Gegenteil von ihm zu subtrahieren sind.

Durch neue Techniken in der Textverarbeitung, der Buchführung usw. wird es möglich, in allen Verwaltungen, insbesondere auch der umfangreichen Verwaltung des bürgerlichen Staates, noch drastischere Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Dafür sind diese „Fortschritte" der Technik auch entwickelt worden. Dabei versuchen die kapitalistischen Rationalisierer etwa in folgender Reihenfolge Schritt für Schritt ihre Absichten durchzusetzen:

1.) Einführung eines einheitlichen Diktiersystems mit Diktiergeräten.
2.) Verbesserte Schreibmaschinen, Kugelkopf mit Korrekturtaste.
3.) Elektronische Schreibmaschinen mit Speicher.
4.) Speicherschreibmaschinen mit Magnetkarten.
5.) Textsysteme mit Bildschirm, hoher Speicherfähigkeit auf Magnetkarten oder Magnetband, Datenverarbeitung und der Möglichkeit der Übertragung auf ein Empfängergerät per Telefonleitung. (Kostet ca. 20 bis 30000 DM)

Mit der stufenweisen Einführung neuer Techniken hat die Bourgeoisie allerdings große Schwierigkeiten. Mit einer „Basis-Analyse", wie in dem Beispiel von IBM, sollte an der Universität Bremen 1974 die Einführung neuer Techniken begonnen werden. Über 3 1/2 Jahre hinweg widersetzten sich die Beschäftigten den Versuchen, die Analyse durchzuführen.

Am 1. Mai 1977 beteiligten sie sich unter der Forderung „Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme" an der Demonstration des DGB. Unter dem massiven Druck der Sperrung aller nichtbesetzten und frei werdenden Stellen, sowie der Ablehnung der Schaffung zusätzlicher Stellen gaben die Schreibkräfte einem erneuten Anlauf der Dienstherrenseite auf Durchführung der Arbeitsplatzüberprüfung nach. Beschäftigte und Personalrat setzten jedoch so viele Einschränkungen für die Überprüfung (keine Anfertigung von Durchschlägen für die Überprüfung, Pausenzeiten werden nicht notiert, keine Zählung von Anschlägen etc.) durch, daß die Dienstherren auf die weitere Erstellung dieser Analyse sozusagen verzichteten. Sie ist für ihre Zwecke wertlos.

Mit einem angeblich „menschenfreundlichen" Schreibautomaten soll nun ein erneuter Versuch unternommen werden, die Rationalisierung durchzuführen. Allein das Gerücht, daß ein solches Gerät angeschafft werden soll und der Streik der Arbeiter in der Druckindustrie haben eine intensive Debatte um die Auswirkungen dieser Technik entfacht. Personalrat und ÖTV-Vertrauensleutekörper richten eine Arbeitsgruppe ein, die die Auswirkungen dieser Techniken für die Beschäftigten der Universität untersuchen soll, um konkrete Forderungen gegen die geplante Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit auszuarbeiten. (Bezirk Bremen-Unterweser)

Minister vermutet hohe Produktivitätssteigerung

Schon als Staatssekretär – Volker Hauffs Vorschläge und Gründe für die Einführung neuer Technologie im öffent lichen Dienst

Warum Volker Hauff so schnell vom Staatssekretär zum Minister avancierte, versteht man besser, wenn man in seinem Buch „Modernisierung der Volkswirtschaft" sich etwas umsieht und hier speziell seine Ansichten zum öffentlichen Dienst. Gleichzeitig zeigt sich, daß er sozusagen den richtigen Riecher hat, das heißt, er schaut den Kapitalisten nicht nur aufs Maul, er denkt auch ihre Gedanken und handelt vorausschauend. So hat er in seinem Buch (Coautor Fritz W. Scharpf) geschrieben: „Wir vermuten, daß dieser Sektor (gemeint ist hier der Informationssektor, der für den Staat der imperialistischen Bourgeoisie von großer Bedeutung ist) auch für die absehbare Zukunft überwiegend durch ganz ungewöhnlich hohe Produktivitätssteigerungen gekennzeichnet sein wird. (...) und daß die künftigen Produktivitätssteigerungen in der industriellen Produktion ebenso wie in den klassischen Dienstleistungsbereichen entscheidend von der Fähigkeit zur Informationsverarbeitung sowie der Steuerung komplexer Vorgänge abhängen werden.

Hier lediglich ein ganz alltägliches Beispiel für solche Verarbeitung. Ein Student erhält schon kurz nach der Geburt seines Sohnes den computergefertigten Bescheid ins Haus vom BAFöG-Amt, daß sein Mietzuschuß gestrichen sei, weil ja nunmehr seine Wohnung von drei Mietern belegt sei.

Zurück zu Volker Hauff: nachdem er den großen Konkurrenten USA erforscht hat, stellt er fest, daß die zentrale Bedeutung für die Realisierung des Profits der Informationssektor hat (1860 waren in den USA 5% aller Arbeitnehmer in diesem Sektor beschäftigt, 20% 1950 und 1970 etwa rund 50% aller amerikanischen Arbeitnehmer). Gleichzeitig muß er feststellen, daß in Westdeutschland nicht nur im Jahr 1970 lediglich 25% in diesem Bereich beschäftigt sind, diese aber auch noch höchst unproduktiv arbeiten. Dann versteht man sein Anliegen: Er behauptet, von der Leistungsfähigkeit eines umfassenden Systems unterstützender Dienstleistungen hänge die industrielle Produktion fast noch mehr ab, als von der Leistungsfähigkeit ihrer Produktionseinrichtungen. Dabei stellt er fest, daß die Problematik des Dienstleistungssektors vor allem in seiner zu geringen Produktivität liegt. Insbesondere meint er damit den öffentlichen Dienst. In keinem anderen Bereich, behauptet er, ist die Produktivität der eingesetzten Arbeitskraft so gering und in keinem anderen Bereich sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten insgesamt so wenig Produktivitätsfortschritte erzielt worden, wie hier.

Damit mag er recht haben. Sehr richtig geht er aber davon aus, der Grund sei nicht etwa darin zu suchen, daß die persönliche Arbeitsleistung der einzelnen Beschäftigten zu gering sei – dafür hat die Bourgeoisie mit dem Ausbau der Antreiber und Rationalisierer Vorsorge getroffen – sondern es liegt an der geringen Möglichkeit, menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen. Und ... „selbst so leistungsfähige Hilfsmittel wie Diktiersysteme, Textverarbeitungsmaschinen, Buchungsautomaten und die elektronische Datenverarbeitung finden wegen der oftmals anachronistischen Management- und Unternehmerstruktur im Dienstleistungsbereich offenbar viel langsamer den Weg in die praktische Anwendung, als dies bei entsprechenden Rationalisierungsfortschritten im Produktionsbereich der Fall war", lamentiert er. Dabei hält der ehemalige Staatssekretär die geplante Dienstrechtsreform für sich alleine genommen nicht für „ein Verfahren, die Leistungshindernisse zu beseitigen". Er verlangt ein „gewisses Maß an Konkurrenz und den Vergleich des Aufwand/Ertragsverhältnisses und Effizienzkontrolle" als die Voraussetzung, damit eine verbesserte Dienstleistungstechnologie auf Aufnahmebereitschaft rechnen könne.

Solange die Beschäftigten sich untereinander zusammenschließen, ist das nicht drin. Erst wenn der Lohn im Extrem durch die Teilzeitarbeit sozusagen halbiert ist, kann davon aber die Rede sein. Jeder Lohnraubabschluß ist ein Schritt dahin. Im Moment gelingt es jedoch noch nicht einmal dem Bürgermeister von Westberlin, Stobbe, eine einfache Maschine wie einen Zeitdrucker zur Kontrolle der Arbeitszeit der Beschäftigten einzuführen. Lediglich in zwei kleinen Bereichen von zusammen 280 Beschäftigten ist es gelungen, eine Zeitmeßuhr aufzustellen. 180000 Beschäftigte haben dies geschlossen abgelehnt.

Die Sache hat aber riesenhafteres Ausmaß und wird jetzt tatkräftig angeleitet: Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit bei gleichzeitiger Ausdehnung der Überwachungs- und Informationstätigkeit des imperialistischen Staates. Maihofer hat einen Entwurf zur Teilzeitbeschäftigung für die Beamten in öffentlichen Diensten vorgelegt.

Der DGB hat nun zwar diese Teilzeitpläne Maihofers für Beamte aufs herzlichste begrüßt, etwas mulmig ist es ihnen aber doch gewesen. Vorstandsmitglied Schmidt äußerte den Vorbehalt, daß die Arbeitsmenge eines teilzeitbeschäftigten Beamten im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit ermäßigt werden müsse. Man darf dabei nicht denken, die Sozialdemokraten wüßten nicht, wovon sie reden, im Gegenteil.

Auf dem 10. deutschen Beamtentag (21./22. Februar 1978) hat Helmut Schmidt unverfroren geäußert, wie er die Sache sieht: „Es wird entsprechend einem Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern gegenwärtig überprüft, ob und gegebenenfalls wie und wo die Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes erhöht werden kann, und zwar bei im wesentlichen gleichbleibendem Gesamtbesoldungsaufwand." Frech fügt er hinzu: „Der Beifallssturm bleibt aus, aber deswegen habe ich auch extra langsam gesprochen, damit jeder das versteht, was hier gemeint ist." (Bulletin der Bundesregierung, 3. März 1978)

Was wohl tatsächlich nur Halbierung des Lohns und Teilzeit in Schichten bedeuten soll, denn keiner wird ja wohl annehmen, die teure Rationalisierungsmaschinerie würde zweimal angeschafft, damit gleichzeitig an Tagschichten gearbeitet werden kann. Im Gegenteil, sie werden es auf Tag- und Nachtschichten bringen wollen, schon wegen des oben zitierten Nachho ldefizits gegenüber dem „großen Bruder" Amerika und der Konkurrenz gegen ihn.

Die Millionen Beschäftigten bestimmen mit ihrem entschlossenen Kampf um den Lohn, daß diese kapitalistische Zukunftsvision sich nicht verwirklichen läßt. N-Red.



Göttingen, Uni-Kliniken. Den elf frisch examinierten Krankenpflegern und -schwestern an den Uni-Kliniken, die seit sechs Wochen um ihre Einstellung kämpfen, sind am Freitag mündliche Zusagen gemacht worden.

Sämtliche Personalräte unterstützen den Kampf für die Übernahme. Die Personalversammlung der Nervenklinik hat den Personalrat beauftragt, an dem Beschluß festzuhalten, keinen Einstellungen auf Krankenpflegestellen zuzustimmen, bis alle elf Schüler übernommen wurden. An vier Tagen wurden auf dem Markt über 600 Unterschriften gesammelt, die an die Pflegedienstleitung geschickt und im Göttinger Tageblatt als ÖTV-Anzeige veröffentlicht werden sollen.

Lieber langsam – keiner reißt sich ein Bein aus

Göttingen. Vier Frauen in der Zentralküche der Uniklinik Göttingen müssen das Gemüse und Salat für über 2000 Essen pro Tag machen, das Ganze im Stehen. Stühle für sie sind seit einem Jahr beantragt und nicht genehmigt. In der Spülküche arbeiten die Frauen bei ohrenbetäubendem Lärm und Temperaturen von bis zu 34 Grad, gleichzeitig zieht es so, daß ständig jemand krank ist und die anderen die Arbeit von ihm mit machen müssen. Selbst an den Gummihandschuhen wird gespart. Sie sind so kurz, daß das Wasser immer oben reinläuft, und wenn sie kaputt sind, gibt es auch nicht immer gleich neue. Als die Frauen eine Creme zum Schutz der Hände beantragten, weil mehrere von ihnen Ausschlag bekamen, wurde diese abgelehnt. Und dann muß man sich noch vom Chef solche Frechheiten mit anhören wie, daß man keine Hosen tragen darf, weil er gern schöne Beine sieht. Für diese Arbeit bekommen die Arbeiterinnen einen Lohn, von dem man kaum leben kann. Die meisten von ihnen sind in Lohngruppe III. Ledig, 26 Jahre, kommt man damit gerade auf 1400 DM brutto, wovon netto 1000 DM übrig bleiben. Da bedeutet Maihofers Angebot von 3,7% gerade 30 DM netto mehr. Das hinzunehmen, kann sich keiner leisten. Die Arbeiterinnen in der Spüle sind sich einig: Bei einem solchen Angebot auf ihren eh schon zu niedrigen Lohn und dazu noch die Preistreiberei in der Kantine, dafür reißt sich keiner mehr ein Bein aus.

Klinikleitung reagiert auf kurzen Streik der Aushilfen

Heidelberg. Am Karfreitag haben die Aushilfen an der Orthopädischen Klinik ihren Streik für die Forderung: Bezahlung nach Tarif begonnen. Bis zum 1. Januar 1977 war ihnen der tarifliche Stundenlohn (KR 1) gezahlt worden, dann aufgrund eines Erlasses vom Finanzministerium nur noch 7,77 DM pro Stunde brutto. In einem Flugblatt hatten sie alle Beschäftigten über ihren Streik informiert. Die Oberin Alcock und Prof. Paeslack kamen ins Schwitzen, weil über Ostern dringend Sitzwachen gebraucht wurden. Obwohl der Streik kurz war, hat er bereits Wirkung. Prof. Paeslack sah sich genötigt, ein Schreiben an das Ministerium zu richten, in dem er eine höhere Bezahlung fordert. Der Personalrat hat beschlossen, von der Verwaltung eine Bezahlung der Aushilfen nach Tarif zu fordern. Durchgesetzt werden kann die Forderung der Aushilfen, wenn sie sich im Lohnkampf jetzt mit den übrigen Beschäftigten weiter zusammenschließen.

Forderungen zum 1. Mai

Westberlin. Bezirksamt Kreuzberg. Für die Demonstration und Kundgebung am 1. Mai hat die ÖTV-Betriebsgruppe beschlossen: Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Personal- und Lohnausgleich! Schreibkräfte im öffentlichen Dienst fordern: Keine Akkordarbeit an Büromaschinen! Planstellen statt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen! Gegen Rationalisierung auf Kosten der Kollegen – gegen steigende Arbeitsbelastungen! Sechs Wochen Urlaub für alle! Ersatzlose Streichung des § 218!

Pestel stößt auf Widerstand

Osnabrück. Wir berichteten über die Entscheidung des Rektors der Universität Osnabrück in dem Disziplinarverfahren gegen Doktor Götz Rohwer, Akademischer Rat an dieser Universität. Götz Rohwer ist Kandidat des KBW bei den Landtagswahlen. Während der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Pestel, auf eine Entlassung Rohwers drängt, hat sich der Rektor geweigert, eine Entlassung Rohwers auszusprechen. Nun hat Pestel die Entscheidung des Rektors – der hatte das Disziplinarverfahren mit einer Geldstrafe eingestellt – aufgehoben. Daß „Eine Entlassung ... in Betracht kommt", läßt Pestel jetzt durch seinen Staatssekretär Freiherr von Campenhausen schreiben, zugleich verfügte er die erneute Dienstenthebung Rohwers und die Verpflichtung, „jegliche Dienstausübung zu unterlassen".

Der Fachbereichsrat I, dem Rohwer angehört, hat diese Maßnahmen einstimmig verurteilt und eine Sondersitzung des Konzils der Universität gefordert. Pestel wird aufgefordert, dort zu erscheinen und „Rede und Antwort zu stehen". Einstimmig haben auch die ÖTV-Vertrauensleute an der Universität die Entscheidung des Rektors begrüßt und sich gegen Pestel gewandt.

Auch der Asta der Universität Osnabrück hat jetzt in einer öffentlichen Erklärung Pestel aufgefordert, „das Disziplinarverfahren umgehend einzustellen und Herrn Rohwer sofort endgültig ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übernehmen".

Der Rektor, Prof. Horstmann, mußte in der „Neuen Osnabrücker Zeitung" (29.3.) erklären: Seine Entscheidung „sei zwar an der Universität nicht unumstritten, werde aber von einer Mehrheit – auch von Hochschulangehörigen mit liberalen Positionen – vertreten". Die Regierung kommt in Schwierigkeiten. Der Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Hasselmann, beschreibt die Lage so: „Da offensichtlich das Universitäts-Establishment weder willens noch in der Lage sei, demokratische Freiheiten an den Universitäten zu garantieren, müsse sich der Staat überlegen, mit welchen Mitteln Demokratie an den Hochschulen wiederhergestellt werden könne." (NOZ 29.3.78)

Verhandlungen für Löhne und Gehälter im Einzelhandel

Stuttgart. Gleichzeitig mit den Verhandlungen für die Metallindustrie fanden am Donnerstag im Hotel Zeppelin in Stuttgart auch die Verhandlungen für die Löhne im Einzelhandel zwischen der Gewerkschaft HBV und den Handelskapitalisten statt. Aus verschiedenen Städten Baden-Württembergs waren Delegationen gekommen, um ihrer Forderung nach Lohnerhöhungen zwischen 90 und 170 DM durch eine Demonstration Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig haben die Teilnehmer an der Kundgebung der im gleichen Hotel tagenden Verhandlungsdelegation der IG Metall die Solidarität der Mitglieder der Gewerkschaft HBV mit dem Streik der Metallarbeiter übermittelt.

Chemie: Spitzengespräch in Köln

Köln. Ohne Ergebnis verlief das Spitzengespräch zwischen dem Arbeitsring Chemie und dem Hauptvorstand der IG Chemie in Aachen am 30. März. Stattgefunden hat ein Meinungsaustausch über die Möglichkeit, in einem „Gesamtpaket" die Lohnforderungen und den Manteltarif zum Abschluß zu bringen. Der Hauptvorstand der IG Chemie äußerte, wenn das Paket attraktiv genug sei, dann könne es zentral abgeschlossen werden. Ansonsten komme es zu bezirklichen Abschlüssen. Er betonte erneut, daß die IG Chemie die Arbeitsplatzsicherung an die erste Stelle setze in diesem Jahr. Die Chemiekapitalisten legten kein neues Angebot vor.

Stufenausbildung in allen Hamburger Chemiebetrieben geplant

Hamburg. Bei den Farbwerken Hoechst soll die Stufenausbildung auch für Chemieberufe eingeführt werden. Chemiejungwerker soll die erste Stufe sein, Chemielaborant die zweite Stufe. Die IG-Chemie-Jugend erklärte sich gegen die Stufenausbildung und will deren Einführung bei Hoechst verhindern. Bei Phoenix (Kautschuk), wo es die Stufenausbildung bereits gibt, wurde die zweite Stufe systematisch abgebaut, weil die Kapitalisten immer mehr Hilfskräfte brauchen.

Entlassung von zwei Betriebsräten beim „Münchner Merkur"
München. Diese Woche haben zwei Betriebsräte vom Münchner Zeitungsverlag, die während der Aussperrung in der Streikleitung waren, ihre fristlose Kündigung erhalten. Vorgeworfen wird ihnen, daß sie am ersten Arbeitstag nach dem Streik, an dem die Kapitalisten um 12 Uhr die Aussperrung aufgehoben haben, die

Entlassung von zwei Betriebsräten beim „Münchner Merkur"

München. Diese Woche haben zwei Betriebsräte vom Münchner Zeitungsverlag, die während der Aussperrung in der Streikleitung waren, ihre fristlose Kündigung erhalten. Vorgeworfen wird ihnen, daß sie am ersten Arbeitstag nach dem Streik, an dem die Kapitalisten um 12 Uhr die Aussperrung aufgehoben haben, die Belegschaft „aufgewiegelt" hätten, zur Frühschicht nicht anzutreten. Jetzt nach dem Druckerstreik versuchen die Druckkapitalisten, die „Rädelsführer" loszuwerden. Die Frühschicht trat am 21.3. die Schicht nicht an, da die Forderung, die die ganze Abteilung gestellt hatte, nämlich volle Bezahlung des 21.3., abgelehnt worden war. Daraufhin ist über drei Viertel der Abteilung so gegen 12.30 Uhr wieder aus dem Betrieb gegangen. Der Betriebsrat wird die Kündigung ablehnen, der Protest der Kollegen ist so groß, daß die Geschäftsleitung es schwer haben wird.

Tarif „neue Technik"

Stuttgart. In einer Antwort der IG Druck und Papier Stuttgart an die Dru-Pa-Jugend, die den ausgehandelten Tarifvertrag zur „neuen Technik" als unzureichend ablehnt und eine Mitgliederversammlung forderte, droht der Bezirksvorstand am 23.3.: „Es wird bei der nächsten Ortsvereinsvorstandssitzung Zeit und Gelegenheit geben, die Aufgaben der Dru-Pa-Jugend zu diskutieren und entsprechende Weichen für künftiges Zusammenarbeiten zu stellen."

Es wird zum Tarifabschluß „neue Technik" eine Betriebsrätekonferenz und eine Mitgliederversammlung in Stuttgart stattfinden.

Bürgerinitiativen für Unterstützung der ZANU

Eine Reihe von Bürgerinitiativen und Arbeitskreisen gegen Kernkraftwerke haben für die ZANLA-Kompanie gespendet und die Herausgabe der dem Volk von Zimbabwe geraubten Gelder gefordert. So die Bürgerinitiative gegen KKWs Hildesheim, der Koordinationsauschuß des Arbeitskreises gegen Kernenergie Göttingen, der 25 DM für die ZANLA spendete, und die Bürgerinitiative „Kein KKW an der Eckernförder Bucht", die auch die Anerkennung der Patriotischen Front durch die Bundesregierung forderte. Die 25 Anwesenden spendeten 64,60 DM. Der Arbeitskreis gegen Atomenergie Salzgitter beschloß ebenfalls eine Resolution zur Unterstützung der Spendensammlung für die ZANLA-Kompanie, für die Anerkennung der Patriotischen Front, gegen die Beschlagnahme der Gelder durch das Tübinger Regierungspräsidium und begrüßte die Kundgebung der ZANU im April. Auf der letzten Sitzung des Arbeitskreises Umwelt in Coesfeld wurden fünf auf Holz aufgezogene chinesische Malereien für 30 DM verkauft, die an die ZANU gespendet wurden.

Was eine Scheidung kostet

V. und A. haben Ende 1973 geheiratet. Seit Herbst 1977 sind sie sich einig, sich scheiden zu lassen. Seit dem 1.7.1977 gilt das neue Scheidungsrecht. Früher wären sie gemeinsam zu einem Rechtsanwalt gegangen, man hätte gegenseitig auf Unterhalt verzichtet, einer von beiden hätte vor Gericht zugestanden, sich gegenüber dem anderen „lieblos verhalten" und sich „somit von ihm abgewendet zu haben"; auch auf die obligate Frage des Gerichts nach dem „letzten ehelichen Verkehr" hätte man leicht eine übereinstimmende Antwort parat gehabt. Die Scheidung wäre binnen drei Monaten klar gewesen. War schon diese Prozedur teuer und entwürdigend, so war es wenig gegenüber dem, was die beiden jetzt erleben. Das neue Eherecht ist ein Angriff auf die Massen, die ihre Angelegenheiten im Einverständnis selbständig regeln und eröffnet einen Plünderungsfeldzug dazu. Ein Rechtsanwalt reicht nicht, das Gesetz schreibt für jeden einen vor, offiziell zum Schutz, damit keiner über das Ohr gehauen wird – heißt es. Bevor die beiden den Gerichtssaal betreten haben, haben sich ihre Kosten gegenüber der früheren Möglichkeit bereits verdoppelt. Es geht weiter.

Beide wollen schnell geschieden werden, denn V. ist gezwungen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Sie will aber nicht, daß das Sozialamt bei A. Rückgriff nimmt, was mit Sicherheit geschehen würde; denn solange sie noch verheiratet sind, besteht eine unverzichtbare Unterhaltspflicht der Eheleute. V. hat ihren Grund, warum sie eine Belastung von A. nicht will. Der hat eine Freundin, die ein Kind von ihm erwartet. A. braucht seinen Arbeitslohn (1400 DM) für die neue Familie, er reicht kaum dafür. Nach dem alten Recht hätte V. nach der Scheidung Sozialhilfe beantragen können. A. wäre ab rechtskräftiger Scheidung wegen ihres Unterhaltsverzichts „für den Fall der Scheidung" nicht mehr zu belangen gewesen. Geschieden können sie jetzt nur noch werden, wenn sie entweder ein Jahr getrennt gelebt haben oder aber einem von ihnen das „Abwarten der einjährigen Trennungsfrist angesichts des Verhaltens des anderen unzumutbar hart treffen" würde. Zum letzteren reicht nicht

dung wegen ihres Unterhaltsverzichts „für den Fall der Scheidung" nicht mehr zu belangen gewesen. Geschieden können sie jetzt nur noch werden, wenn sie entweder ein Jahr getrennt gelebt haben oder aber einem von ihnen das „Abwarten der einjährigen Trennungsfrist angesichts des Verhaltens des anderen unzumutbar hart treffen" würde. Zum letzteren reicht nicht

etwa – so jetzt das Oberlandesgericht Bremen – wenn einer der Eheleute den anderen wiederholt geschlagen hat, sondern die Gefahr von Gewalttätigkeiten muß noch trotz der erfolgten räumlichen Trennung fortbestehen. Für V. und A. ist dies keine Lösung, denn derartiges dem Gericht vorzutragen, legt die Gefahr nahe, den anderen einem Strafverfahren auszuliefern.

Bleibt das Trennungsjahr. Sie könnten übereinstimmend dem Gericht irgendeinen Auszugstermin vortragen. Hier gibt das Gesetz dem Gericht die Möglichkeit, den Nachweis für die Behauptung zu verlangen – etwa in Form von polizeilichen An- oder Abmeldebestätigungen. Für V. und A. bedeutet dies nun, daß sie ein Jahr lang noch aneinander gekettet sind. Dies bringt dem Staatsapparat Bares. V. kann eigentlich nicht über einen so langen Zeitraum auf Sozialhilfe verzichten.

Sie muß sich das Geld holen. Prompt wird A. eine Überleitungsanzeige des Sozialamtes ins Haus geschickt. Das Sozialamt fordert zurück. Geht das nicht freiwillig, dann mit Lohnpfändung. Die finanzielle Basis der neuen Familie von A. ist damit bereits gesprengt. Der Staatsapparat hat mindestens ein Dreivierteljahr Sozialhilfe für V. gespart.

Einmal Sozialhilfeempfänger gewesen, gehen Unterhaltsvereinbarungen nur noch mit Genehmigung des Sozialamtes. Ein Unterhaltsverzicht ist nicht mehr möglich. Wenn V. auch nach der Scheidung gezwungen ist, Sozialhilfe zu beantragen, so muß A. weiterhin zahlen. Auch die Heirat mit seiner Freundin bringt für A. da keine Abhilfe, denn im Unterhaltsrecht geht die alle der neuen Ehefrau vor. Der Staatsapparat langt weiter zu. V. ist mit dieser Konsequenz nicht einverstanden. Gegenwärtig versucht sie, das Trennungsjahr ohne Sozialhilfe rumzubringen. Sie lebt von der Unterstützung ihrer Freunde und der Eltern.

V. und A. wollen auf die Durchführung des Versorgungsausgleichs verzichten. Gesetzlich geht das nicht. Er muß durchgeführt werden. Erste Folge: Nach einjähriger Trennungszeit verlängert sich die ehemals dreimonatige Scheidungsdauer nochmals um mindestens sechs Monate, eher sind die erforderlichen Auskünfte von den Rentenversicherungsträgern nicht erhältlich. Die zwangsweise Fesselung der beiden dauert fort. Zweite Folge: Ihre Rentenansprüche werden gegen ihren Willen in Hinblick auf die während der Ehezeit erworbenen Anwartschaften „ausgeglichen". Dies zeigt ein anderes Beispiel, die Scheidung der Eheleute A. 37 Jahre verheiratet, lassen sie sich im Rentenalter scheiden. Er hat als ehemaliger Maler monatlich 1800 DM, sie als Arbeiterin 450 DM an Rente. Nach altem Recht hätten sie auf Unterhalt verzichtet, Frau A. hätte zu ihrer Rente Sozialhilfe bezogen, Herr A. hätte weiteres Geld an seine Frau gezahlt – das war so üblich. Jetzt werden ihre Rentenansprüche „ausgeglichen". Herr A. erhält DM 550 weniger Rente, die zukünftig die Landesversicherungsanstalt an seine Frau überweist.

Manche haben gerade beim Versorgungsausgleich die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht gesehen. Das Gesetz entpuppt sich als Ausplünderungs- und Unterdrückungsinstrument der imperialistischen Bourgeoisie. – (Bezirk Bremen-Unterweser)

Haack soll's der Finanzbourgeoisie bringen – Milliarden aus Lohn durch Wuchermieten

Statt 300000 Wohnungen wie noch Anfang der siebziger Jahre werden in diesem Jahr voraussichtlich nur 20000 durch den „freifinanzierten" Wohnungsbau erstellt werden. Der „freie Mietwohnungsbau" stecke in der Klemme, heißt es in der bürgerlichen Presse. Die haus- und grundbesitzenden Kapitalisten haben sich an den neuen Minister Haack gewandt, weil ihnen so einiges nicht paßt. Immerhin hat Haack soeben sein Premierenstück in der Bundesregierung gegeben, den Entwurf für das Modernisierungsgesetz, über das die Förderung „energiesparender Maßnahmen in bestehenden Gebäuden" mit insgesamt 4,35 Mrd. DM subventioniert und anschließend durch Mieterhöhungen mehr als das in die Kasse der Finanzbourgeoisie fließen soll. Nun hat der Bundesrat mit der CDU/CSU-Mehrheit Haacks Gesetzentwurf abgelehnt und fordert „in erster Linie steuerliche Erleichterungen" im Rahmen des Modernisierungsprogramms. Haack lernt schnell als bewährter Bourgeoisbeamter; er lädt die Länderbauminister im April nach Bonn ein, um ihnen einen „Kompromiß" vorzuschlagen, eine „Mischung aus Programmförderung und steuerlichen Erleichterungen". Die Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien beweist zum wiederholten Mal ihr Ergebnis: Verschärfung der Reaktion. Die CDU ist deshalb für die Steuerregelung eingetreten, weil dann die Wohnungskapitalisten die *volle Höhe* der Investitionen für Baumaßnahmen auf die Miete „umwälzen" und hinterher noch steuerlich abschreiben können, also *zweimal* einsacken, während Haacks Regelung die auf die Miete umwälzbaren Beträge auf den Eigenkapitalanteil der Kapitalisten beschränkt hätte.

Seit 1972 sei zunehmend „Unwirtschaftlichkeit und mangelnde Investitionsbereitschaft des freien Mietwohnungsbaus" zu beklagen, so steuert Haack auf den nächsten Coup los, um die Schranken gegen ungezügelten Mietwucher aus dem Weg zu räumen. Das Wohnraumkündigungsschutzgesetz (WKSchG) von 1972 müsse „entschärft" werden, sinniert er. Dieses Gesetz enthält eine Reihe von Bestimmungen, die vor allem einzelnen Wohnungskapitalisten in ihrem Heißhunger nach willkürlicher Steigerung des Mietzinses Schranken setzen. So dürfen sie nicht kündigen, *um* die Miete zu erhöhen, sondern müssen „Eigenbedarf" nachweisen, bevor sie einen Mieter „loswerden", wie sie das nennen. Bei einem neuen Vertrag sind sie an die „ortsübliche Vergleichsmiete" gebunden, d.h. sie müssen, wenn sie die Miete erhöhen wollen, mindestens drei andere Wohnungen in der gleichen Gegend ausweisen, wo die Miete höher ist. Diese Einschränkungen gelten nicht für den staatlich organisierten „sozialen" Wohnungsbau, der sich „ungehindert" entwickeln konnte, so daß, wie auch Haack bemerkt, heute Sozialwohnungen oft teurer sind als die „privat finanzierten", weshalb auch Tausende davon leerstehen. „Sinkende Nachfrage nach Wohnungen" nennt Haack das.

Damit die Wohnungskapitalisten, die laut genug zetern, auch ihren Brocken bekommen, sind folgende Schachzüge notwendig und in Vorbereitung:

1. Nach dem WKSchG darf die Miete auch *innerhalb* des laufenden Vertrags erhöht werden, wenn die Wohnung eine „Wertsteigerung" erfährt, z.B. durch Baumaßnahmen; dort setzt das Modernisierungsprogramm an.

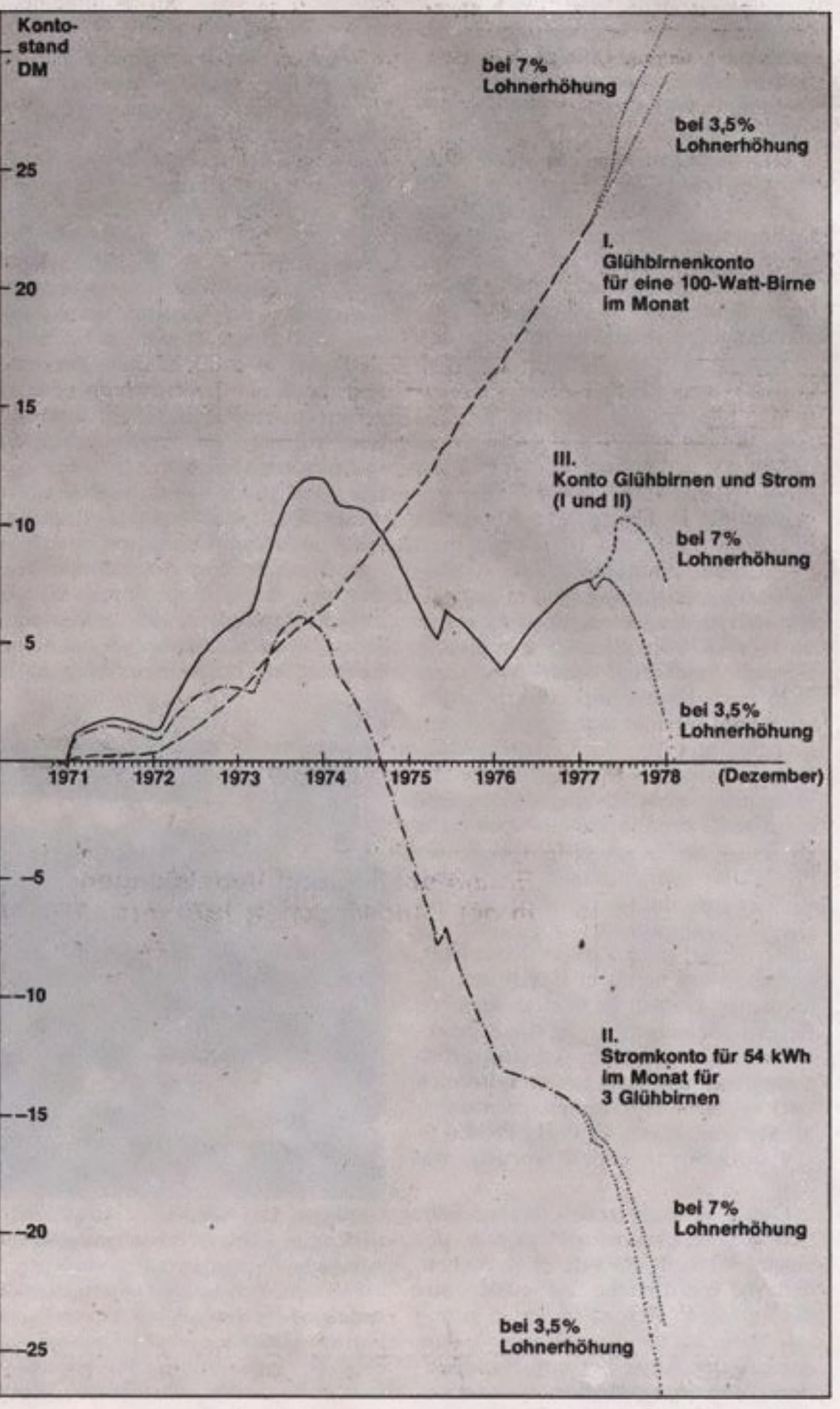
2. Der versteckte Mietwucher über die „ortsübliche Vergleichsmiete" soll koordiniert und erleichtert werden, indem die Gemeinden einen „Mietspiegel" erstellen, der aufzeigt, „wo Anpassungsspielräume bestehen". (Haack in: Wohnungswirtschaft und Mietrecht, Heft 3, März 1978)

3. Die Fristen, innerhalb derer der Mieter bislang Einspruch und Klage erheben konnte gegen unzulässige Mieterhöhungen, sollen verkürzt werden, die Gerichte „entlastet" durch Einrichtung von „Mietschlichtungsstellen", staatlichen Organen der Bespitzelung und Unterdrückung also, deren Hauptaufgabe in der Niederhaltung des organisierten Widerstandes der Volksmassen gegen die Plünderungen der Finanzbourgeoisie besteht.

Die sogenannten Sanierungsbüros in den größeren Städten, die die Vertreibung der Massen aus den Stadtzentren und die Ausplünderungen über teure Wohnungen am Rande mit allen Mitteln organisieren sollen, sind Beispiele für solche „Schlichtungsorgane". Dabei geht Haack in den Prognosen für die nächsten Jahre davon aus, daß es nicht darum geht, mehr *neue* Wohnungen zu bauen, sondern aus den *alten* mehr herauszuholen. – (Z-Red.)

Steuerregelung eingetreten, weil dann die Wohnungskapitalisten die volle Höhe der Investitionen für Baumaßnahmen auf die Miete „umwälzen" und hinterher noch steuerlich abschreiben können, also zweimal einsacken, während Haacks Regelung die auf die Miete umwälzbaren Be-
von leerstehen. „Sinkende Nachfrage nach Wohnungen" nennt Haack das.
Damit die Wohnungskapitalisten, die laut genug zetern, auch ihren Brocken bekommen, sind folgende Schachzüge notwendig und in Vorbereitung:
am Rande mit allen Mitteln organisieren sollen, sind Beispiele für solche „Schlichtungsorgane". Dabei geht Haack in den Prognosen für die nächsten Jahre davon aus, daß es nicht darum geht, mehr neue Wohnungen zu bauen, sondern aus den alten mehr herauszuholen. – (Z-Red.)

7% Lohnerhöhung würden die Lohnsenkung durch Preissteigerung kaum ausgleichen



Angeblich beträgt die Preissteigerungsrate gegenwärtig 3% pro Jahr. Noch niedriger soll die Preissteigerungsrate bei Elektroartikeln sein. Wir haben nachgerechnet.

Eine Glühlampe (100 Watt) kostete einen Metallarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden im November 1971 1,59 DM oder 0,21% seines tariflichen Ecklohnes. Im Dezember 1977 kostete die gleiche Lampe 1,91 DM oder 0,17% dieses Ecklohnes. Also: Verbilligung der Lampe bzw. Steigerung des Lohnes?

Die Beleuchtungskosten setzen sich allemal aus Stromkosten und Lampenkosten *zusammen*. 54 kwh Strom kosteten den Ecklöhner im November 1971 8,11 DM oder 1% seines Lohnes. Heute kosten sie ihn 1,11%.

Wir haben ausgehend von der Lohn-Preis-Relation 1971 Monat für Monat ausgerechnet, welcher Überschuß bzw. welche Unterdeckung in bezug auf das Betreiben der Beleuchtung in einem Arbeiterhaushalt entstanden ist. Bezüglich der Glühlampen entstand ein Überschuß, der auf die Seite gelegt heute 22,77 DM ausmachen würde. Bezüglich des Stroms, den diese Glühlampen verbraucht haben, entstand auch ein Verlust, der 15,57 DM ausmacht. Das Ganze geschah jeweils in Schüben.

Bezüglich der *Betriebskosten* der Glühlampe ergibt sich, daß über einige Jahre hinweg eine gewisse Verbilligung eingetreten ist, die im Jahr 1974 einen ersten Umkehrpunkt erreichte, so daß der Überschuß dahinschwand, während ein zweiter Wendepunkt Ende 1977 erreicht wurde. Von diesem Wendepunkt aus sind jetzt für das laufende Jahr 7% Erhöhung des *Nettolohnes* erforderlich, damit nicht ein geschwindes Abrutschen in die Miesen eintritt. Dabei haben wir die Lampenpreise nicht mal mit 3% angesetzt, sondern mit 0%, also gleichbleibenden Preisen.

Abschließend möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß der notwendige Mehrverbrauch, der z.B. bei Schichtarbeit bei den Beleuchtungskosten eintritt oder der eintritt, wenn Tochter oder Sohn wegen der Noten bis in die späte Nacht lernen müssen, gar nicht veranschlagt ist. Die Rechnung ist zudem auf offizielles Zahlenmaterial gestützt, das die Preissteigerungen gar nicht erfaßt und endlich haben wir mit der Glühbirne einen Artikel genommen, der so ungefähr die niedrigste Teuerungsrate überhaupt in den in Betracht kommenden Jahren hatte.

Bei x-erlei Preisen – wir haben es berechnet – neigt sich der Kontostand unerbittlich ins Negative und die sinkenden Spareinlagen bei den Banken sind beredter Zeuge, wenngleich die höheren Beamten jetzt allerhand auf die hohe Kante schieben. – (Z-Red)

„Die geeigneten Anpassungen stufenweise durchführen“

Steigende Nahrungsmittelpreise, sinkender Verbrauch, steigende landwirtschaftliche Produktion sinkende Einkommen der Bauern in der EG

„So teuer ist uns Deutschen die EG“, schreibt die „Welt am Sonntag“ am 23. März und rechnet vor, daß durch „künstliche Verteuerung“ z.B. von Butter und Rindfleisch der „deutsche Verbraucher“ im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen „fünfmal soviel, viermal zuviel“ zahlen müsse. Haben die Bourgeoisschreiberlinge, die in derselben Ausgabe wüst gegen den Lohnkampf der Metallarbeiter hetzen, plötzlich ihr „Herz“ für „den Verbraucher“, mit anderen Worten für die lohnabhängigen Massen entdeckt? Mitnichten! Die westdeutsche Bourgeoisie läßt eine sozialchauvinistische Begleitmusik zu ihren Absichten auffahren, die eigenen imperialistischen Interessen in der EG-Agrarpolitik besser durchzusetzen, die starke Konkurrenz auf dem EG-Agrarmarkt zurückzuschlagen und sich selbst die führende Position zu erkämpfen. So läßt sie denn auch schon mal ein Haar in der EG-Suppe finden, mit dem sie „uns Deutsche“ gegen „die Franzosen“, „die Engländer“ usw. zusammenfesseln will; und – „den Verbraucher“ gegen die Masse der Bauern als angebliche Nutznießer der hohen Nahrungsmittelpreise. Denn eines ist klar: der Weg zur Vorherrschaft in der EG führt mitnichten zur Senkung der Nahrungsmittelpreise, wohl aber zur verstärkten Ausbeutung der Bauern und zur Vernichtung weiterer Zehntausender Bauernexistenzen, und nur durch Spaltung der Volksmassen können die westdeutschen Imperialisten zum Erfolg kommen.

Teuer kommt die EG die Lohnabhängigen aller neun EG-Staaten

Daß die Nahrungsmittelpreise hoch sind, das zu „entdecken“ paßt den „Welt am Sonntag“-Schreiberlingen dabei in den Kram. Daß diese Preise rasant *steigen, schneller als die Löhne* steigen, das verschweigen sie lieber aus Rücksicht auf die unersättlichen Lohnsenkungsabsichten der Kapitalisten. Es ist dies aber die Erfahrung nicht nur der westdeutschen, sondern auch der französischen, italienischen, englischen, irischen, niederländischen, belgischen, luxemburgischen und dänischen Volksmassen. Wir haben diese Erfahrungen in der Tabelle dargestellt: Die Zeit, die ein Arbeiter arbeiten muß, um für sich und seine Familie wesentliche Grundnahrungsmittel in festgelegter Quantität kaufen zu können, nimmt zu. Wir haben dies anhand des durchschnittlichen Lohns eines Automobilarbeiters aus verschiedenen EG-Staaten dargestellt.

Das Ergebnis spiegelt die wirkliche Entwicklung dabei nur andeutungs-
Entwicklung dabei nur andeutungs-
weise, *beschönigend* wider. Beschönigend insofern, als wir den *Bruttolohn* zugrundegelegt haben. Die tatsächlich aufzuwendende Arbeitszeit ist um durchschnittlich ein rundes Drittel höher und steigt – aufgrund der progressiven Besteuerung und der wachsenden Beiträge für die Sozialversicherungen – noch stärker bzw. steigt auch dort, wo sie laut Tabelle stagniert.

„Verbrauchergewohnheiten“ werden „angenähert“ – Grundnahrungsmittel aus dem Konsum der Lohnabhängigen gedrückt

„Obwohl die Verbrauchergewohnheiten in den einzelnen Mitgliedsstaaten stark auseinandergehen, läßt sich eine gewisse Annäherung feststellen. Diese besteht im allgemeinen in einem Rückgang der pro Kopf verbrauchten Mengen in den Ländern, in denen diese Menge sehr hoch liegt, und in einer Stagnation bzw. Steigerung des Verbrauchs in den Mitgliedsstaaten mit der niedrigsten pro Kopf verbrauchten Menge.“ Der Triumph der EG-Kommission in ihrem 77er Bericht über die „Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft“ ist unüberhörbar. Unbeschadet ihrer eigenen gepflegten „Verbrauchergewohnheiten“ wollen die Bourgeois der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder *ihre* „Gewohnheiten“ schon abgewöhnen. Die „Verbrauchergewohnheiten“ bestimmt der Geldbeutel. Nichts macht das deutlicher als die eifrige Bemerkung: *„Es ist besonders darauf hinzuweisen, daß der Pro-Kopf-Verbrauch bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit strukturellen Überschüssen – u.a. bei Milcherzeugnissen (außer Käse), Zucker, Wein, bestimmten Äpfeln, Birnen und pflanzlichen Fetten – stagniert oder zurückgeht.“*

Diese Feststellung wird für das Wirtschaftsjahr 1976/77 getroffen, für das die EG-Behörden noch keine abschließenden Angaben vorgelegt haben. Bis 1974/75 ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Nahrungsmitteln, von 1956 an gerechnet, bei vielen Grundnahrungsmitteln kaum gestiegen, oft drastisch gesunken. Außerdem: der für jeden Lohnabhängigen erfahrbare Qualitätsschwund, gerade z.B. bei „Fleisch und Fleischwaren“, läßt sich in Zahlen über Pro-Kopf-Verbrauch nicht ausdrücken, im Gegenteil: wird dadurch verborgen. (s. Schaubild 1)

Kann man diesen amtlichen Angaben, die hier von den EG-Behörden zusammengestellt wurden und immerhin ein schwaches Licht auf die Ernährung der Volksmassen werfen, trauen? Es ist leicht nachprüfbar. Welcher Leser der Kommunistischen Volkszeitung hat 1974/75 *täglich* fast ein halbes Pfund, genau 238 Gramm, frisches Obst gegessen, welche vierköpfige Familie dementsprechend fast 1 kg? Oder fast exakt dieselbe Menge Fleisch und Wurst? Das Statistische Jahrbuch der BRD, das regelmäßig Erhebungen über „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte“ veröffentlicht, kommt zu völlig anderen Ergebnissen: Es weist für 1975 für einen „Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen“ einen Frischobstverbrauch von monatlich etwas über 12,5 kg (anstatt 30 kg), einen Fleisch- und Fleischwarenverbrauch von knapp 13 kg (anstatt knapp 30 kg), für einen „Vier-Personen-Haushalt von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen“ 16,5 kg Frischobst und 12,5 kg Fleisch- und Fleischwaren monatlich. In beiden Fällen also weniger, teilweise weit weniger als die Hälfte der den Schaubildern zugrundegelegten Angaben.

Eine erste Erklärung für diesen Widerspruch liegt in den betrügerischen Methoden, mit denen solche bürgerlichen Statistiken zusammengezimmert werden und die man häufig, wenn überhaupt, nur dann entdecken kann, wenn man buchstäblich alle Fußnoten mitliest. Was die EG-Behörden jedem Kopf der Bevölkerung an Nahrungsmitteln zuschlagen, findet sich in Wirklichkeit, wie z.B. unter der Rubrik: „Frischmilcherzeugnisse“, teilweise als Magermilchpulver in den wachsenden Lagern oder auch – im Viehfutter, zu einem anderen Teil als Molkereiabfall wieder. Unter „Frischobst“ fallen nicht nur Obstsäfte, unter „Gemüse“ nicht nur Gemüsekonserven – wunderbar läßt sich dann hinter diesen Begriffen die Ersetzung von frischem Obst durch viel Zuckerwasser mit wenig Obstextrakt, von frischem Gemüse durch billige Konserven verbergen – sondern ebenso Obst- und Gemüseabfälle, verdorbene und vernichtete Waren. Daß bei solchen Methoden auch die letzte Schweineborste noch dem Kilo-Pro-Kopf-Fleischverbrauch zugeschlagen wird – wer bezweifelt das?

Die zweite Erklärung liegt in der Tatsache, daß sich der „Pro-Kopf-Verbrauch“ in zwei völlig verschiedene Raten des Verbrauchs auflöst. Der Überkonsum der herrschenden Klasse und ihres Anhangs verbucht sich auf der Seite der Lohnabhängigen als Unterkonsum. Wir haben dies ausführlich in Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/1977, „Löhne der Arbeiter, Verbrauch und Preise von Nahrungsmitteln“, nachgewiesen.

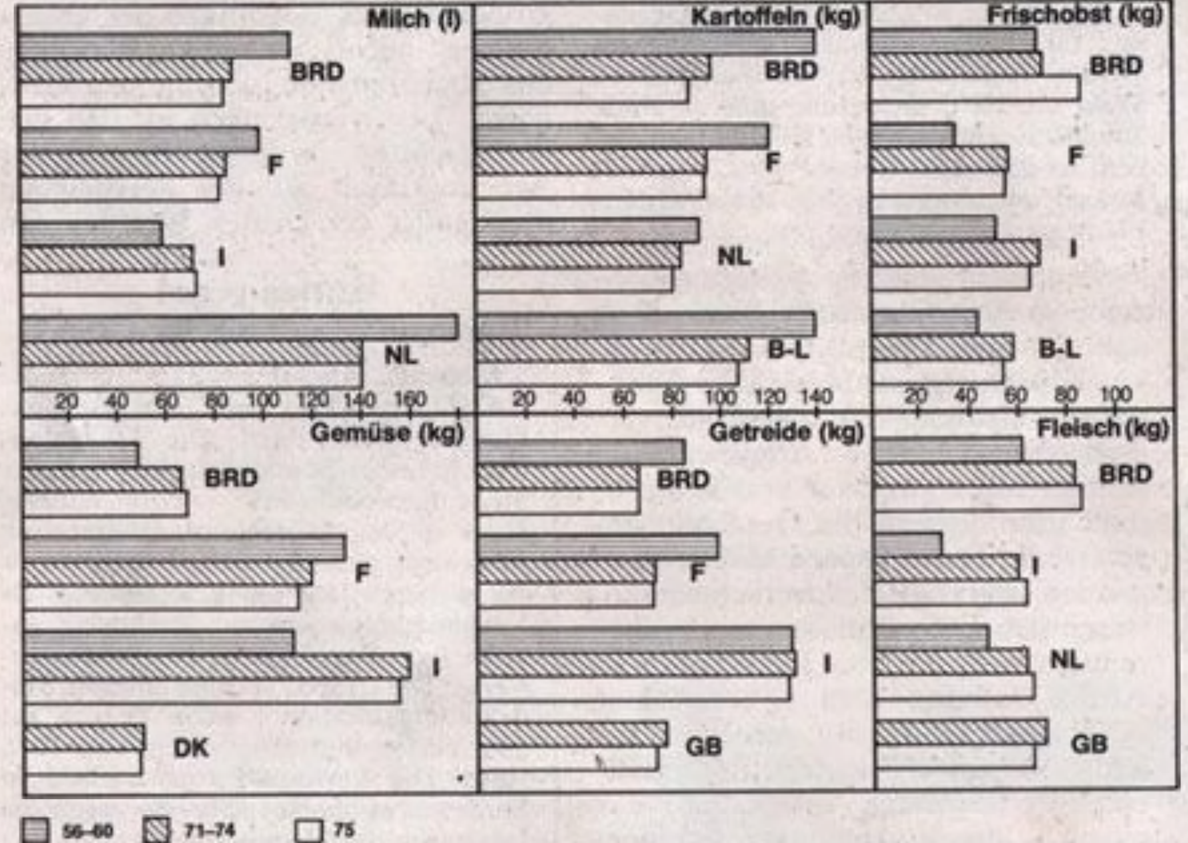
Um eine bestimmte Menge Nahrungsmittel zu kaufen, muß ein Arbeiter immer länger arbeiten

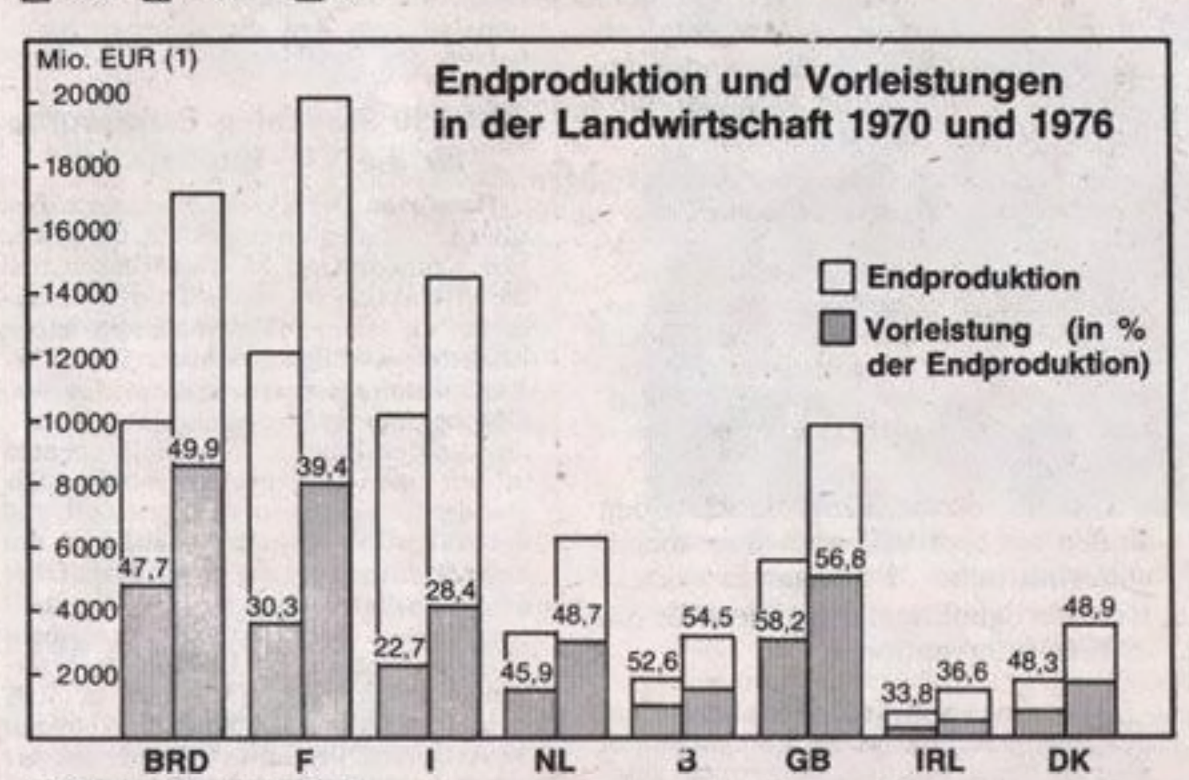
		Brot (kg)	Butter (kg)	Eier (10)	Milch (l)*	Rindfleisch (kg)	Schweinefleisch (kg)	Kartoffeln (kg)
BRD	'75	0:10:48	0:44: 02	0:11:35	0:05:35	2:21:35	0:53:28	0:04:50
	'76	0:10:43	0:44:16	0:12:31	0:05:28	2:25:09	0:55:45	0:09:00
F**	'75	0:15:29	1:12:42	0:20:50	0:07:26	2:40:42	1:49:58	0:03:57
	'76	0:14:31	1:01:54	0:19:38	0:06:34	2:23:33	1:39:30	0:06:18
I	'75	0:19:15	1:35:57	0:23:39	0:09:14	2:38:52	1:43:18	0:07:26
	'76	.	.	.	.	.	.	.
NL	'75	0:09:35	0:50:40	0:13:28	0:05:49	2:09:40	1:13:13	.
	'76	0:09:46	0:50:34	0:14:10	0:05:43	2:10:12	1:15:04	.
B	'75	0:07:17	.	0:12:50	0:04:38	1:50:17	0:54:06	.
	'76	0:07:45	.	0:13:24	0:04:28	1:54:53	0:57:46	.
GB	'75	0:11:32	0:28:35	0:13:52	0:02:36	2:24:05	1:04:04	0:04:18
	'76	0:12:05	0:34:11	0:13:39	0:03:08	3:32:47	1:02:21	0:08:24

Berechnet nach: Eurostat, Löhne und Arbeitszeit; Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, Bericht 1977

* Für Großbritannien: Angabe in Pint

** Die Angaben über Frankreich dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der französischen Bourgeoisie gelungen war, die Löhne der französischen Arbeiter vor allem von 1974 auf '75 gewaltig zu drücken und es der französischen Arbeiterklasse nur durch große Lohnkämpfe 1975/76 gelungen ist, etwas an das Lohnniveau von 1974 heranzukommen.
an das Lohnniveau von 1974 heranzukommen.





(1) Statistische Rechnungseinheit

Teuer kommt die EG die Masse der Bauern zu stehen

Vehement zieht die „Welt am Sonntag“ gegen die Bauern zu Felde, die sie stillschweigend, aber eindeutig zum Hauptnutznießer eines „unsinnigen, teuren und überflüssigen Systems der künstlichen Preiserhöhung“ ernennt, womit sie hauptsächlich den Ankauf verschiedener landwirtschaftlicher Erzeugnisse zum „garantierten Interventionspreis“ meint. Die Wahrheit?

Neben Richtpreisen legt die EG-Agrarministerkonferenz auf Vorschlag der EG-Kommission für einige Produkte, Milch, Getreide, Fleisch, auch Interventionspreise fest, die angeblich den Bauern den Verkauf ihrer Produkte zu einem garantierten Preis ermöglichen sollen. Was dadurch garantiert wird, ist ein überdurchschnittliches Sinken bestimmter Erzeugerpreise. Im Wirtschaftsjahr 1977/78 z.B. beträgt der Richtpreis für Weichweizen 158,08, der Interventionspreis dagegen 120,06 UCA (landwirtschaftliche Rechnungseinheit). Ergebnis: Die Nahrungsmittelkonzerne können sich unter bestimmten Bedingungen weigern, den Weizen – um dabei zu bleiben – zum Richtpreis aufzukaufen, und bekommen ihn, gerade von den kleinen und mittleren Bauern, die sich keine größeren Lager leisten können und verkaufen *müssen*, zum Interventionspreis. Mit Hilfe de facto zinsloser Kredite – die Zinsen für aufgenommene Kredite werden den Interventionskäufern mit 8% pauschal aus dem EG-Landwirtschaftsfonds bezahlt – können sie große Mengen aufkaufen, um sie entweder zu lagern, wofür sie weitere beträchtliche Summen kassieren, oder gleich zu exportieren, wofür sie weitere „Erstattungen“ aus dem EG-Fonds erhalten. Sie sahnen also nicht nur einmal, sondern gleich mehrmals ab.

Zahlen müssen diese EG-Agrarpolitik, die die Nahrungsmittelkonzerne und die Banken mästet und die laut Artikel 39 der Römischen Verträge darauf ausgerichtet ist, „die Produktivität der Landwirtschaft durch Förderung des technischen Fortschritts, Rationalisierung der landwirtschaftlichen Erzeugung und den bestmöglichen Einsatz der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeitskräfte, zu steigern“, wie gesehen, die lohnabhängigen Massen, zahlen muß die Masse der Bauern. *„Der landwirtschaftliche Betrieb“*, heißt es in der Broschüre „Die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft“ 1976/6, *„wird langsam eingekeilt zwischen dem vorgelagerten Wirtschaftsbereich, aus dem er seine*
immer komplizierteren Produktionsmittel bezieht, aus dem er seine
immer komplizierteren Produktionsmittel bezieht, und dem nachgelagerten Wirtschaftsbereich, der die Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Betriebes einer immer stärkeren Verarbeitung und Vermarktung unterzieht ... Die Agrarpreise (sinken) auf lange Sicht. Die Produktionskosten erhöhen sich unaufhörlich, während sich der Anteil der Agrarerzeugnisse an den Nahrungsmittelpreisen vermindert.“

„Eingekeilt“ ist der richtige Ausdruck. Während die Großbauern und Großgrundbesitzer seit Existenz der EG Milliardenbeträge zur Anschaffung moderner Produktionsmittel, Ankauf von Land, Entwicklung neuer Produktionsmethoden, Bodenmelioration usw. aus dem EG-Landwirtschaftsfonds kassiert haben, kann die Masse der Bauern in der mit Schaffung der EG ungeheuer gesteigerten Konkurrenz nicht mehr mithalten. Sie kann sich die immer aufwendigeren teuren Produktionsmittel nicht leisten, die wachsenden Ausgaben für Saatgut, Futtergetreide, Maschinen, Anlagen usw. nicht mehr zahlen, muß ihre Arbeitskraft und die der Familie bis zum Ruin verausgaben, sich immer mehr verschulden, um den Verlust des Hofes und der Existenz herauszuzögern, um sie schließlich doch zu verlieren. Trotz gewachsener Produktivität und gestiegener Produktionsziffern sind die Durchschnittseinkommen der Bauern in allen EG-Ländern bei nicht nur real, sondern teilweise auch bis zu 4% absolut gesunkenen Erzeugerpreisen (BRD) und bis zu über 20% gestiegenen Produktionsmittelpreisen (Irland) im Wirtschaftsjahr 1976/77 gesunken. Die Zahl der Betriebe bis zu 50 Hektar hat sich 1976 um weitere 71039 – dabei fehlen noch die Angaben aus Italien und Irland – verringert. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Die Ölpest ruiniert die kleinen Fischer

Wilhelmshaven ist der bei weitem größte Ölimporthafen der BRD. Jährlich werden an den Ölpiers der NWO (Nord-West Ölleitung GmbH – wichtigste Gesellschafter: BP, Esso, Veba) und der Mobil Oil AG 25 bis 30 Millionen Tonnen Rohöl umgeschlagen. Das sind 20 bis 25% des gesamten Ölbedarfs der BRD. Angeblich ist das alles ganz harmlos. Am 11. November 1977 erklärte der erste Vorsitzende des Nautischen Vereins Wilhelmshaven, Kapitän zur See a.D. Meyering: „Seit Bestehen der NWO sind fast 10000 Tanker gefahrlos für Anlage, Schiffe und Umwelt in die Jade gefahren.“ Im übrigen sei er zuversichtlich, „daß in Zukunft das Problem Tankerunfälle auf der Jade im Rahmen des menschlichen Beurteilungsvermögens so gut wie nicht mehr existieren wird“. (Wilhelmshavener Zeitung, 18.11.1977) 42 Tage nach diesen Worten lief der 135000-tdw-Tanker „Nicos J. Vardinoyannis“ auf Grund; der dritte Supertanker innerhalb von 12 Monaten, der hier aufgelaufen war.

Das Jadefahrwasser ist 18 Meter tief und hat zwischen seinen Ansteuerungstonnen und den Löschanlagen der NWO eine Länge von 24 Seemeilen. Nur unter Ausnutzung der Flutwelle, die für etwas mehr als zwei Stunden zusätzliche 3 Meter Wassertiefe bringt, können die Großtanker zu ihren Liegeplätzen im inneren Bereich der Jade gelangen. D.h. die Tankerriesen müssen mit einer Geschwindigkeit von 10 Knoten durch das Fahrwasser preschen. Dabei ist die Fahrrinne auf der gesamten Länge nur 300 Meter breit – fast 100 Meter weniger, als ein Supertanker lang ist. „Dagegen stimmten Seeamt und ... Lotse in der Meinung überein, daß die Tiefwasserrinne vor Wilhelmshaven für Tanker dieser Größe gerade eben ausreicht. Der Lotse: ‚Auf der Jade wird der kleinste Fehler tödlich für das Schiff.‘“ (Jeversches Wochenblatt, 25.2.1977)

Die gefährlichste Stelle liegt südöstlich von Hooksiel bei Tonne Q, wo die einlaufenden Großschiffe ihren Kurs um etwa 30 Grad nach backbord ändern müssen. „Kursänderungen bei Tankern dieser Größe um mehr als 10 Grad seien jedoch allgemein als schwieriges Manöver bekannt.“ (Wilhelmshavener Zeitung, 28.12.1977) „Bei der geringen Fahrt, mit der wir manövrieren müssen, hat das Schiff schnell keine Ruderwirkung mehr“, meint der Senior der Wilhelmshavener Hafenlotsen. (Geo Nr. 6/1977, Seite 121) Genau an dieser Stelle sind dann auch die drei Großtanker zwischen Dezember 1976 und Dezember 1977 gestrandet.

Ist die Fahrt durch das Jadefahrwasser ohnehin schon halsbrecherisch genug, so werden die Risiken durch die Profitgier der Reedereien noch erhöht. So kommt der Hafenlotse erst kurz vor der Tonne Q an Bord, gleichzeitig wird oft der Seelotse von Bord geschickt. Ebenso wird erst möglichst spät Schlepperhilfe in Anspruch genommen. Die Lotsen- und Schlepperstunden kosten eben.

Die Möglichkeit, Extraprofite einzustreichen durch Senkung der Frachtkosten, ist zu verlockend. „Auf der Route Kuweit – Wilhelmshaven würden sie z.B. beim Einsatz eines 250000-tdw-Tankers nur etwa 60% der Kosten je Tonne Öl betragen, die beim Transport mit einem 80000-tdw-Tanker entstehen.“ (Landes-
80000-tdw-Tanker entstehen.“ (Landes-
entwicklungsplan Niedersachsen 1985 – Stand Sommer 1973, Seite 417)

Daß unter diesen Umständen nicht schon längst ein Tanker auseinandergebrochen ist, ist nur Zufall. Der Wilhelmshavener Lotse Borries: „Wenn so ein Tanker vollbeladen auf Grund kommt und bei ablaufend Wasser durchhängt, bricht er auseinander. Das wissen wir von Ingenieuren, die solche Schiffe mit konstruieren. Schiffe dieser Größe sind so schwach wie Kümos (Küstenmotorschiffe, Red.) aus Dosenblech.“ (Nach: Geo Nr. 6/1977, Seite 117)

Einer solchen Katastrophe stünde man in Wilhelmshaven völlig hilflos gegenüber. „An eine solche Katastrophe wagt man ... nicht zu denken ... Schlimmstenfalls könnte ein unglücklich festgelaufener Tanker durchbrechen ... Das aber wären dann schon 20000 bis 40000 t, und gegen solche Ölflut kämen auch die neuen Ölbekämpfungssysteme des Jade-Dienstes nicht an.“ (Wilhelmshavener Zeitung, 30.3.1978)

Die Folgen wären für die Massen an der Jade- und der Ostfriesischen Küste verheerend. Viele ruinierte Fischer und Bauern von Hooksiel – dem ersten Badeort nördlich Wilhelmshavens – arbeiten in Wilhelmshaven bei Olympia oder Krupp. Der Lohn reicht nicht. Im Sommer bessern sie ihn durch Zimmervermietung an erholungssuchende Arbeiter und Angestellte besonders aus dem Ruhrgebiet auf. „Der finanzielle Schaden einer ölverschmutzten Nordseeküste in der Hochsaison könnte je nach Umfang Milliardenhöhe betragen. Eine Massenarbeitslosigkeit in den Küstenregionen ... wäre nicht auszuschließen.“ (Jeversches Wochenblatt, 10.5.1977) Für die noch verbliebenen Fischer – in Hooksiel gibt es noch drei Krabbenkutter und einen Muschelfangbetrieb mit 16 Arbeitskräften – wäre eine solche Ölpest der endgültige Ruin. Schon die „normalen“ Ölunfälle machen den Fischern von Hooksiel schwer zu schaffen. 1970 war die halbe Muschelernte vernichtet – ein Verlust von 350000 DM. Im letzten Jahr gab es wegen Ölverschmutzung einen Ausfall von ca. 150 Tonnen Muscheln, rund 50000 DM Schaden. – (Bezirk Weser-Ems)

Bei diesem Schlichter lacht das Kapitalistenherz

Am 30. März hat die Schlichtungskommission für die Metallindustrie Niedersachsens ihren Spruch verkündet. 5,3% mehr Lohn und Gehalt, mindestens aber 42 Pfennig die Stunde sollen die Metallarbeiter erhalten. Etwa 40 DM netto werden das sein für die meisten Arbeiter. Elend wenig, dennoch, der Vorschlag mit Anhebung der unteren Lohngruppen und zu diesem Zeitpunkt placiert, ist wohl bedacht. Er ist gerichtet auf Spaltung der einheitlichen Front der Metallarbeiter für die mindestens 7% und Zersetzung des Kampfes in Baden-Württemberg.

Geschlichtet hat der ehemalige SPD-Sozialminister Partzsch, in der Kommission saß als (nichtstimmberechtigter) Schlichter Dr. Lothar Hübl, Prof. für Wirtschaftspolitik an der TU Hannover.

Er war „eingesprungen“ für den ehemaligen Chef der Norddeutschen Landesbank. Wie kommt der Mann zu der Ehre? Studierter Wirtschaftsingenieur, war er 1973/74 jüngster Hochschulrektor in der BRD, 1975 hat er zusammen mit dem niedersächsischen Wissenschaftsminister Pestel das Institut für Systemplanung und Forschung gegründet. Seitdem forscht er. Die bürgerliche Presse weiß zu berichten über Auftragsarbeiten für die Deutsche Forschungsgesellschaft und Gutachten für den Bundestag und „einige Wirtschaftsunternehmen“. Zur Zeit sitzt er an einer Auftagsarbeit für die Bundesregierung: „Strukturprobleme für die nächsten 25 Jahre“. Was dabei herauskommt, hat er angedeutet in einer Untersuchung über „Die wirtschaftlichen Probleme Niedersachsens“. „Standortnachteile“ konstatiert er dort für Niedersachsen, also „Unterschiede in der Betriebsgröße in dem Produktionsprogramm, im regionalen Arbeitsangebot, in den Exportmöglichkeiten usw. Sehr grob vereinfacht spielen die Standortfaktoren die Konkurrenzfähigkeit wider.“ (S. 16) „Für die Investitionsgüterindustrie (Metall mit Elektrotechnik, Fahrzeugbau usw.) haben sich die Einflüsse, die sich im Standortfaktor niederschlagen, beachtlich verschlechtert .. Die starke Abhängigkeit des niedersächsischen Fahrzeugbaus von Exporten macht die Bedeutung der im Standortfaktor erfaßten Einflüsse deutlich.“ (S. 8)

Der Professor macht sich Sorgen um die Konkurrenzbedingungen der westdeutschen Kapitalisten. Mit dem Schlichtungsspruch hat er ihnen die Lösungsmöglichkeiten gewiesen: Veränderung des „Standortnachteils“ Exportabhängigkeit zum Positiven durch Lohnsenkung. Das kann VW auf den Exportmärkten beflügeln.

Wie die Bedingungen für Lohnsenkung durch Vergrößerung der industriellen Reservearmee, Herstellung ständigen Drucks auf die in Arbeit befindlichen Arbeiter und kostengünstige Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft geschaffen werden können, hat Hübl kürzlich in einer Auftragsarbeit für den Kultusminister Remmers erforscht. In dem Gutachten „Gründe für die Nichtaufnahme einer Berufsausbildung, untersucht am Beispiel einer niedersächsischen Problemregion, Ostfriesland, Landkreis Aurich“, hat er herausgefunden, daß bei den meisten Jugendlichen „wenig Interesse an einer beruflichen Ausbildung“ besteht, daß „die Gründe für Nichtbewerbungen in einer pessimistischen Einschätzung der eigenen Fähigkeiten und in Schulmüdigkeit“ liegen, und sie sowieso, wenn überhaupt, überwiegend an Jungarbeiterstellen interessiert seien. (S. 2 des Berichts)

Wenn das so ist, wenn unsere Jugend die angebotene Ausbildung verschmäht, wenn sie nur aufs schnelle Geldverdienen schaut, da kann ihr geholfen werden: VW Emden z.B. sucht ausbeutbare, billige, jugendliche Arbeitskraft. Ein Hindernis noch: „der überwiegende Teil hat sich nur in einem Beruf beworben“. Vorschlag: „Berufsgrundbildungsjahr, bzw. Förderlehrgänge der Arbeitsverwaltung zur Verbesserung von Mobilität und Vermittlungsfähigkeit“.

„Niemand sagt, daß wir genau wissen, wie sich die Dinge entwickeln, aber wir können einen wirtschaftspolitischen Spielraum abstecken und damit vorbeugende Maßnahmen ermöglichen“, so hat dieser feine Herr gegenüber der Presse seine Aufgaben beschrieben.

Lohnsenkung, frühzeitige Vernutzung der Arbeitskraft, Arbeitsdienst à la Ehrenberg, das ist das Programm des Professors. Man versteht jetzt, daß er zum Schlichter berufen wurde.

Die Metaller können seine Pläne zum Platzen bringen. Bei der Bearbeitung der Studentenköpfe ist er schon im letzten Semester auf „Standortnachteile“ gestoßen, als er seine Vorlesung im Streik halten wollte. Daraus wurde nichts. Stattdessen hatte er alle Hände voll zu tun, sein Gutachten zu verteidigen. Jetzt haben viele Studenten, auch an der TU Hannover ihre Unterstützung des Metallarbeiterstreiks für die volle Durchsetzung der Forderungen in Unterschriftensammlungen und Resolutionen zum Ausdruck gebracht. Für diesen Kapitalistenknecht können schwere Zeiten anbrechen. Man sollte ihm Anfang des Semesters zu seiner „Wissenschaft“ und ihrer Anwendung befragen. – (N-red)

Die westdeutsche Bourgeoisie will die ausländischen Studenten vollständig rechtlos halten

Endlich, so ließ die Bild-Zeitung in einer Notausgabe während des Druckerstreikes verlauten, würde durchgegriffen: „ ‚Ewigen Studenten‘ aus Entwicklungsländern, die mit ihrem Studium einfach nicht fertig werden, kann die Aufenthaltsgenehmigung entzogen werden, das entschied gestern (18.3.) das Bundesverwaltungsgericht in Berlin.“

5,7 % oder 49977 Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin im Wintersemester 76/77 waren Ausländer und ihr Anteil ist steigend. In Westberlin stieg er von 71/72 gleich 3719 (8,9 %) auf 6847 (9,9 %) 76/77. Die BRD-Imperialisten tun etwas für die „Entwicklungspolitik“. Ca. 53 % der Ausländer kommen aus „Entwicklungsländern“, weitere 21 % sind staatenlos, oder ihre Herkunft ungeklärt. 26 % kommen aus den westeuropäischen Ländern und den USA. 22 % aller Ausländer studieren Ingenieurswissenschaften, 12 % Naturwissenschaften. Bei Studenten aus „Entwicklungsländern“ liegen die Zahlen bei ca. 50 % bzw. 8 %.

Die Bourgeoisie hat Gründe, das Ausländerstudium zu fördern.

Das akademische Auslandsamt der TU hat in einer „Information für ausländische Studierende“ diese Gründe offenherzig herausgelassen. Das Problem sei, „Erfahrungen bei und mit den Armen zu machen, die direkt zur besten möglichen Entwicklungsstrategie führen.“ Doch die „Armen“, womit die vom Imperialismus unterdrückten und augebeuteten Völker der 3. Welt gemeint sind, bekämpfen die imperialistischen Entwicklungsstrategien. „Das Dilemma der Entwicklungpolitik beruht auf der Unvereinbarkeit von regelmäßiger Kommunikation mit den Armen und der Aufrechterhaltung von genügend Prestige und Einfluß, das durch diese Kommunikation gewonnene Wissen auch anzuwenden.“ So beschreibt die TU-Broschüre vornehm den Tatbestand, daß die imperialistischen Entwicklungsstrategen verhaßt sind und bei der Anwendung ihres „Wissens“ bei der Ausplünderung der Reichtümer der Länder der Dritten Welt und der Ausbeutung der Völker erfolgreich bekämpft werden. „Prestige und Einfluß“ der Entwicklungsstrategien leiden allzu oft an ihrer Enteignung. Dieses Dilemma hoffen die Imperialisten durch Züchtung eines wissenschaftlich-technischen Kaders, einer Kompradorenschicht, an ihren Universitäten zu lösen.

Doch sie wissen selbst, daß sie dadurch ihr Problem nicht lösen. Unterdrückung und Umkrempelung aller Lebensfragen, das kennzeichnet folglich besonders das Studium von Studenten aus den „Entwicklungsländern“. Sie sind der rechtloseste Teil der Studentenschaft.

Die zu Beginn des Artikels erwähnte Möglichkeit der Ausweisung bei mangelndem Studienerfolg ist nur die neueste. Sowieso erhalten ausländische Studenten eine Aufenthaltsgenehmigung nur semesterweise und nach Bescheinigung ihrer Immatrikulation. Um überhaupt zum Studium zugelassen zu werden, müssen sie gute Kenntnisse der deutschen Sprache vorweisen. Diese Kenntnisse werden ihnen in den obligatorischen Sprachkursen vermittelt, wo man zum Beispiel durch die Prüfung fällt, wenn man solche Fragen nicht beantworten kann wie z.B.: „Wieviele Hunde gibt es in der BRD?“, oder etwa die Verfassung der BRD nicht preisen mag.

Mit der Aufenthaltsbescheinigung verbunden ist das Verbot, das Studium durch Lohnarbeit nebenher zu finanzieren. Der Ausländerbehörde ist vielmehr eine Bescheinigung darüber vorzulegen, daß man über eine ausreichende materielle Versorgung verfügt. Lohnarbeit ist nur an 60 Tagen im Jahr, während der Semesterferien erlaubt. Die meisten Studenten aus Ländern der Dritten Welt sind arm. Viele sind in ihren Heimatländern politisch verfolgt. Drohende Ausweisung und Arbeitsverbot führen dazu, daß sie schwarzarbeiten müssen, zu Löhnen unter 5 DM/Stunde. Viele überweisen dann das Geld an ihre Eltern oder Verwandten und die schicken es zurück, damit das regelmäßige Einkommen nachgewiesen werden kann.

In den Westberliner Wohnheimen müssen die ausländischen Studenten im Durchschnitt von 480 DM/Monat leben. Können sie mal die Miete nicht zahlen, oder beantragen sie Freitischmarken, so kommt ihnen gleich die Ausländerpolizei ins Haus, wo denn die regelmäßigen Einkünfte seien. BAFöG erhalten kaum ausländische Studenten. Berechtigt dazu sind lediglich Asylberechtigte und solche, die selbst oder deren Eltern vor Studienbeginn 5 Jahre in der BRD erwerbstätig waren. Bis zum Haushaltsstrukturgesetz im November 75 gab es im Rahmen der „Gleichstellung der Arbeitnehmer im Bereich der EG“ auch für Ausländer aus EG-Ländern BAFöG. Doch das wurde dann per Verwaltungsvorschrift gestrichen. Unter diesen Bedingungen sind die Durchfallquoten bei den ausländischen Studenten hoch, an der TU-Westberlin z.B. im Vordiplom bis zu 50 % (deutsche 30 %), im Diplom 26 % (deutsche 17 %). Außerdem müssen sie viel länger studieren, wofür jetzt ausgewiesen werden soll.

Die Armut und Schikane treibt viele in die Arme „gemeinnütziger“ und „menschenfreundlicher“ Stiftungen, die Stipendien und Förderungsmaßnahmen speziell für ausländische Studenten vergeben und dafür vollständige Unterwerfung verlangen. So z.B. die Carl Duisberg Gesellschaft, benannt nach dem Begründer des deutschen IG-Farben-Kartells 1925, oder die Alexander von Humboldt-Stiftung, die den Expansionismus schon im Namen führt. Insbesondere die Kirchen fördern ausgewählte Studenten, z.B. das Gustav-Adolf-Werk der EKD, das insbesondere Studenten aus „evangelischen Minderheiten“ fördert. Allesamt knüpfen diese Stiftungen die Vergabe von Zuschüssen an die Verpflichtung, später innerhalb von „Entwicklungsprojekten“ der BRD-Imperialisten zu wirken. Auch die einzelnen Bundesländer vergeben Stipendien an Studenten, die sich dafür nach ihrer Vorprüfung einer besonderen Auswahlkommission stellen und deren Gefallen finden müssen.

Ihre Probleme sind für die Imperialisten damit nicht beseitigt. Die Völker der Welt schließen sich gegen den Imperialismus zusammen, und unter den ausländischen Studenten findet die Sammlung für eine vollmotorisierte Kompanie der ZANLA große Unterstützung. Für die Studentenbewegung kommt es darauf an, die Forderungen nach der völligen Gleichberechtigung der ausländischen Studenten und ihre Einbeziehung in die BAFöG-Zahlung durchzusetzen. – (KHG Westberlin)

Sozialdemokratische „Differenzierungsversuche“ gegen die Länder der Dritten Welt

Die Friedrich-Ebert-Stiftung auf der Suche nach den „neuen Wegen der Entwicklungspolitik“

Die Abteilung „Entwicklungsländerforschung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung hat ein Gutachten herausgegeben, veröffentlicht in dem SPD-Verlag „Neue Gesellschaft“, mit dem Titel „Nord-Süd-Politik“. Es geht um Vorschläge für den BRD-Imperialismus, gegen den wachsenden Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt seine imperialistische Politik zu verfolgen. Die Forderungen der Länder der Dritten Welt nach Erleichterung der Kreditbedingungen und Rückzahlungsverpflichtungen sowie nach Streichung der bisherigen Schulden und ihre Anstrengungen im Aufbau einer nationalen Wirtschaft machen es für den BRD-Imperialismus nötig, die Möglichkeiten der Spaltung der Länder der Dritten Welt und der direkten Intervention auszuloten.

Im Dritten Bericht zur Entwicklungspolitik des BRD-Imperialismus wird erklärt: „Gegenüber der BRD sind die Entwicklungsländer mit 75,7 Mrd. DM verschuldet ... Im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit hat die Bundesregierung bis zum 31. Dezember 76 Darlehensverträge über rund 29 Mrd. DM abgeschlossen. Die Auszahlungen betragen rund 20 Mrd. DM. Die darauf bisher fälligen Tilgungen von rund 3,4 Mrd. Mark sowie die Zinsen in Höhe von rund 3,4 Mrd. DM sind – abgesehen von relativ geringen Beträgen – vertragsgemäß bezahlt worden ...“

Der BRD-Imperialismus, dessen freche Ablehnung der Forderungen der Länder der Dritten Welt bereits 1976 bei der Welthandelskonferenz in Nairobi den Haß dieser Länder sich zugezogen hat, versucht mit dem Kurs der Spaltung und Erpressung einzelner Länder diese Forderungen niederzukriegen. Die Gutachter stellen fest:

„Das Hauptargument gegen die UNCTAD-Forderungen nach Schuldenstreichungen und Aufschüben von Schuldendienstleistungen ist deren undifferenzierte Wirkung. Beide Instrumente wirken stark selektiv zugunsten weniger Länder und gewährleisten weder positive entwicklungspolitische Folgewirkungen, noch können sie nach dem Bedarfskriterium gerechtfertigt werden“.

Die Sorgen der Imperialisten quellen aus diesen Äußerungen bereits hervor, daß ihrer Räuberei Grenzen gezogen werden und sie nicht einzelne Länder erpressen können, um in immer größerem Umfang die Reichtümer dieser Länder zu plündern. Die Gutachter der Friedrich-Ebert-Stiftung schlagen vor, einen Fond zu bilden, in den diese Länder einzahlen, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Zinsen sind „Einnahmen des Bundes“ die Tilgungen fließen „unmittelbar der Entwicklungshilfe zu“. Natürlich erwärmt sie dieser Vorschlag, sie haben die Kontrolle und wollen so die Länder der Dritten Welt immer weiter in Abhängigkeit bringen. Wenn andere Imperialisten sich beteiligen, sollte dieser Fond am „sinnvollsten durch die Weltbank oder die IDA vorgenommen werden“. Bezüglich der Durchsetzbarkeit dieser Vorstellung sind die Gutachter selbst „pessimistisch“. So sehen sie noch eine ganze Latte Zwischenmöglichkeiten, die man noch durchprobieren solle.

„In sprachlicher Hinsicht ist außerdem der Wechsel der verwendeten Termini bemerkenswert. Heißt es in Manila, die Schuld solle gestrichen (cancelled) werden, so wird in Naribi der Ausdruck „Umwandlung in unentgeltliche Leistungen“ (Converting into Grants) verwendet. Die sachliche Idenditât beider Ausdrücke verdeckt nicht, daß der Begriff „Grant“ im Gegensatz zur eindimensionalen Bedeutung des Wortes Streichung den Endpunkt einer Skala markiert, an derem anderen Ende Kredite zu bankmäßigen Konditionen stehen, so daß eine Vielzahl von Zwischenformen mit unterschiedlich hohen Grant-Elementen möglich wird.“

So ähnlich sind die weiteren Konzepte in dem Gutachten gefaßt nach dem Schema: Wehret den Anfängen, keine Kompromisse bei den Forderungen der Dritten Welt. „Natürlich verläuft die politische Argumentation subtiler, differenzierter und kompromißhafter“, geben die Gutachter zuverstehen. Diese ganzen Maßnahmen würden abgrundtief lächerlich wirken, wären sie nicht verbunden mit Vorbereitungen der direkten Intervention in Afrika. Daß diese Planung bereits klar umrissene Formen hat, macht es den feingliedrigen Gutachtern der Friedrich-Ebert-Stiftung überhaupt nur möglich, ihre Vorstellungen in einem ganzen Buch auszuwalzen, wie es doch noch gelingen könnte, die Länder der Dritten Welt übers Ohr zu hauen. Woher sollten sie's sonst nehmen?

Die *Eingriffstiefe* ist bei Entwicklungshilfemaßnahmen mit sozialpolitischer Zielsetzung wesentlich höher als bei entwicklungsorientierten Maßnahmen ... Mindestens wird man sagen können, daß die sozialpolitische Orientierung in ihrer Tendenz zur Erhöhung der Eingriffstiefe in die Politik des Nehmerlandes um so problematischer wird, je ernsthafter sie betrieben werden.“

Um für diese „Eingriffstiefe“ den Boden zu bereiten, muß ihre sozialchauvinistische Propaganda direkt Rechtfertigungsmaterial liefern für die direkte Intervention.

„Wenn man will, könnte man den Kern des Nord-Süd Dialogs als Verhandlungen über ein neues, positives Völkerrecht ansehen.“

Der Kern des „positiven Völkerrechts“ ist der Begriff, das Souveränität hin und her, es sich allemal um „Weltinnenpolitik“ handelt. Nachdem die imperialistische Räuberei zu einem „weltinnenpolitischen Problem“ geworden ist, wird sich die „öffentliche Meinung“ (die ja mit solchen Büchern gemacht werden soll) folgendermaßen entwickeln:

„Diesen Wohlstandskampf (kann man sich) als eine außenpolitische Auseinandersetzung ohne alle Bandagen vorstellen. Diese Wahrnehmungsverschärfung führt dann dazu, daß im Nord-Süd Dialog alle Ordnungs- und Gerechtigkeitselemente übersehen, aber alle Kampfelemente überzeichnet werden.“

Das soll als Drohung *wirken*. Aufgeworfen wird die Frage, ob die „Vergrößerung des Reichtums der armen Länder“ nicht bedeutet „Rückgang des Reichtums in den Industrieländern“. Leicht ersichtlich ist, daß sich der Reichtum aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Aussaugung der Länder der Dritten Welt bei den Imperialisten anhäuft und dazu verwendet wird, die Ausbeutung noch weiter zu steigern. Deshalb kann diese Drohung nicht richtig wirken, wer stellt sich den Imperialismus schon mit Bandagen vor, die er jetzt erst ablegen würde? Die „Wahrnehmungsverschärfung“ besteht in den einheitlichen Forderungen der Länder der Dritten Welt. Unter anderem Guayana hat inzwischen die Auflösung des Hauptinstruments der imperialistischen Erpresserpolitik verlangt, des internationalen Währungsfonds. Und darin, daß der Befreiungskampf der Völker immer breitere Unterstützung bei den Volksmassen in den imperialistischen Ländern findet, die in dem Bericht als „Chaospotential“ auftauchen. Die Möglichkeiten der Imperialisten, die Länder der Dritten Welt zu spalten, werden enger und geringer, mit diesem Problem schlagen sich die Gutachter über 100 Seiten herum und geben damit ihren imperialistischen Auftraggebern zu verstehen, daß direkte Intervention unumgänglich ist. – (S-Red.)

Aktion gegen Raumverweigerung für CISNU

München. Am Freitag, 31.3., führte die CISNU eine Aktion mit Go-in gegen das Studentenwerk durch. Das Studentenwerk hat einen Beschluß des Heimrats des Studentenwohnheims Egon-Wiberg-Haus in der Studentenstadt Freimann rückgängig gemacht, der der CISNU für ein weiteres Jahr einen Kellerraum als Versammlungsraum zur Verfügung gestellt hat. Begründung des Studentenwerks: Die CISNU sei eine „illegale Studentenorganisation“, wobei es sich auf den Verfassungsschutzbericht von 1976 stützt. Die Anwesenheit der CISNU im Studentenwohnheim verstoße gegen die Interessen der Heimbewohner. Die Aktion hat zum Ziel die sofortige Rücknahme des Beschlusses des Studentenwerks.

Mit 150 Studenten Extraprofite für die VW-Kapitalisten

Hannover. Die VW-Kapitalisten haben über 150 Studenten eingestellt, um den hohen Krankenstand zu überbrücken und die Produktion auf vollen Touren weiterlaufen zu lassen. Die Studenten haben keinerlei Kündigungsschutz. Die VW-Kapitalisten zahlen den Studenten ca. 300 DM weniger im Monat als einem Arbeiter. An den Bändern sind die Studenten oft nur einen Tag angelernt worden. Die Handgriffe werden so nicht geschafft, und der Akkord ist deshalb von allen nur mit äußerster Anstrengung zu schaffen. Über die Studenten wollen die VW-Kapitalisten weitere Verschärfung der Ausbeutung durchsetzen. Am Leichttransporterband wurden früher 75 Wagen mit 109 Arbeitern am Band gefahren. Jetzt 69 mit 98 Arbeitern. Produzierte vorher ein Arbeiter durchschnittlich 0,688 Leichttransporter pro Schicht, so sind es jetzt 0,697, also eine Steigerung um 1,3%.

Fernstudium im Medienverbund – verschärfte Konkurrenz und Spaltung

Hannover. Ab Wintersemester 78/79 soll an der Technischen Universität Hannover ein Probelauf für ein Fernstudium im Fach E-Technik beginnen. Der Senat der TU hat der Einrichtung des Studiengangs zugestimmt. Dieser Probelauf ist Teil eines bundesweiten Versuchs der Bundesregierung, Fernstudiengänge einzuführen.

Plädoyers im Buback-Prozeß – Fachschaftsrätevollversammlung beschließt Protestkundgebung

Göttingen. Am Dienstag, 28.3., wurden im Buback-Prozeß die Plädoyers der Staatsanwälte gehalten: Zweimal Freispruch, zweimal neun Monate Gefängnis auf 3 Jahre Bewährung und 900 DM Geldstrafe wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verunglimpfung des Staates. Der Staatsanwalt folgte damit der Linie, die die „FAZ“ am Wochenende davor gefordert hatte, die „objektiven Tatbestände“, in den sachlogischen Aussagen des Artikels hart zu bestrafen (der Artikel strotze vor Haß gegen staatliche Organe), während die Angeklagten und die Verteidigung die „subjektiv kommunikativen Seiten“ des Artikels der Bourgeoisie vorhielten, um die „Auseinandersetzung mit dem Terrorrismus“ zu fördern. Gegen diese Spaltungsbemühungen hat die Fachschaftsrätevollversammlung der Uni Göttingen am 29.3. für den 5.4. – Tag der Urteilsverkündung – eine Protestkundgebung vor dem Landgericht und auf dem Markt beschlossen.

Standort Munster: Kopf der Panzertruppe

Gründung und Mitarbeit in den Soldaten- und Reservistenkomitees sollen unter hohe Strafen gestellt werden – warum der Prozeß gegen das SRK geführt wird

„Es gibt keine Stadt in der Bundesrepublik, deren Charakter so von militärischer Tradition geprägt ist, wie Munster. Dieser Ort hat sich innerhalb von 85 Jahren vom kleinen Heidedorf mit knapp 500 Einwohnern zur maßgebendsten Garnison der Bundeswehr entwickelt. Die größte Kampftruppenschule des Kontinents befindet sich in Munster. Mit seiner Panzerlehrbrigade 9 ist hier die eigentliche Ausbildungsstätte der deutschen Panzerwaffe", schreibt die „Böhmezeitung", Soltauer Kreiszeitung, Ende 1976.

Der Standort Munster hat seit je eine entscheidende Rolle in den Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus gespielt. 1893 als Truppenübungsplatz aufgebaut und von Kaiser Wilhelm II 1895 persönlich inspiziert, war es Aufmarschplatz für die kolonialen Eroberungszüge. „Große, unvergeßliche Tage kamen für Munster. Das Ostasiatische Expeditionskorps, das unter Graf Waldersee den Boxeraufstand in China niedergezwungen hatte, wurde größtenteils hier im Lager aufgelöst ... Die Verstärkung der Schutztruppe, die den Herero-Aufstand in der damaligen deutschen Kolonie Südwest-Afrika zu bekämpfen hatte, wurde in den Jahren 1904 bis 1906 in Munster zusammengestellt." (W. Wolter, „Munster").

Im 1. Weltkrieg und auch im 2. Weltkrieg war Munster riesiges Gefangenenlager, in dem Zehntausende in die Zwangsarbeit gepreßt wurden. Die Wurzeln der heutigen „Wehrwissenschaftlichen Dienststelle" der Bundeswehr (WWD) in Munster reichen bis 1917 zurück, wo der Gasplatz Breloh aufgebaut wurde, auf dem ein Viertel der gesamten Gasmunition des imperialistischen deutschen Heeres von 5000 bis 6000 Arbeitern gefüllt wurde, u.a. das gefährliche Senfgas. 1935 wurde der alte Gasplatz Breloh als Versuchsplatz zur Prüfung und Erprobung von chemischen Kampfstoffen wieder eingerichtet. Drei Munitionsanstalten wurden gegründet und durch den Reichsarbeitsdienst dienstverpflichtete Arbeiter, Männer und Frauen, wurden dort eingesetzt. Ebenfalls 1935 wurde die erste Großübung einer Panzerdivision in Munster durchgeführt. „Doch 1935 erwachte der Truppenübungsplatz zu ... neuem Leben. Es fanden die ersten großen Versuchsübungen im Verband einer modernen Panzerdivision zusammen mit Schützen (mot.) ... statt. Es war die Geburtsstunde der neuen deutschen Panzerwaffe" (W.Wolter), deren Aufbau der deutsche Imperialismus in der Vorbereitung des 2. Weltkrieges zügig in Angriff nahm.

Zweimal gescheitert, haben die westdeutschen Imperialisten ihre Ziele keineswegs aufgegeben. Zielstrebig bereiteten sie den Wiederaufbau einer Armee vor. Im Oktober 1954 wurde die 5. Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes nach Munster verlegt, und bereits im März 1956, noch vor der offiziellen Gründung der Bundeswehr, traf ein „Vorkommando" mit fünf Offizieren und 80 Soldaten ein. Sofort 1956 wurde dann mit dem Aufbau der Truppenschule begonnen. Heute sind 8000 Soldaten in Munster stationiert. In Munster ist die Kampftruppenschule 2 / Fachschule des Heeres für Erziehung (KTS 2/ FSH Erz), die Panzerlehrbrigade 9 (PzLehrBrig 9) und die Wehrwissenschaftliche Dienststelle. Hier werden jährlich an die 10000 Offiziere und Unteroffiziere für den Einsatz der Panzertruppen ausgebildet und hier wird die strategische Planung der Panzerwaffe der westdeutschen imperialistischen Armee vorgenommen.

An der KTS 2/ FSH Erz wird der Einsatz der Panzertruppe geplant und mit der PzLehrBrig 9 erprobt. Als in den 60er Jahren die westdeutschen Imperialisten auf die Verwandlung der sozialistischen Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht mit einer veränderten Heeresrüstung reagieren mußten, wurde in Munster von 1962 bis 1964 der Kampfpanzer (KPz) Leopard 1 mitentwickelt und erprobt, von 1968 bis 1970 der Schützenpanzer (SPz) Marder, 1971 der Spähpanzer (SpähPz) Luchs, weiter die Jagdpanzer Rakete (JPz Rak) und Kanone (JPz Kan) und in den letzten Jahren der Kampfpanzer (KPz) Leopard 2. Erprobt werden die Panzer von der PzLehrBrig 9, die auch die Truppenversuche durchführt. „Die Superbrigade. Keine ist im Heer wie sie", schreibt die Bundeswehrführung in „Das Heer" 1/75. Zusätzlich zu den andern Panzerbrigaden verfügt sie noch über ein Panzeraufklärungsbataillon (PzAufklBtl), eine Panzerjägerkompanie (PzJgKp), eine Luftlande/Panzerabwehrkompanie (LL/PzAbwKp) und eine ABC-Abwehrkompanie (ABC AbwKp). „Damit besitzt die Lehrbrigade alle Waffen der gepanzerten Kampftruppe ..."(Truppenpraxis 8/76).

Mit vier Mitarbeitern 1958 aufgebaut, arbeitet die WWD heute mit einem großen Stab von Wissenschaftlern (40 Wissenschaftler, 60 grad. Ingenieure und 80 Techniker, insgesamt ca. 330) an der Erprobung von ABC-Kampfstoffen. An der Beseitigung der Kampfstoffe, die noch zu Tausenden aus dem 2. Weltkrieg in Munster-Nord lagern, besteht kein Interesse.

Die Tätigkeit des SRK-Munster hat die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Imperialisten empfindliche Schläge versetzt. Der Prozeß wird genutzt, um die Ziele und Absichten der westdeutschen Bourgeoisie genauer zu untersuchen und damit die ideologischen Bedingungen für die Kämpfe gegen die imperialistische Armee zu verbessern. – (SRK Hannover)



Am 29. März wurden in Hamburg im Einkaufszentrum Altona in einer öffentlichen Aktion Kleider für die ZANU verpackt, die in den Wochen vorher in Betrieben und Stadtteilen gesammelt wurden. 81 Säcke wurden verpackt und verladen. Eine Spendensammlung während der Aktion erbrachte über 700 DM für die Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANLA.



Lüneburg. Nach Ende des fünften Prozeßtages sprechen die fünf angeklagten Genossen auf einer Kundgebung der Zelle Lüneburg des KBW und des SRK Hamburg/Unterelbe in der Lüneburger Innenstadt. Die jetzt eingeschlagene Taktik des Gerichts, durch Ausdehnung des Verfahrens die Bewegung gegen den Prozeß mürbe zu machen, um doch noch zu einer hohen und grundsätzlichen Verurteilung der Politik des SRK Munster zu kommen, muß durchkreuzt werden.

DGB Kreis Hamburg und KJA des DGB protestieren gegen Verbot gewerkschaftlicher Betätigung in der Armee

Im SanBat 3 wurde einem Soldaten per Befehl verboten, Mitteilungen der Gewerkschaftsjugend an das schwarze Brett zu hängen. Vorher hatte, nachdem die Gewerkschaftsjugend Flugblätter vor der Kaserne verteilt hatte, es eine Weisung des Bundesverteidigungsministeriums gegeben, daß derartige Materialien an die schwarzen Bretter gehängt werden dürfen. Dies wurde dem DGB-Kreisvorsitzenden Saalfeld mitgeteilt. Der Soldat, der ein Programm von Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend anhängte, wurde vom MAD verhört. Auf Befehl müssen alle Briefe sowie alle Flugblätter der DGB Jugend beim S 2 abgegeben werden. Der KJA protestierte dagegen auf seiner Sitzung am 30. März und beschloß vom Recht der gewerkschaftlichen Arbeit in der Armee nicht abzuweichen. Die Aufrufe zum 1.Mai der DGB Jugend sollen vor den Kasernen Röttiger, Böhn und Scharnhorst von der DGB Jugend verteilt werden. Die Soldaten sollen so zur Teilnahme an der Demonstration zum 1.Mai aufgerufen werden. Der ÖTV Sekretär für Soldaten will diesen Fall in die morgige DGB Kreissitzung einbringen.

Die Forderungen der Zivildienstpflichtigen sind nicht erfüllt

Am 14.4. fällt das Bundesverfassungsgericht ein Urteil über die Gewissensprüfung bei Zivildienstpflichtigen. Seit dem 7.12.78 sind aufgrund des Bundesverfassungsgerichtsspruch die Gewissensprüfungsausschüsse wieder in Kraft, die dafür sorgen sollen, daß die Zahl der Verweigerer gesenkt und die imperialistische Armee aufgefüllt werden kann. Im Februar 1978 hat das Bundesverwaltungsgericht eine weitere Verschärfung der Gewissensschikane festgelegt.

Der Deutsche Bundeswehrverband, Tummelplatz vor allem für das Offiziersgesindel, hat sich schon dazu geäußert, was das neue Gesetz bringen soll: „Die Gleichbehandlung von Soldaten und Zivildienstleistenden muß gewährleistet bleiben ... Deshalb ist nicht einzusehen, warum Zivildienstleistende nicht auch in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden." Also Kasernierung und Verschärfung der Unterdrückung zwecks höherer Gerechtigkeit. Mit diesem Spaltungsmanöver sollen dieselben Maßnahmen durchgesetzt werden, die von der Soldatenbewegung bekämpft werden.

Die Selbstorganisationen der Zivildienstpflichtigen rufen dazu auf, den Tag der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts für Aktionen zur Durchsetzung ihrer Forderungen zu nutzen:
„Völlige Abschaffung des Gewissensprüfungsverfahrens! Freie Wahl der Dienststellen! Keine Kasernierung von Zivildienstleistenden! Keine Versetzung gegen den Willen der Betroffenen! Rücknahme der bisherigen Strafversetzungen! Kein Planstellenabbau durch den Einsatz der Zivildienstleistenden! Gegen die Verlängerung des Zivildienstes auf 18 Monate!" Zusätzlich wird eine Forderung gegen die Disziplinarmaßnahmen erhoben. Diese Forderungen verdienen unbedingt Unterstützung.

Mit Warnstreik und Demonstration haben die Zivildienstpflichtigen die Verschärfung der Gewissensschikane bekämpft, wie sie mit ihren Aktionen auch den Zielen der Wehrdienstnovelle, Kasernierung, Einführung des Arbeitsdienstes und Durchsetzung der Lohndrückerei in den öffentlichen Diensten insgesamt, einen wuchtigen Schlag versetzt haben. Die Ziele der Zivildienstpflichtigen konnten nicht durchgesetzt werden trotz der großen Unterstützung, die ihre Forderungen bei der Soldatenbewegung, als auch bei zahlreichen Belegschaften in den öffentlichen Diensten und in der Arbeiterbewegung gefunden haben. Forderungen, den „Zivildienst als echten Friedensdienst" auszubauen, statt die imperialistische Dienstverpflichtung sowohl in der Armee als auch im Zivildienst zu bekämpfen, haben die Front geschwächt und es dem bürgerlichen Staat erleichtert, Spaltung und Unterdrückung zu betreiben. Nach den Aktionen der Zivildienstpflichtigen ist er gleich darangegangen, durch scheibchenweise Durchsetzung von Disziplinarmaßnahmen zu unterdrücken und Kasernierung, Arbeitsdienst und Lohndrückerei durchzusetzen.

1500 Disziplinarverfahren sind mittlerweile eingeleitet. In Bocholt wurde am 6.3. die dritte Schule des Amts für den Zivildienst eröffnet. Bis zu 70 Zivildienstpflichtige sollen dort gleichzeitig auf ihren Einsatz als Lohndrücker vorbereitet werden. In Wiesbaden wurden 4 von 8 Zivildienstpflichtigen beim Arbeitersamariterbund direkt in Dienstwohnungen untergebracht, wo sie Tag und Nacht unter der Fuchtel dieser paramilitärischen Organisation stehen sollen.

Von den Zivildienstpflichtigen werden diese einzelnen Disziplinarmaßnahmen bekämpft. Am 15.3. sollte gegen 18 Zivildienstpflichtige des Deutschen Roten Kreuzes ein Anhörungsverfahren wegen Beteiligung am Streik stattfinden. Die Zivildienstpflichtigen berieten daraufhin eine gemeinsame Erklärung gegen die Anhörungsverfahren und Disziplinarmaßnahmen und bekräftigten nochmals die Forderungen des Streiks. Am Tag vor der Anhörung, zu der die ZDP gemeinsam gehen wollten, schrieb das DRK einen Brief, daß das Anhörungsverfahren aufgehoben sei.

Statt sich als Lohndrücker einsetzen zu lassen, haben viele ZDPs die Streiks der Metallarbeiter gegen die dauernden Lohnsenkungen unterstützt, so die Vollversammlung der ZDP im Bereich Dortmund. 18 ZDP in Aachen haben am 20.3. eine Resolution an die streikenden Arbeiter in Nordbaden/Nordwürttemberg geschrieben, in der es heißt: „Wir, in der Mehrzahl selber Lohnabhängige, sind nicht bereit, uns von den Kollegen abspalten und zu einer Waffe in der Hand des Staates für weitere Lohnraubabschlüsse machen zu lassen. Deshalb ... haben wir gegen die schrittweise Wiedereinführung des Arbeitsdienstes bundesweit gestreikt ... Euer Streik kann zum Vorbild werden für den Kampf im Öffentlichen Dienst. Führt den Kampf weiter bis zur völligen Erfüllung Eurer Forderungen."

Am 14.4. wollen die Selbstorganisationen der Zivildienstpflichtigen einen einstündigen Warnstreik und regionale Großveranstaltungen durchführen. Jusos, Jungdemokraten und andere bürgerliche Kräfte in den Selbstorganisationen wollen diese Aktionen nutzen, um die CDU anzugreifen und die Bundesregierung aus der Schußlinie zu nehmen. In Dortmund hat ein Vertreter der DFG/VK vorgeschlagen, einen Fackelzug zur Geschäftsstelle der CDU zu machen. Das wurde von der Vollversammlung der ZDP abgelehnt.

Man muß die Vorbereitung dieser Aktionen nutzen, um die Einheit der Zivildienstpflichtigen und der Soldatenbewegung gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, ohne die der Kampf nicht siegreich geführt werden kann:

Beseitigung der imperialistischen Dienstverpflichtung, Recht auf jederzeitige Verweigerung und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten und Polizisten, Lohnfortzahlung und allgemeine Volksbewaffnung. – (Mi-Red.)

Das Lohnsystem der Bundeswehr spiegelt die Klassenspaltung wider

Die Löhne der Zeitsoldaten richten sich nach den Bestimmungen des Bundesbesoldungsgesetzes. Die nebenstehende Tabelle zeigt, daß das Grundgehalt eines Grenadiers der ersten Dienstaltersstufe noch nicht einmal den Ortszuschlag erreicht, den das Generalspack erhält. Die Tabelle zeigt ein weiteres. Ein tiefer Graben liegt zwischen den Löhnen der Zeitsoldaten, die in den Gruppen A eingestuft sind, und den B-Eingruppierungen. Der Graben hat Klassencharakter wie überall in den öffentlichen Diensten. Für die niederen Dienstgrade ist es Hungersold, der sie zwingt, in den Kasernen zu leben. Die B-Gehälter drücken die Fähigkeit und den Willen aus, die Unterdrückung und Schinderei zu bewerkstelligen.

Die Bourgeoisie hat das Lohngefüge der Soldaten mit vielfältigen Spaltungen versehen, die den Zusammenschluß erschweren. Nicht nur die verschiedenen Lohngruppen ziehen diese Spaltungslinien, sondern auch das ganze System der verschiedenen Dienstaltersstufen von 1 bis 15, die Ortszuschläge, die noch einmal 8 unterschiedliche Eingruppierungsmöglichkeiten vorsehen, sowie die verschiedenen Zulagen wie Stellenzulagen oder Amtszulagen. Das System der Zulagen belohnt Antreiberdienste. So erhalten Soldaten, die überwiegend als Führer oder Ausbilder im Außengelände verwendet werden, eine Stellenzulage von 50 DM.

Ebenso die Mannschaften und Unteroffiziere, die „technische Verwendung in Strahlflugzeugverbänden und Schulen finden". Luftfahrzeugführer oder Kampfbeobachter, die Strahlenflugzeuge führen, bekommen 250 DM monatlich mehr.

Die Tätigkeit in den „Sicherheitsdiensten" Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst und Bundesverfassungsschutz wird ab A 14 mit 425 DM Sicherheitszulage und mehr monatlich gezahlt. – (Z-Red.)

	Dienstgrad	Dienstalterstufe 1	Dienstalterstufe 8	Ortszuschlag verh., 1 Kind
A 1	Grenadier, Flieger, Matrose	730,82	900,50	589,22
A 2	Gefreiter	774,10	943,78	"
A 3	Obergefreiter	829,37	1008,57	"
A 4	Hauptgefreiter	860,80	1068,07	"
A 5	Unteroffizier, Maat, Seekadett, Fahnenjunker	891,05	1127,30	"
A 6	Stabsunteroffizier Obermaat	943,44	1188,37	"
A 7	Feldwebel, Bootsmann, Fähnrich, Fähnrich zur See	1019,39	1264,32	"*
A 8	Hauptfeldwebel, -bootsmann, Oberfähnrich, -fähnrich zur See	1067,64	1374,17	"**
A 9	Hauptfeldwebel, -bootsmann, Stabsfeldwebel, -bootsmann, Leutnant	1192,93	1533,57	619,48
A 10	Seekapitän, Oberstabsfeldwebel Oberleutnant	1306,44	1757,17	"
A 11	Hauptmann, Kapitänleutnant	1522,44	1983,88	"
A 12	Seehauptkapitän, Hauptmann	1657,69	2208,38	"
A 13	Seehauptkapitän, Major, Korvettenkapitän, Stabsarzt, -apotheker	1878,41	2472,92	675,09
A 14	Oberstleutn.,Fregattenkapitän,Oberstabsarzt, -apotheker, Veterinär	1933,33	2704,24	"
A 15	Oberstleutnant, Fregattenkapitän Oberfeldapotheker, -arzt, Veterinär Flotillenarzt	2180,07	3027,49	"
A 16	Oberst, Kapitän zur See, Flottenarzt, Oberstarzt	2423,23	3403,23	"
B	B1: Direktor und Professoren			
B 2	Direktor beim Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung	4595,71		675,09
B 3	Oberst, Kapitän zur See Flottenarzt, Oberstarzt	4808,15		767,75
B 6	Brigadegeneral, Flottillenadmiral, Generalarzt, Admiralarzt	5840,62		"
B 7	Generalmajor, Konteradmiral, Generalstabsarzt	6177,41		"
B 9	Generalleutnant, Vizeadmiral Generaloberstabsarzt	6964,34		"
B 10	General, Admiral	8317,86		"

* Stellenzulage 50 DM, Amtszulage 35,85 DM
** Stellenzulage 50 DM, Amtszulage 46,23 DM

Verstärkte Überwachung der britischen Volksmassen

Nachdem Labour- und Konservative Partei sich wochenlang darüber gestritten haben, wie die Einwanderung nach Großbritannien in Zukunft geregelt werden soll, hat jetzt das „Unterhauskomitee für Rassenbeziehungen und Einwanderung" einen Bericht vorgelegt, der von den zehn Labour-Abgeordneten und Konservaten einstimmig verabschiedet worden ist. Seine zentralen Vorschläge sind: Festlegung einer jährlichen Höchstquote für Einwanderer aus dem indischen Subkontinent, der automatische Verfall der britischen Staatsbürgerschaft für Personen im Ausland, von denen nur ein Großelternteil in Großbritannien geboren worden ist. Die britische Bourgeoisie will die Einwanderer als billige Arbeitskräfte nach Belieben anziehen oder abstoßen. Um das zu bewerkstelligen, muß sie unter den Volksmassen Rassismus propagieren und die Einwanderer spalten. Deshalb treffen die Änderungen zunächst nicht die größte Einwanderergruppe, die Iren, und die westindischen Arbeiter – die zweitgrößte Gruppe – sind von der Höchstquote ebenfalls nicht betroffen. Verschiedene Einwandererorganisationen haben den Bericht als rassistisch verurteilt. Die Regierung hat mit Manövern geantwortet: Teile des Berichts werde sie nicht annehmen. Ihre eigentliche Absicht hat der Innenminister herausgelassen – den Ausbau der staatlichen Überwachung der Arbeiterklasse und der Volksmassen: „Das wird Folgen haben für die ganze Bevölkerung, zum Beispiel die Einführung von Personalausweisen und regelmäßige Polizeikontrollen."

Arabische Länder unterstützen Hafenausbau in Malta

„Malta betrachtet sich als Teil der arabischen Welt und Brücke zu Europa", sagte der maltesische Ministerpräsident Dom Mintoff bei seinem Besuch in Abu Dhabi. Dabei wurde eine Kredithilfe der Vereinigten Arabischen Emirate über 14 Mio. Dollar für den weiteren Ausbau des Hafens von Valletta vereinbart. Der Hafen wird in zunehmendem Maße von den Mittelmeerländern wie auch von China als Umschlagplatz genutzt. Das ist ein Ausdruck der Entwicklung der eigenständigen Wirtschaftsbeziehungen Maltas. Die britischen Imperialisten, die ihren Flottenstützpunkt auf der Insel jetzt räumen müssen, prophezeien dagegen eine düstere Zukunft: „Trotz aller erreichten Fortschritte, Malta wird es schwer haben, die 28 Mio. Pfund jährlich zu ersetzen, die mit dem Stützpunkt verlorengehen" (Financial Times). Sie tun so, als hätten sie das Volk von Malta ausgehalten. Tatsächlich haben sie den Aufbau einer eigenständigen Wirtschaft des Landes unterdrückt und die Arbeiter ausgebeutet. Die Werftindustrie wurde zur Reparaturwerkstätte für die britische Kriegsflotte degradiert. Jetzt wird dieser Industriezweig mit finanzieller Unterstützung Libyens, Kuwaits, Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate ausgebaut. So soll in Kalafrana, an der Stelle des früheren britischen Luftwaffenstützpunkts, eine Schiffswerft entstehen, auf der Tanker bis zu 300000 BRT gebaut werden können. Mit Unterstützung Chinas wird die besehende Werftanlage in Valletta um ein 300 Meter langes und 62 Meter breites Trockendock erweitert, das ebenfalls Schiffe bis zu 300000 BRT aufnehmen können wird.

Die Bauern El Salvadors kämpfen für Land

Bauern in Zentral-El Salvador demonstrierten am 28. März erneut für Land und gegen die hohe Pacht. Sie stürmten die Stadt Tenancingo, wo sie schwere Kämpfe mit der Polizei hatten. Berichte aus San Salvador sprechen von 15 Toten.

Die Bauerndemonstrationen in San Pedro Perulapan, 16 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt, wurden in den letzten zwei Wochen fortgesetzt. Am 17. März marschierten 300 Bauern, Arbeiter und Studenten in die Hauptstadt, wo sie gegen die Landknappheit und die hohe Pacht demonstrierten. Als sie sich der Landwirtschaftsbank näherten, feuerte die Polizei Tränengas gegen sie. Die Demonstranten führten den Kampf gegen die Polizei. Am 22.3. hielten die Bauern der Gegend erneut der Polizeiunterdrückung stand.

In einer Erklärung der Christlichen Bauernvereinigung und der Gewerkschaft der Landarbeiter, die den Kampf der Bauern leiten, wurde der Regierung am 28. März vorgeworfen, „zu versuchen, unseren Kampf zu zerbrechen, unsere Organisationen zu zerbrechen und terroristische Aktionen zu unternehmen, um Leute davon abzuhalten, sich an unserem Kampf für unsere äußerst gerechten Forderungen zu beteiligen, die beinhalten: Kampf für Land und angemessenen Lohn, das Recht, sich zu organisieren und das Recht, unsere Gesellschaft radikal zu verändern zu einer Gesellschaft, frei von Armut, Hunger, Verfolgung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen."

Die Bauern müssen in elenden Verhältnissen leben. 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung El Salvadors ist in der Landwirtschaft beschäftigt und nur ein Drittel von ihnen hat das ganze Jahr über Beschäftigung. Eine große Zahl von Bauern ist landlos. 90% der Landbesitzer sind arme Bauern, die insgesamt nur 21% des bebaubaren Landes besitzen.

„Britanniens Wohlstand und Größe wiederherstellen"

Britisches Regierungsweißbuch „Die Herausforderung des Nordseeöls" erschienen

„Das Nordseeöl verschafft Britannien eine einmalige Gelegenheit, seine wirtschaftliche Leistung zu verbessern, den Lebensstandard zu erhöhen, Vollbeschäftigung zu erreichen und eine sozial gerechte Gesellschaft zu entwickeln. Britannien wird außerdem in der Lage sein, sich seiner internationalen Verpflichtungen zu entledigen, nicht zuletzt bezüglich der Entwicklungsländer."

„Als Volk ist uns die große Chance gegeben, unsere Fähigkeiten und Energien in ein Programm der Nationalen Gesundung einzuspannen, das Britanniens Wohlstand und Größe wiederherstellen wird. Die Regierung fordert die Nation auf, in diesem Geist die Möglichkeiten zu nutzen, die das Nordseeöl im kommenden Jahrzehnt bietet."

Das sind die Anfangs- und Schlußakkorde des Weißbuchs „Die Herausforderung des Nordseeöls", das der britische Labour Premierminister in der vergangenen Woche vorgelegt hat. Das nur 17 Seiten starke Dokument ist ein von Chauvinismus triefendes Manifest der britischen Regierungssozialdemokratie für die weitere imperialistische Expansion. Es enthält Zusagen von Steuererleichterungen, billigen Krediten und Kapitalzuschüssen und umfangreicher Unterstützung gegen die imperialistische Konkurrenz für die Kapitalisten. Für die Arbeiter enthält es die Aufforderung, sich diesem Programm der „nationalen Größe" in Namen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit zu unterwerfen, und Versprechungen über „industrielle Demokratie", wenn sie weitere Lohnsenkungen hinnehmen: „Eine entscheidende Anforderung für die Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit ist, daß wir die Oberhand in der Schlacht gegen die Inflation behalten: Preise und Einkommen dürfen nicht wieder außer Kontrolle geraten."

Ausbau der strategischen Basis des britischen Imperialismus

Großbritannien verfügt über Kohlevorräte von geschätzten 190 Milliarden Tonnen, von denen 45 Milliarden Tonnen – ausreichend für 350 Jahre bei gleichbleibender Förderung – nach heutigen Preisen von den Kapitalisten profitabel ausbeutbar sind. Es verfügt über große Erdgasvorräte in der Nordsee, und die jetzt erfaßten und erschlossenen Vorräte sollen den britischen Eigenbedarf bis Ende der achtziger Jahre decken. In der Stromversorgung haben die britischen Imperialisten große Reserven, seit 1964 wird ein wachsender Teil des Stromes mit Kernenergie hergestellt. 1976/77 waren die Kapazitäten der britischen Elektrizitätswerke zu 37% nicht ausgelastet.

Die profitabel ausbeutbaren Erdölvorräte in der Nordsee geben die britischen Imperialisten mit 3 bis 4,5 Milliarden Tonnen an. Die Produktion wurde 1975 aufgenommen. 1977 deckte die Nordseeölproduktion mit 38 Millionen Tonnen bereits die Hälfte des britischen Bedarfs. 1981 soll die Förderung mit 100 bis 120 Millionen Tonnen den eigenen Bedarf der britischen Imperialisten bei weitem übertreffen, und Öl soll in großem Umfang exportiert werden.

Der Sieg der Öl produzierenden Länder der Dritten Welt in der Erringung höherer Ölpreise 1973 hat die britischen Imperialisten zur Entwicklung dieser relativ teuren Energiequelle gezwungen. Bedauernd wird in dem „Grünbuch" der britischen Regierung zur Energiepolitik vom Februar dieses Jahres festgestellt, daß die reinen Produktionskosten in Saudiarabien nur 0,20 Dollar pro Barrel betragen, während die Produktion des Nordseeöls 3 bis 9 Dollar pro Barrel beträgt. Das ist etwa die Hälfte des Weltmarktpreises. Unverhüllt droht das „Grünbuch" den Öl produzierenden Ländern der Dritten Welt, „ein ordentlicheres Regime für den Weltölmarkt" müsse hergestellt werden. Auch wenn die britische Produktion voll entwickelt ist, wird Großbritannien nicht aufhören wollen, über seine imperialistischen Konzerne (u.a. BP und Shell) die Ölreichtümer der Dritten Welt zu plündern, um sie nach dem Vorbild der beiden Supermächte teuer weiterzuverkaufen. Gleichzeitig werden die britischen Imperialisten versuchen, mit ihrer eigenen Produktion die Preispolitik der OPEC anzugreifen und zu unterminieren.

Im Kampf um die Vorherrschaft in Europa und um die Neuaufteilung der Welt hat die Förderung des Nordsee-Erdöls die strategische Basis des britischen Imperialismus wesentlich erweitert. Großbritannien ist damit der einzige der imperialistischen EG-Staaten, der längerfristig nicht auf Energieimporte angewiesen ist und sogar Erdöl exportieren kann. Die britischen Imperialisten glauben bereits jetzt, daß sie ihre europäischen Konkurrenten mit ihrer Importabhängigkeit in der Energieversorgung erpressen können:

„Es ist wesentlich für die ganze (EG-)Gemeinschaft, daß ihre Energiepolitik sich in einer Weise entwickelt, die den Interessen des Vereinigten Königreiches während der langen Periode Rechnung trägt, in der wir die einzigartige Stellung als bei weitem größter Energieproduzent der Gemeinschaft einnehmen." (Grünbuch)

„Wohltaten neuer Maschinerie" und „freiwillige Einkommenspolitik"

Das Nordseeöl wird teils von einer staatlichen Gesellschaft, teils von anderen Monopolen ausgebeutet. Über Steuern, Kapitalbeteiligungen und Abgaben sollen die Gewinne dieser Gesellschaften aus der Nordseeproduktion zu 51%, in einigen Fällen bis zu 85% an den imperialistischen Staat fließen. Mitte der achtziger Jahre rechnet die britische Regierung mit jährlichen Einkünften von 3,5 Milliarden Pfund (in Preisen von 1976) aus der Ausbeutung der in der Produktion und Verarbeitung von Nordseeöl beschäftigten Arbeiter. Dem Weißbuch „Die Herausforderung des Nordseeöls" ist zu entnehmen, daß diese Mittel ausschließlich zur Verschärfung der Ausbeutung der britischen Arbeiterklasse verwendet werden sollen, um die Expansionsbestrebungen der britischen Imperialisten zu stärken.

Die sozialdemokratische Regierung rechnet dabei auf die Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Die bisherigen „wirklichen Erfolge" der „jetzigen Regierung" bei der Verbesserung der Lage des britischen Imperialismus seien möglich gewesen „dank der bemerkenswerten Anstrengungen des britischen Volkes und insbesondere dank der Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegung in einer freiwilligen Einkommenspolitik". Jetzt wollten sie einen „neuen Anlauf zur industriellen Demokratie" nehmen, schmieren die Regierungssozialdemokraten in ihrem Weißbuch an die Adresse ihrer Parteifreunde in den Gewerkschaften, denn „die möglichen Wohltaten neuer Maschinerie und effektiverer Techniken können nicht verwirklicht werden, wenn nicht alle Beteiligten aus ganzem Herzen zusammenarbeiten".

Die bisherige Zusammenarbeit aus ganzem Herzen zwischen Regierungssozialdemokraten, Gewerkschaftssozialdemokraten und Kapitalisten hat die britische Arbeiterklasse nach Berechnungen der imperialistischen OECD in den letzten vier Jahren eine reale Lohnsenkung von sieben Prozent gekostet und es den britischen Imperialisten ermöglicht, erheblich gegenüber ihren Konkurrenten aufzuholen:

„Zwischen der ersten Jahreshälfte 1976 und der zweiten Hälfte 1977 stieg das Volumen der Exporte um rund 11%, oder um ungefähr 2% schneller als die britischen Binnenmärkte. Nach bisherigen britischen Maßstäben eine fast unerhörte Leistung." (OECD-Bericht Vereinigtes Königreich, März 1978)

Ein Teil der Mittel aus dem Nordseeöl soll für Steuersenkungen für die Kapitalisten verwendet werden. („Steuersenkungen werden sicherlich notwendig sein, um den Expansionsprozeß am Laufen zu halten"). Weiter sollen unter anderem die Mittel für „Arbeitsbeschaffungsprogramme" vor allem für Jugendliche und Frauen aufgestockt werden. Bei rund 1,5 Millionen Arbeitslosen waren 1977 rund 320000 von solchen Programmen betroffen, von denen das umfangreichste vorsieht, daß die Arbeiter gegen einen Wochenlohn von etwa 72 DM an Kapitalisten verschoben werden.

Der Löwenanteil der staatlichen Einkünfte aus dem Nordseeöl soll aber jetzt für Investitionen zur Rationalisierung und zur Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit der britischen Kapitalisten beitragen. Den staatseigenen Monopolen haben die englischen Regierungssozialdemokraten dabei eine Vorreiterrolle zugedacht. In der gleichen Woche wie das Weißbuch zum Nordseeöl brachte die britische Regierung ein Weißbuch über den staatlichen Stahlkonzern British Stell Corporation heraus mit dem Titel: „Die Straße zur Lebensfähigkeit". In ihm ist die Schließung mehrerer Werke vorgesehen, die Entlassung von 38000 Beschäftigten sowie staatliche Zuschüsse in der Höhe von 875 Millionen Pfund (rund 3,5 Milliarden DM) in den Jahren 1978/79 „zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit". Ebenfalls in der gleichen Woche gab der sozialdemokratische Industrieminister Varley die Bewilligung von Zuschüssen an den staatlichen Automobilkonzern British Leyland in der Höhe von 450 Millionen Pfund (rund 1,8 Milliarden DM) bekannt, von denen 275 Millionen Pfund sofort für ein umfassendes Investitions- und Rationalisierungsprogramm zur Verfügung stehen sollen. bei British Leyland sollen 12500 entlassen werden. Die PKW-Produktion habe 1977 noch Verluste gebracht, teilte der Konzernvorsitzende Edwardes mit, bei den LKW sei bereits eine erhebliche Steigerung der Produktivität und der Gewinne zu verzeichnen.

„Wir haben festgestellt, daß bei einer Reihe unserer erfolgreichen europäischen Wettbewerber die Stundenzahl pro produziertem Lastwagen um 20% höher ist." – (Korrespondentenbericht London)

Spaniens Beitritt zur EG – imperialistische Befriedungspolitik

Spanien, ein vom Imperialismus ausgebeutetes und unterdrücktes Land, wird seit dem Sturz des Franco-Regimes von den westlichen Imperialisten, vor allem den US-Imperialisten, beständig unter Druck gesetzt, in wirtschaftliche Abhängigkeit getrieben, um „politische Zugeständnisse" erpreßt. die „Wiederherstellung demokratischer Zustände" als „Voraussetzung" für einen Beitritt in die EG ist nur ein Beispiel solcher Manöver der Imperialisten. Ihre Monopole haben sich in Spanien festgesetzt, beuten die dortige Arbeiterklasse aus und plündern die Volksmassen über Tributzahlungen an das Finanzkapital für Kredite an die spanische Regierung. Die wirschaftliche Situation Spaniens hat sich darüber weiter verschlechtert: 88% Preissteigerung seit 1973, 7% Arbeitslose, ein Außenhandelsdefizit von über 9 Mrd. Dollar.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit soll durch die militärische Unterwerfung unter die Interessen des US-Imperialismus vervollständigt werden. 1953 haben die US-Imperialisten mit dem Franco-Regime einen Sondervertrag ausgehandelt, der ihnen wichtige Stützpunkte in Spanien einräumte: Luftbasen in Torrejón bei Madrid und Sanjurio Valenzuela bei Saragossa sowie einen Unterseebootstützpunkt in Rota bei Cádiz. Als „Gegenleistung" erhielt Spanien Waffen und „wirtschaftliche Hilfe". Die US-Militärbasen sind von Anfang an bei den Volksmassen in Spanien verhaßt gewesen, und seit Jahren sieht man Parolen an Häuserwänden mit der Forderung nach Auflösung dieser imperialistischen Bollwerke.

1976 wurde das Stützpunktabkommen mit den USA erneuert und zwar zuungunsten der US-Imperialisten. Die Lagerung von Nuklearwaffen wird ihnen von vornherein untersagt. 1980 läuft auch dieser Vertrag aus, und die US-Imperialisten hegen berechtigte Zweifel, ob sie überhaupt einen weiteren durchsetzen können. Das ist der Grund, warum sie jetzt massiv den NATO-Beitritt Spaniens propagieren. Sie versprechen sich davon, im Rahmen dieses imperialistischen Bündnisses ihre Position aufrechterhalten zu können, mehr noch, sie haben es ganz entschieden auf den Stützpunkt Gibraltar abgesehen.

Die Meerenge von Gibraltar, Stützpunkt der NATO im Bereich der Südflanke, ist von entscheidender Bedeutung im Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in Europa, weil sie neben Zypern und Malta die Kontrolle über den Mittelmeerraum als dem strategischen Hinterland eines solchen Kriegs um Europa ermöglicht. Über Gibraltar läuft die Verbindung des Mittelmeers mit dem Atlantik, und auf diesem Weg werden die Rohstoff-, vor allem Ölimporte der westlichen imperialistischen Staaten transportiert.

Kein Wunder, daß die Sozialimperialisten ein gieriges Auge auf Gibraltar geworfen haben. Das Ringen der Supermächte verschärft sich in dem Maße, wie die Völker im Mittelmeerraum sich gegen diese imperialistische Bedrohung zusammenschließen. Wenn der türkische Ministerpräsident Ecevit nicht nur erklärt, das Problem Zypern sei lösbar und sowohl die Türkei als auch Griechenland habe den festen Willen dazu, sondern darüberhinaus feststellt, daß die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO keinerlei Nutzen für das Land bringt, dafür aber hohe Kosten – wenn Malta den vollständigen Abzug aller britischen Truppen von der Insel bis März 1979 durchgesetzt hat und den Flotten der beiden Supermächte die Durchfahrt durch seine Hoheitsgewässer untersagt, dann sind das alarmierende Anzeichen für die Imperialisten.

Gibraltar, seit 1704 britische Kolonie, hat heute einen „Sonderstatus", d.h. es wird von einem Gouverneur verwaltet. Über den Beitritt in die NATO hoffe Spanien darauf, Gibraltar zurückzuerhalten, schreibt jetzt die bürgerliche Presse. Die Unterwerfung unter ein imperialistisches Bündnis wie die NATO kann aber niemals das Interesse eines Landes sein, das selbst vom Imperialismus ausgesaugt wird. Wie soll die „Rückgabe" Gibraltars an Spanien aussehen. Die US-Imperialisten winken mit einer „großzügigen" Geste, um einen größeren Brocken zu fressen, die Unterwerfung Spaniens als „europäisches Hinterland" des US-Imperialismus und die Sicherung ihrer Kontrolle über den gesamten Handels- und Kriegsflottenverkehr zwischen Mittelmeer und Atlantik. Zudem wäre damit eine Intervention gegen den Befreiungskampf in der ehemaligen spanischen Kolonie Westsahara gleichbedeutend mit der „Sicherung der nationalen Interessen des NATO-Partners" Spanien, kalkulieren die US-Imperialisten.

Gleichzeitig würden sie noch einen Seitenschlag gegen ihre britischen Konkurrenten führen, die nicht auf den *NATO-Beitritt* Spaniens setzen, wegen der Vorherrschaft der USA in der NATO, sondern auf den *EG-Beitritt* Spaniens, über den *sie* ihre militärischen Interessen, die Kontrolle über Gibraltar, von Spanien zu erpressen hoffen.

Entweder im Rahmen der NATO oder im Rahmen der EG – so laufen die Pläne der Imperialisten zur Unterwerfung Spaniens, wobei sie alle ihre eigenen Raubpläne verfolgen. Diese imperialistische Befriedung steht so oder so im Gegensatz zu den Interessen des spanischen Volkes wie auch der anderen Völker im Mittelmeerraum nach vollständigem Abzug aller fremden Truppen und Auslösung aller imperialistischen Stützpunkte; deshalb sind die Manöver auch noch nicht entschieden. – (Z-Red.)

Das Angebot des Obersten Sowjet der UdSSR an die VR China ist eine Unverschämtheit

Die Sozialimperialisten sollen gefälligst ihre Truppen abziehen

Die Sowjetrevisionisten lärmen über die Ablehnung ihres „Angebots“ durch die Regierung der Volksrepublik China, endlich „normale Beziehungen“ herzustellen. Unter diesen stellen sie sich die Veränderung der Grenze zwischen beiden Ländern zu ihren Gunsten vor, ferner die nachträgliche Anerkennung der China durch den russischen Zarismus aufgezwungenen ungleichen Verträge durch die Volksrepublik China. Die Initiative der revisionistischen Machthaber erfolgt in einer Situation, in der sich das chinesische Volk daranmacht, neue große Siege im Aufbau des Sozialismus zu erringen, und dafür von den Völkern in aller Welt Unterstützung erfährt. Weiter in einer Situation, in der die Führung der sozialimperialistischen Supermacht befürchtet, daß ihre Asienpolitik der letzten zehn Jahre sich in einen Scherbenhaufen verwandelt.

Am 24. Februar 1978 hat das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR einen „Appell“ an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der sozialistischen Volksrepublik China gerichtet. Ihm zufolge sollen die UdSSR und die Volksrepublik China eine „gemeinsame Erklärung auf Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ verabschieden und dafür ein Treffen beider Seiten ins Auge fassen. Der Tonfall ist drohend und gereizt: Dieser Schritt sei notwendig, um dem „gefährlichen Prozeß der weiteren Verschärfung der Beziehungen Einhalt zu gebieten“, die schlechten Beziehungen beider Staaten führten zur „Erzeugung von Spannungen“.

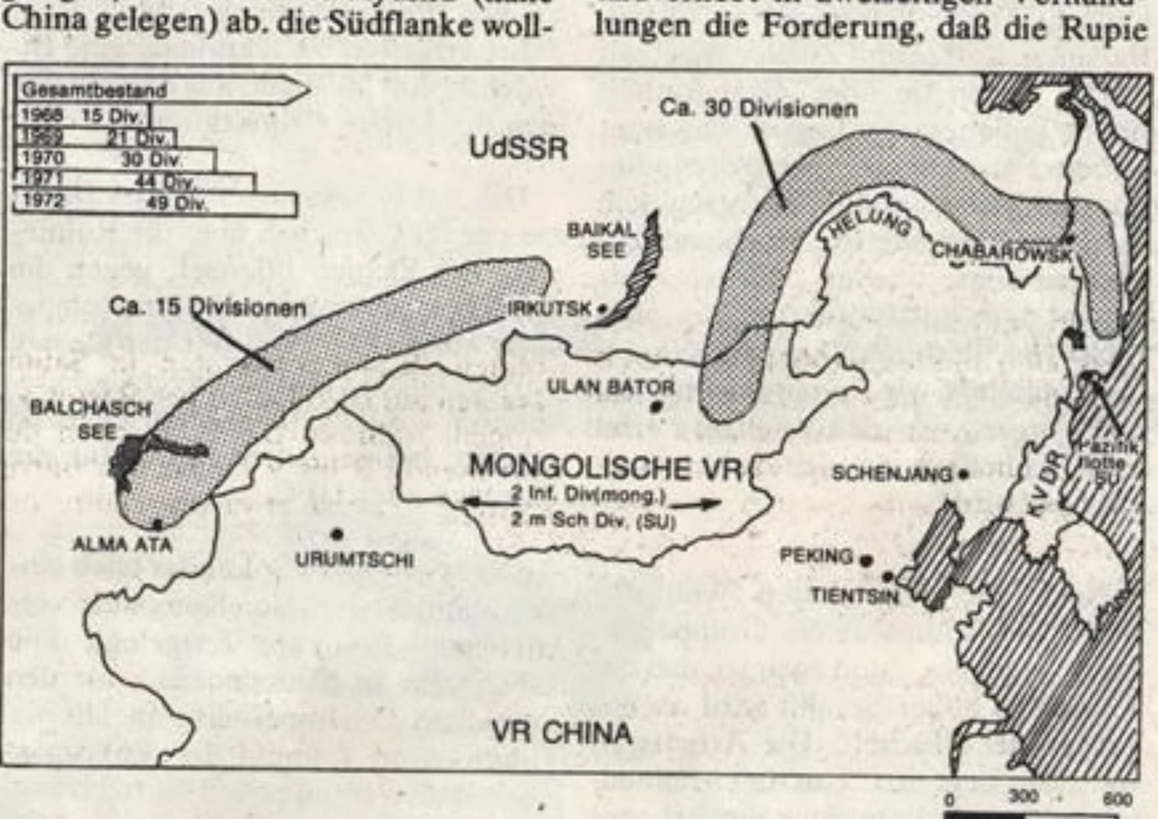
Wer hat massiv Truppen an der sowjetisch-chinesischen Grenze aufgefahren? Wer hat Truppen in einem souveränen Staat, der Mongolischen Volksrepublik, stationiert, um dort das Volk zu unterdrücken und gleichzeitig direkt an die chinesische Grenze heranzurücken? Wer hat beständig Überfälle auf die Grenze der Volksrepublik China durchgeführt? Offensichtlich die sozialimperialistische Supermacht. Breschnew behauptet wiederholt: „Für uns existieren keine umstrittenen Gebiete.“ Jeder weiß aber, daß der russische Zarismus „China eines Gebietes, so groß wie Frankreich und Deutschland zusammengenommen und eines Stromes von der Länge der Donau“ (Engels) beraubt und die Besiegelung dieses Raubs durch ungleiche Verträge mit China in den Jahren 1858 und 1860 erzwungen hat.

Es war die revolutionäre Sowjetregierung unter Lenin, die am 27. September 1920 erklärt hat, daß sie „alle Verträge, die von den früheren Regierungen Rußlands mit China geschlossen wurden, für außer Kraft gesetzt erklärt, auf alle eroberten Gebiete des chinesischen Territoriums, auf alle russischen Konzessionen in China verzichtet und China alles unentgeltlich und für immer zurückgibt, was ihm von der zaristischen Regierung und der russischen Bourgeoisie räuberisch entrissen wurde.“

Breschnew steht nicht nur in den Fußstapfen der alten Zaren, er ist noch gieriger und dreister: Zum Beispiel verlangte er von der Volksrepublik China weiter 600 von 700 Inseln, die auch nach den ungleichen Verträgen rechtmäßiges Territorium der Volksrepublik China sind. Die Regierung der Volksrepublik China hat demgegenüber immer den gerechten und maßvollen Standpunkt vertreten: den Tatsachen entsprechend müssen die ungleichen Verträge als ungleiche Verträge anerkannt werden. Aufgrund der revolutionären Verbundenheit der Sowjetvölker und des chinesischen Volkes, in Anbetracht der Tatsache, „daß breite Massen der sowjetischen Werktätigen lange Zeit in diesen Gebieten angesiedelt sind“, ist die Volksrepublik China bereit, „diese ungleichen Verträge als Grundlage der Bestimmungen des ganzen Grenzverlaufs zwischen beiden Ländern zu nehmen sowie für die Beilegung aller die Grenze betreffenden Fragen“. In ihrem Haß auf den Sozialismus und ihrem Drang nach Expansion haben die sozialimperialistischen Machthaber jedoch diese Vorschläge mit Füßen getreten und wiederholt Überfälle und Aggressionen durchgeführt, die sich im Jahr 1969 in großen Militäraktionen zuspitzten.

Es war das Jahr, in dem die neuen Zaren eine großangelegte Offensive in Asien eröffneten, um dort Vormacht zu werden und das sozialistische China zu zerstören. Nach der erfolgreichen Aggression gegen Staat und Volk der CSSR in Europa hatten sie Blut geleckt. Deshalb verbanden sie ihre Absicht, die anderen Länder Asiens an die Kandare zu nehmen, mit einem Aufmarsch und Einkreisungsfeldzug gegen die Volksrepublik China.

An der sowjetisch-chinesischen Grenze wie der chinesisch-mongolischen Grenze zogen sie Truppen zusammen. Kossygin reiste nach Indien, um den „Informationsaustausch gegen China“ zu pflegen, Indien zu unterwerfen wie es anzustacheln, Pakistan zu zerstückeln. Im selben Jahr biederten sich die Sowjetrevisionisten Japan an, priesen seine „führende Rolle in Asien“ und boten die „Zusammenarbeit an, um die Situation in Asien zu stabilisieren“. Daraufhin zogen die japanischen Imperialisten Truppen von der Insel Hokkaido (nahe der Sowjetunion gelegen) auf die Insel Kyushu (nahe China gelegen) ab. die Südflanke wollten sie eröffnen, indem sie mit Singapur, Malaysia überraschend diplomatische Beziehungen aufnahmen, Indonesien Schulden stundeten wie neue Kredite gewährten und Burma Unterstützung zusicherten – alles Länder, die sie kurz zuvor als reaktionär angegriffen hatten. Schließlich lancierte Breschnew sein „kollektives Sicherheitssystem für Asien“.



Die militärischen Angriffe auf die Volksrepublik China im Jahr 1969 wurden jedoch allesamt von den Arbeitern und Bauern, der chinesischen Volksbefreiungsarmee zurückgeschlagen. Kossygin mußte selbst nach Peking und ein Abkommen mit der Regierung der Volksrepublik China unterzeichnen, „das einen beiderseitigen Gewaltverzicht, die Beibehaltung des Status quo an der Grenze, die Verhütung bewaffneter Konflikte und das Auseinanderrücken der Streitkräfte auf beiden Seiten einschließt, und man dann dazu übergeht, die gesamten Grenzfragen durch Verhandlungen beizulegen“.

Entsprechend der genannten Marschroute ist die UdSSR in Asien verfahren und hat zeitweilig Erfolge verbuchen können. Wie sieht es aber jetzt, fast zehn Jahre später, aus? Indien fügt sich dem sozialimperialistischen Taktstock nicht mehr so recht und erhebt in zweiseitigen Verhandlungen die Forderung, daß die Rupie neu und günstiger gegenüber dem Rubel bewertet werden soll. Bezüglich Japans droht die Gefahr, daß dies einen Vertrag mit der Volksrepublik China abschließt, in dem eine ausdrückliche Festlegung gegen jegliches Hegemoniestreben enthalten ist. Hektisch versuchen die Sozialimperialisten die Verhandlungen zu sabotieren und haben gar einseitig einen Vertragsentwurf für die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan veröffentlicht, in dem natürlich Japan die Rückgabe der vier von ihnen besetzten Inseln verweigert wird. Strittige Grenzfragen mit verschiedenen Ländern Asiens, immer Hoffnung und Gelegenheit der Sozialimperialisten, gegen die Volksrepublik China zu intrigieren, hat die Volksrepublik längst durch Verträge mit diesen Staaten zur beiderseitigen Zufriedenheit gelöst: so mit Burma, Nepal, Pakistan, der Mongolischen Volksrepublik und Afghanistan.

Zu einem Zeitpunkt also, wo die sozialimperialistische Macht in Verfolgung ihrer Weltmachtpläne die Ernte in Asien einzubringen gedachte, sieht sie sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Auf dem letzten Parteitag der KPdSU hat Breschnew in seinem Rechenschaftsbericht kein Wort mehr über seinen „Sicherheitspakt für Asien“ verloren. Um so gereizter schlagen sie um sich. TASS hat erneut eine Stellungnahme gegen die Volksrepublik China veröffentlicht: „Am 9. März wiederholte sie (die Regierung der Volksrepublik China) die von ihr schon früher gestellten, nicht annehmbaren Vorbedingungen, deren Sinn darin besteht, einer Erörterung zum Wesen der Fragen auszuweichen, von denen die Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen beider Länder abhängt und den unfreundlichen Kurs gegenüber der Sowjetunion fortzusetzen.“

Das „Wesen der Frage“ hat Ministerpräsident Hua Guo-feng im Rechenschaftsbericht an den V. Nationalen Volkskongreß erneut untersucht und die gerechte Position der Volksrepublik China bekräftigt: „Wenn die sowjetische Führungsclique wirklich wünscht, die staatlichen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion zu verbessern, so muß sie ihre Aufrichtigkeit durch Taten beweisen. In erster Linie sollte sie gemäß der 1969 erzielten Übereinkunft zwischen den Ministerpräsidenten beider Länder eine Vereinbarung über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, über die Verhütung bewaffneter Zusammenstöße und über das Auseinanderrücken der Streitkräfte beider Seiten in den umstrittenen Grenzgebieten unterzeichnen und dann Verhandlungen zur Lösung der Grenzfrage aufnehmen. Sie sollte ihre Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik und aus den chinesisch-sowjetischen Grenzgebieten abziehen, so daß die Lage dort, wie sie Anfang der sechziger Jahre bestanden hat, wiederhergestellt wird.“ – (Z-Red.)

Indien, Pakistan und Bangladesh festigen Zusammenarbeit

Kaum drei Monate nachdem Carter in Indien war, hat Breschnew seinen Besuch dort angekündigt. Er hat sich einseitig und ungebeten eingeladen. Carter hatte bei seinem Aufenthalt von Indien Kontrollrechte für Kernreaktoren und die Unterzeichnung des Vertrags über den Verzicht auf den Bau von Kernwaffen verlangt. Premierminister Desai wies dieses Ansinnen entschieden zurück. Die Sozialimperialisten wollen auch, daß Indien den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Breschnews rüpelhafte Selbsteinladung hat aber noch handfestere Gründe. Zum ersten Mal seit Jahren weist die indische Handelsbilanz gegenüber der Sowjetunion einen Überschuß aus. Indien macht im Aufbau der nationalen Wirtschaft Fortschritte und kann so die Abhängigkeit, in die es von den Sozialimperialisten gepresst wurde, verringern. Die Erdölproduktion wurde zum Beispiel innerhalb des letzten Jahres auf eine Million Tonnen pro Monat gesteigert und kann so einen großen Teil des Bedarfs des Landes decken. Bisher mußte Indien jährlich eine Million Tonnen von der UdSSR beziehen. Breschnew sieht die Aussicht, sich Indien als Halbkolonie und als Degen im südostasiatischen Raum zu halten, schwinden.

Die Völker des südostasiatischen Subkontinents haben lange Erfahrungen mit der Unterjochung und Ausplünderung durch die Imperialisten und haben gelernt, sich ihrer zu wehren. Sie haben die ehemals imperialistische Großmacht Großbritannien, die den ganzen Subkontinent besetzt hielt, verjagt und ihre Unabhängigkeit erkämpft. Callaghan, der kürzlich ebenfalls in Indien weilte, mußte sich diese Erfahrung bestätigen lassen. Die Imperialisten, und vor allem die Supermächte, deren Gier nach der Beherrschung der Welt grenzenlos ist, müssen erleben, daß die Staaten des südostasiatischen Subkontinents darangehen, die von den Imperialisten geschürten Widersprüche zu überwinden und eine gedeihliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen aufzubauen.

Der indische Außenminister stattete Anfang Februar Pakistan zum ersten Mal seit zehn Jahren einen Freundschaftsbesuch ab und äußerte seine Überzeugung, daß die Völker beider Länder friedliche und gutnachbarliche Beziehungen wünschen. Bei dem Besuch wurde auch die willkürliche Grenzziehung, die als koloniale Hinterlassenschaft Großbritanniens von den Imperialisten zur Schürung von Konflikten zwischen Indien und Pakistan, insbesondere über das Kaschmir-Gebiet, genutzt wurde, erörtert. Es wurde festgehalten, daß der Besuch des indischen Außenministers ein Beweis des Fortschrittes in den Bemühungen zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten darstellt.

Im Herbst vergangenen Jahres schlossen Indien und Bangla Desh ein Abkommen über die Aufteilung des Gangeswassers, in dem feste Entnahmemengen, gestaffelt nach wasserreichen und -armen Perioden des Jahres vereinbart wurden. So ist die bestmögliche Nutzung beider Länder für die Bewässerung der Felder, für die Flußschiffahrt und die Fischerei erzielt werden. Dieses Abkommen ist ein bedeutender Schritt in der Überwindung der Widersprüche zwischen Indien und Bangla Desh. 1971 war es den Sozialimperialisten gelungen, die indische Regierung unter Indira Gandhi aufzustacheln, mit militärischer Aggression die Spaltung Ostpakistans vom westlichen Landesteil zu betreiben mit dem Ziel, sich dieses Territorium einzuverleiben. Nachdem diese Absicht fehlschlug und der Statthalter Rahman gestürzt wurde, versuchte die indische Regierung, Bangla Desh wirtschaftlich auszutrocknen, so das Land in ein Chaos zu stürzen, um im Gewand des Retters einzumarschieren. Durch den Bau des Farakka-Staudamms 1972 betrieb die indische Regierung die Ableitung des Gangeswassers, was schwere Folgen für die Landwirtschaft Bangla Deshs nach sich zog. Aber das geplante Vorhaben schlug fehl. Das Volk von Bangla Desh errichtete in der Region von Ulushi ein Kanalprojekt, mit dessen Hilfe die Getreideproduktion dieses Gebietes verdoppelt werden konnte. Das jetzt erzielte Übereinkommen über die gemeinsame Nutzung des Gangeswassers zwischen Indien und Bangla Desh schafft gute Voraussetzungen zur allseitigen Entwicklung der Landwirtschaft. Gleichzeitig wurde auch das Fünfjahresprotokoll über den Binnenwasserverkehr und den Handel zwischen beiden Ländern verlängert.

Die vom früheren pakistanischen Ministerpräsidenten Ali Bhutto eingeleitete Versöhnungspolitik mit Bangla Desh führte zwischen diesen Ländern auch rasch zu einer vielseitigen Kooperation. 1975 wurde eine Satelliten-Nachrichtenverbindung errichtet und im April 1977 ein Abkommen über die Einrichtung einer Fernmeldeverbindung getroffen. Im Dezember 1977 legte eine gemischte Kommission die Erweiterung des beiderseitigen Handels fest. Bangla Desh liefert Papier- und Druckerzeugnisse, Tee, Bauholz und elektrische Kabel, Pakistan liefert Baumwolle, Textilien, Produkte der Leichtindustrie, Sportgeräte und medizinische Ausrüstungen. Als Ausdruck der Freundschaft zwischen den beiden Völkern stellte Pakistan eine Lieferung von 8250 Tonnen Zement als Geschenk an Bangla Desh zur Verfügung.

Die Aussichten für die Supermächte, die Spaltung zwischen den Ländern des südostasiatischen Subkontinents und der Volksrepublik China zu betreiben, sind ausgesprochen trüb. 1961 hatte Indien unter der Führung Nehrus und angestachelt von den US-Imperialisten eine militärische Aggression auf das Territorium der Volksrepublik China unternommen. Die Sowjetrevisionisten klatschten Beifall, in der Absicht, sich bei den US-Imperialisten kurzfristig anzubiedern und gemeinsam über die VR China herzufallen. Der Plan ging nicht auf, die indische Aggression wurde von den chinesischen Volksmassen zurückgeschlagen. Ministerpräsident Tschu En Lai erklärte 1962: „Historisch gesehen haben das indische und das chinesische Volk immer in Frieden und Freundschaft zusammengelebt. Obwohl die Grenze zwischen Indien und China nie formell abgegrenzt war, kam es, bevor die britischen Imperialisten in den Osten kamen, nie zu einem Grenzstreit zwischen ihnen ... Der chinesisch-indische Grenzkonflikt ist ein Vermächtnis der britischen imperialistischen Aggression.“ Die VR China betonte von Anfang an, daß die indisch-chinesische Grenzfrage auf friedlichem Wege gelöst werden müsse. Bitter müssen die Supermächte jetzt feststellen, daß anläßlich des Besuches einer chinesischen Delegation in Indien die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zum Ausdruck gebracht wurden und von indischer Seite betont wurde, daß die territorialen Probleme an der gemeinsamen Grenze mit friedlichen Mitteln gelöst werden sollen. Der indische Außenminister nahm eine Einladung in die VR China an.

Anläßlich des Besuchs einer Freundschaftsdelegation aus der VR China in Pakistan und Bangla Desh wurde die traditionelle Freundschaft zwischen diesen Ländern und ihre gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus und Expansionismus bekräftigt. Die VR China unterstützt die Länder des südostasiatischen Subkontinents beim Aufbau der nationalen Wirtschaft. In Zusammenarbeit mit chinesischen Arbeitern und Technikern wurde in Pakistan ein Gieß- und Schmiedewerk mit angeschlossenem Schwermaschinenkomplex errichtet. Dieses Werk stellt einen bedeutenden Beitrag im Aufbau der nationalen Schwerindustrie Pakistans dar. Die bestehenden Handelsabkommen auf der Basis der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils der VR China mit Indien, Pakistan und Bangla Desh wurden in den letzten Monaten erweitert. Auf dieser Grundlage der wachsenden Kooperation konnten diese Länder bedeutende Fortschritte bei der Überwindung wirtschaftlicher Abhängigkeit von Imperialismus erzielen. Indien konnte 1977 bei Senkung seiner Importe um 4 % den Export um 8,7 % steigern, Pakistan steigerte den Exporthandel um 4,8 %, wobei allein im Januar dieses Jahres bereits 15 % mehr Waren exportiert werden konnten als im Januar des Vorjahres. Bangla Desh konnte sein Export-Planziel ebenfalls weit übertreffen. Mit dem erstarkenden Zusammenschluß und der Festigung der Zusammenarbeit der Länder auf dem südostasiatischen Subkontinent schwinden die Hoffnungen der Supermächte, sich diesen Teil Asiens einzuverleiben. – (Z-Red.)

Verzicht auf Killersatelliten?

„Die Sowjetunion hat genügend Geduld gehabt. Aber ihre Geduld ist nicht grenzenlos", kläffte die „Prawda" Mitte März und beschwerte sich, daß die SALT-II-Verhandlungen nicht zum Abschluß kämen, weil sie „mit zum Abkommen nicht gehörenden Problemen, beispielsweise mit den Ereignissen am Horn von Afrika, verknüpft werden." Carter erklärte kurz darauf in einer Grundsatzrede an der Wake-Forest-Universität in Nord-Carolina, „daß Washington niemals die militärische Übermacht eines anderen Staates zulassen werde" und Voraussetzung für eine Einigung in den SALT-Verhandlungen die Anerkennung des Status quo und Verzicht auf Terraingewinn durch Waffenlieferungen und kubanische Soldaten sein müsse. Darauf wurde die „Prawda" auch grundsätzlich: „Das Schicksal des Abkommens hängt jetzt nicht mehr von der Kunst der Unterhändler ab, sondern von einer grundsätzlichen Entscheidung der amerikanischen Regierung – soll die Vereinbarung geschlossen werden oder nicht."

Klappern gehört zum Handwerk. Die Kunst, jeweils die eigene Kriegsvorbereitung um die Beherrschung der Welt als Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen zu deklarieren, stößt bei den Völkern der Welt auf keine Gegenliebe. Also setzen die Imperialisten an Interessen der Massen an, um hinter ihnen ihre expansionistischen Ziele zu propagieren. „Jeder sieht, daß die weitere Fortsetzung des Wettrüstens die Lösung der für die gesamte Menschheit lebenswichtig herangereiften Probleme hindert: die Entwicklung prinzipiell neuer Energiequellen, die weitgehende Erschließung des Weltmeers und des Alls, die Verhinderung katastrophaler Veränderungen in der Umwelt, die Bekämpfung von Hunger, Krankheit und kultureller Rückständigkeit", schreiben die Sozialimperialisten unter dem Titel „Abrüstungsverhandlungen: Schwierigkeiten und Realitätssinn" (Neue Zeit Nr. 2/1978).

Carter wiederum hat im Gegenzug als Beweis seiner „Entspannungsbereitschaft" und Menschenliebe der UdSSR Verhandlungen über einen gegenseitigen Verzicht auf Killersatelliten vorgeschlagen. Er bezieht sich dabei auf den Absturz eines reaktorangetriebenen Kosmos-Satelliten über Kanada, wodurch erhebliche Teile des Landes radioaktiv verseucht wurden. Vor gut einer Woche mußte die UdSSR bekanntgeben, daß in etwa sieben Wochen der nächste Kosmos-Satellit abstürzen wird – wahrscheinlich erneut über Kanada. Carters Sorgen haben einen schlichten Grund: die USA sind in Entwicklung und Einsatz von Killersatelliten im Vergleich zu ihrem Rivalen hintendran.

1967 haben die USA und die UdSSR einen Vertrag über die Erforschung und Nutzung des Weltraumes geschlossen mit dem Verbot, Kernwaffen auf Umlaufbahn
dem Verbot, Kernwaffen auf Umlaufbahn
zu bringen oder im Weltraum zu stationieren. Der Einsatz von Satelliten für andere militärische Zwecke wurde ausgeklammert. Im SALT-Vertrag von 1972 wurde ausdrücklich die Verwendung von Satelliten zur Aufklärung und Überwachung anerkannt und die gegenseitige Nichtbehinderung festgehalten. Während die Luftaufklärung per Flugzeug über fremdem Staatsgebiet völkerrechtswidrig ist, ist sie es aus dem Weltraum nicht. Als Weltraum gilt jede beliebige Höhe, die als Satellitenumlaufbahn geeignet ist.

Die Satelliten erfüllen für die Supermächte wichtige Aufgaben der Frühwarnung und werden als Leit- und Ziellenkeinrichtung für strategische Bomber und Raketen eingesetzt. Sie ermöglichen präziseste Lenkverfahren. Entsprechend sind die Supermächte bestrebt, wechselseitig die Satelliten des Rivalen außer Gefecht zu setzen. Seit dem Herbst 1968 werden die Satelliten der Kosmos-Serie zum Abfangen der US-Satelliten eingesetzt. Bis zum Frühjahr 1977 gaben die USA offiziell 16 Abfangversuche bekannt. Die UdSSR setzt daneben seit 1975 Laserstrahlen ein, mit denen die Infrarotsensoren der US-Frühwarnsatelliten zerstört werden, damit die Lenkung ausfällt. Die Satelliten geraten so aus der Umlaufbahn und verglühen bei Eintritt in die Erdatmosphäre. Da sie mit atomaren Dauerbatterien ausgerüstet sind, verbreiten sie beim Absturz über weite Flächen radioaktive Strahlen.

Die USA ihrerseits haben erst 1975 mit der Entwicklung von Abfangsatelliten begonnen, die ab 1982 voll einsatzbereit sein sollen. Die Abfangsatelliten, die sie derzeit erproben, sollen auf Kollisionskurs mit den Satelliten der UdSSR gerichtet werden, um diese so zu zerstören. Der vor einiger Zeit auch im westdeutschen Fernsehen vorgestellte Raumtransporter „Space Shuttle" wiederum soll die sowjetischen Satelliten einfangen, verladen und zur Erde zurücktransportieren. Prompt entwickeln die Sozialimperialisten einen ähnlichen Raumtransporter, der derzeit erprobt wird.

Carters Vorschlag hat nichts mit Friedenssicherung zu tun, sondern ist Ausdruck der verschärften Rivalität beider Supermächte. In seinem Jahresbericht erklärte US-Verteidigungsminister Brown: „Infolge unserer wachsenden Abhängigkeit von Satellitensystemen können wir kaum zulassen, daß die Sowjetunion den Vorrang in Abwehrsatelliten hat." Im Rüstungshaushalt 1978 wurden zusätzlich 55 Millionen Dollar für den Ausbau dieser Waffe bereitgestellt. – (Z-Red.)

Die Tage der United Fruit Company sind gezählt

Die US-Imperialisten fürchten, von den Völkern Mittelamerikas und der Karibik die Quittung für die 80jährige Ausbeutung und Unterdrückung zu bekommen, die sie seit dem Sieg über die spanische Konkurrenz im Jahre 1898 vor allem über den „Bananentrust", die United Fruit Company (UFC), betreiben, gehörig gefördert von allen US-Präsidenten von Roosevelt bis Carter.

An der Wiege des aus Gesellschaften mit Plantagen in Costa Rica, Kolumbien, Panama und Kuba zusammengeschachtelten Trusts standen die Finanzbourgeois Rockefeller, Vanderlip, Keith und Preston und die National City Bank von New York. Das Problem der Beschaffung von Arbeitskräften für die Plantagen, auf denen Bananen, Kaffee und Zucker angebaut wurde, lösten sie über Zwangsarbeit für die Indianer oder Import schwarzer Arbeiter aus Jamaica. „Daß die Indianer und Mestizen allmählich aus dem feuchten Tiefland ins Hochland zurückgedrängt werden dürften, erscheint nach der Einführung der physisch viel leistungsfähigeren Negerrasse geradezu wie ein naturnotwendiger Vorgang, da das kräftigere Element schließlich das schwächere verdrängen wird."

Noch vor dem Ersten Weltkrieg führte die Kompanie ein Gruppenakkordsystem ein, „und zwar so, daß das Schneiden höher bezahlt wird als das Tragen der Büschel". Die Arbeitszeit war nicht begrenzt. Um den Minimallohn zu erhalten, mußten die Arbeiter die ganze Nacht bis morgens um 10 Uhr durcharbeiten. „Oft zieht der Neger die schöne Tropennacht vor", dichtete der Chronist der UFC Wilhelm Bitter.

Der Dreh- und Angelpunkt bei der Erringung des Monopols über die Bananenproduktion ist der Transport. Die Banane wird unreif geerntet, muß dann schnell in die Häfen transportiert und von dort mit Kühlschiffen weiterverfrachtet werden. Bis 1919 hatte die UFC 2000 Kilometer Bahnlinie in Costa Rica, Panama, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Kolumbien, Kuba und Jamaica unter ihrer Regie und besaß damit nicht nur das Transportmonopol für Bananen, sondern für sämtliche Güter. Eine eigene Flotte von Bananendampfern brachte sämtliche Teile des Produktionsprozesses der Banane unter ihr Kommando, später auch noch eigene Fabriken. Heute kontrolliert die UFC nahezu die gesamte Ein- und Ausfuhr Guatemalas, erwirtschaftet jährliche Gewinne von bis zu 70% des Aktienkapitals. Das Gesamtvermögen der UFC, die ihren blutbefleckten Namen heute in United Brands geändert hat, betrug 1974 1,1 Milliarden US-Dollar, der Umsatz 2,2 Milliarden. Damit gehört der Konzern zu den 100 größten der Welt. Über Jahre erhielten die Aktionäre eine Dividende von 20% und aus den Gewinnen finanzierte Gratisaktien.

Die weitere Ausdehnung des Besitzes der UFC geschah über die Ruinierung der kleinen Pflanzer, gegen die das Transportmonopol rigoros eingesetzt wurde. Die Produkte der kleinen Farmer blieben einfach liegen und verrotteten auf den Bahnhöfen. Ihr Ruin schaffte billige Arbeitskräfte für die Plantagen der UFC.

Die Wirtschaft der Länder blieb einseitig auf die von der Kompanie vertriebenen Produkte festgelegt. Die UFC steht in Mittelamerika für den verhaßten US-Imperialismus. Die revolutionären Kämpfe der Volksmassen nehmen einen neuen Aufschwung. Die Arbeiter auf den Plantagen Mittelamerikas sind kampferfahren und haben den größten gewerkschaftlichen Organisationsgrad in Lateinamerika. In Nicaragua haben die Volksmassen den bewaffneten Kampf nach dem Vorbild des von Somoza ermordeten Revolutionärs Sandino wiederaufgenommen, das panamaische Volk fordert den Abzug der US-Besatzer aus der Kanalzone und Jamaica hat sich fest in die Front der Länder der Dritten Welt eingereiht. – (Z-Red.)



Militärische Intervention der US-Imperialisten in der Karibik und in Mittelamerika

1898 entledigen sich die US-Imperialisten der spanischen Konkurrenz und besetzten Kuba und Puerto Rico.

1914 überfällt der US-General Smedley D. Butler die beiden mexikanischen Häfen Veracruz und Tampico. Später erklärt er seine Aufgabe so: „Ich habe 1914 fest mitgeholfen, Mexiko in ein sicheres Land für die US-Ölinteressen zu verwandeln und habe dazu beigetragen, aus Kuba und Haiti saubere Landstriche zu machen, damit die Burschen der National City Bank ungestört ihre Erträge einsammeln konnten. In Nicaragua habe ich mitgeholfen, für das Bankhaus Brown Brothers Ordnung zu schaffen, 1916 habe ich für unsere Zuckerindustrie in der Dominikanischen Republik alles geordnet, während ich 1903 für unsere Obstkonzerne in Honduras alle Schwierigkeiten beseitigte." Der US-Präsident Th. Roosevelt, von den Imperialisten liebevoll „Teddy" genannt, formulierte die imperialistische Strategie: „Sprecht sanft und tragt einen großen Stock bei euch, dann werdet ihr weit kommen."

1915–1934 ist Haiti US-Protektorat und wird von Marineeinheiten besetzt gehalten.

1917–1920 halten die US-Imperialisten Kuba besetzt.

1924 landen Marineeinheiten in Nicaragua, 1934 lassen die US-Imperialisten den Revolutionär Sandino durch Somoza ermorden, dessen Clan bis heute ein blutiges Regime errichtet.

Über die Methoden der US-Interventionen in Mittelamerika schreibt das amerikanische Schulbuch „Die Herausbildung der amerikanischen Nation": „Wenn die Schuldner ihre Schulden oder die Zinsen ihrer Anleihen nicht bezahlen konnten, intervenierte die Regierung der Vereinigten Staaten, um amerikanische Investitionen zu beschützen. Diese Intervention nahm verschiedene Formen an, eingeschlossen die Landung von Marinesoldaten, die Überwachung von Wahlen und die Unterstützung der politischen Gruppen, die den Vereinigten Staaten nahestanden."

1954 unterstützen die USA einen Putsch in Guatemala gegen Präsident Arbenz, der eine Landreform durchführen wollte. 1961 scheitert das Unternehmen „Schweinebucht", mit dem die US-Imperialisten in Kuba eine Konterrevolution einleiten wollten.

1965 verhelfen 25000 US-Marineinfanteristen in der Dominikanischen Republik der Großgrundbesitzerklasse wieder in den Sattel.

Imperialisten forschen in der Antarktis nach Bodenschätzen – ein Gefecht von Räubern

Im Februar hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über den Beitritt zum Antarktisvertrag eingebracht. 1977 hat sie zwei „Forschungsschiffe" in die Antarktis fahren lassen. „Vielfältige Forschungsinteressen und die starke Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von Rohstoffeinfuhren gebieten eine umfassende Mitwirkung der BRD an allen Fronten der internationalen Zusammenarbeit", hat Kohl von der CDU auf die Beteiligung der westdeutschen Imperialisten an den Rohstoffräubereien in der Antarktis gedrängelt.

Die Antarktis ist das Land- und Meeresgebiet um den Südpol. Während um den Nordpol eine mit Treibeis bedeckte Tiefsee liegt, befindet sich der Südpol in der Mitte einer Großen Landmasse (antarktika) von 1293000 Quadratkilometern Größe. Die Antarktika ist nach Asien der zweitgrößte aller Kontinente. Der höchste Punkt der Antarktis ist der Mount Vinson (5140 m) in der Sentinel Range. Das eisfreie Gebiet nimmt eine Fläche von ca. 200000 Quadratkilometern ein. Die größte zusammenhängende eisfreie Fläche liegt im Victorialand.

Für die Imperialisten ist die Antarktis das letzte „herrenlose Gebiet", auf das heute insbesondere die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, Anspruch erheben. Warum?

Die Antarktis ist reich an Bodenschätzen und Meerestieren. Den Imperialisten geht es um die profitliche Verwertung dieser Reichtümer. In diesem Verwertungsdrang haben sie es schon soweit gebracht, daß fast alle Walarten, die massenhaft am Südpol in den Gewässern lebten, heute ausgerottet sind. 1908 überflügelte der antarktische Walfang erstmals alle anderen Fangfelder der Erde. 1914 war der Buckelwal ausgerottet, die Imperialisten gingen zum Fang des Blauwals über. Um 1930 erreichte die Jagd nach Blauwalen ihren Höhepunkt, gleichzeitig war damit auch diese Walart fast ausgerottet. Danach machte man sich an die Finnwal-Jagd. Die Entwicklung des Walfangs in Zahlen ausgedrückt hat sich von 195 Walen im Jahre 1904/05 auf 34834 Wale im Jahre 1953/54 vergrößert. 1925 wurde mit der fabrikmäßigen Verarbeitung des Walfanges direkt auf den Schiffen begonnen. 1935/36 schickte die Finanzbourgeoisie Deutschlands ihre erste Fangflotte in die Antarktis, sie erjagte sich gleich 10,2% des gesamten Fangergebnisses (USA: 5%). Ähnlich ist der Verlauf der Robbenjagd. 1780 wurden die ersten Robben auf Südgeorgien erschlagen. Bis 1810 war die Zahl der erlegten Tiere auf 1200000 gestiegen. Heute sind die Pelzrobben auf der Antarktis vollständig ausgerottet.

Gegenwärtig fischen die Imperialisten vorwiegend nach Krill, einer Krebsart, die sehr eiweißreich ist.

Haben die Imperialisten auch weiterhin starkes Interesse an der Ausbeutung des Meeres, so liegt ihr Hauptinteresse bei den Rohstoffen und Bodenschätzen der Antarktis. Die Antarktis ist reich an Uran, Kupfer, Kohle. Zinnerz und Schwefel wurden an den Rändern der Vulkane entdeckt. Nachgewiesen sind große Lager von Pyrit, Nickel-Kobalt und Chromerz auf den vorgelagerten Inseln. Manganerz, Molybdän, Malachit und Gold wurden auf dem Festland gefunden. Die Erdölvorkommen werden auf 45 Milliarden Barrel geschätzt. An diese Rohstofflager wollen auch die BRD-Imperialisten heran.

1959 wurde zwischen den zwölf Staaten Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Japan, Neuseeland, England, Südafrika, UdSSR und USA der Antarktisvertrag unterzeichnet, dem die BRD-Imperialisten heute so dringlich beitreten wollen. Mit dem Vertrag wird auf keinen der territorialen Ansprüche verzichtet. Sie werden jedoch einer endgültigen Klärung nach Ablauf des Vertrages vorbehalten.

Die Länder der Dritten Welt, vor allem Indien, hatten damals gefordert, daß die Nutzung der Antarktis unter die Kontrolle der Vereinten Nationen gestellt werden soll. Die beiden Supermächte waren dagegen und erzwangen den Vertrag. Im Artikel 1 wird festgelegt, „daß die Antarktis nur für friedliche Zwecke genutzt werden darf. Es werden .. die Einrichtung militärischer Stützpunkte, die Durchführung militärischer Manöver, sowie die Erprobung von Waffen jeder Art verboten." Der Absatz zwei gestattet sodann „den Einsatz militärischen Personals sowie Materials für die wissenschaftliche Forschung". Auf der Grundlage dieser „wissenschaftlichen Forschung" haben sowohl die US-Imperialisten als auch die Sozialimperialisten den Ausbau und Neubau von Stationen zügig vorangetrieben und militärische Stützpunkte errichtet. Ausgeschlossen sind sowieso vom Verbot der Durchführung von militärischen Manövern die Falklandinseln, die Shetlandinseln und die Südorkneyinseln, die alle in der Nähe der Drake-Straße liegen, die für alle Imperialisten strategischen Wert hat. Wer die Drake-Straße kontrolliert, hat auch den Zugriff auf die Rohstoffe in der Antarktis sowie den Zugriff auf Südamerika.

Jedes Vertragsland hat nach dem Antarktisvertrag weiterhin das Recht, Stationen und Anlagen auf der Antarktis zu errichten, sowie Beobachter zu entsenden. Luftinspektion ist zulässig.

Die US-Imperialisten haben auf einer ihrer Stationen in McMurdo ein Atomkraftwerk errichtet. Das Atomkraftwerk ist eine mobile Anlage, die mit einem Frachtschiff der amerikanischen Marine hingebracht wurde und seit 1964 in Betrieb genommen ist. Der radioaktive Kern des Werkes reicht ein Jahr. Zwar sind nach dem Antarktisvertrag Kernexplosionen und die Ablagerung von radioaktivem Abfall verboten, aber der Absatz 2 dieses Artikels 5 des Vertrages regelt wiederum die „Ausnahme", daß die Nutzung von Kernenergie, die Durchführung von Kernexplosionen zwischen den Vertragsstaaten „vereinbart" werden kann.

„Der Antarktisvertrag gibt den beiden Supermächten und den westlichen Imperialisten wie Frankreich und Großbritannien vielfältig Möglichkeit zur Spaltung und Erpressung der Länder der Dritten Welt. Stimmrecht steht nur den Ländern zu, die selbständig Forschungen zu Lande und zu Wasser auf der Antarktis durchführen und den Vertrag mit ratifiziert haben.

Heute drängen die beiden Supermächte vor allem auf eine rasche Nutzung der antarktischen Rohstoffe und auf ein Abkommen über die Fischerei. Beides wollen sie bis zum Ende des Jahres gesichert wissen. Die westdeutschen Imperialisten sind unruhig. Schnell muß eine „Forschungsstation" und ein eisgehendes Schiff in die Antarktis geschafft werden, um die territorialen Ansprüche, die sie mit der „Entdeckung" des sogenannten „Neuschwabenlandes" durch die Deutsche Antarktische Expedition der Faschisten 1939 „erworben" haben, zu sichern und auszubauen. Matthöfer hat dem Finanzkapital 90 Millionen zum Start des „Forschungsschiffes" zugesichert.

Das hehre Forschen zum Wohle der Menschheit und der Wissenschaft, wie die Schiffahrten der BRD-Imperialisten in die Antarktis propgagiert werden, ist der Versuch, territoriale Ansprüche geltend zu machen. Mit der Unterzeichnung des Antarktisvertrages wollen die BRD-Imperialisten an der Aufteilung der Antarktis sowie der Ausbeutung ihrer Rohstoffe teilnehmen. – (Z-Red.)

„Zimbabwe muß frei sein, jetzt!"

Mit dem Fortschritt im bewaffneten Befreiungskampf beginnt das Volk mit dem Aufbau in den befreiten Gebieten



Ein Kommandeur der ZANLA-Streitkräfte erklärt eine siegreiche Operation, in der ein feindlicher Lastwagen zerstört wurde und eine Anzahl von Waffen dem Feind abgenommen werden konnte.



In den von den bewaffneten Streitkräften befreiten Gebieten beginnen die Volksmassen Zimbabwes, die Reorganisation der Landwirtschaft. Sie gehen davon aus, daß eigene Produktion das Prinzip der Unabhängigkeit stärkt. Aussaat, Anbau und Ernte von Mais wurden gemeinschaftlich in den befreiten Gebieten betrieben. Vorher wurden die Volksmassen in den sogenannten geschützten Dörfern des Siedlerregimes wie Sklaven gehalten.

„1978 muß auch das Jahr sein, in dem unsere Partei als die Vorhut des bewaffneten Kampfes Festigkeit erlangt hat und überall im Land verwurzelt ist. Auch hier muß klar sein, daß die Stärke und Lebensfähigkeit jeder Partei von den Volksmassen kommt. Die Wurzeln unserer Partei sind in den Volksmassen ... Laßt uns deshalb das Jahr 1978 in jedem Sinne des Wortes zum Jahr des Volkes machen, dem Jahr, in dem die breiten unterdrückten Massen umfassend und wirkungsvoll mobilisiert werden, in jedem Dorf, in jedem Distrikt, jeder Provinz, jeder größeren und kleineren Stadt, in den Bergwerken, auf den Landgütern der Kolonisten, mobilisiert werden dazu, den Krieg als ihren Krieg zu unterstützen. Das Volk ist die wirksamste Waffe, um über den Feind den wirklichen Sieg zu erringen." (Robert Mugabe, Präsident der ZANU) Hierzu hat die ZANU die Massen für das Jahr 1978 aufgerufen. Gegenwärtig verstärken die ZANU und ihre bewaffneten Streitkräfte ZANLA gestützt auf die Volksmassen den Befreiungskrieg. Als Antwort auf die „innere Lösung", mit der die Imperialisten gedenken, an der



Im Jahr der Massen wird die Erziehung der Massen und die Entwicklung einer revolutionären Kultur intensiviert.

Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes von Zimbabwe festzuhalten, haben die bewaffneten Kräfte der Patriotischen Front eine militärische Offensive im Osten des Landes eingeleitet. „Dem Vernehmen nach handelt es sich um einen der schwersten Angriffe von Guerrilleros der militanten Patriotischen Front seit fünf Jahren. Den Kreisen zufolge trugen die Guerilleros Flugblätter bei sich, in denen die 6,8 Millionen schwarzen Rhodesier aufgefordert wurden, das sogenannte interne Rhodesien-Abkommen zwischen der weißen Minderheitsregierung und gemäßigten Nationalistengruppen abzulehnen", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 30. März 1978.

Das Volk von Zimbabwe verstärkt nicht nur den Volkskrieg, sondern errichtet in den befreiten Gebieten, aus denen die Kolonialtruppen vertrieben sind, seine politische Macht. Die ZANU hat dazu aufgerufen, 1978 die politische Macht der Volksmassen in diesen befreiten Gebieten zu konsolidieren und zu stärken. Der Feind hat keine Kontrolle mehr über diese Gebiete, die Volksmassen bauen gestützt auf und unter Anleitung der ZANLA-Streitkräfte die Landwirtschaft auf und sichern so die Versorgung.

In den befreiten Gebieten errichten die Volksmassen ihre eigene Administration und ihr eigenes Schulwesen. Unter den Imperialisten wurde die „Ausbildung" zu 90% von den Missionaren durchgeführt. Diese Erziehung sollte die Zimbabwer abrichten für die Ausbeutung und Unterdrükkung durch die Grundherren und die Kapitalisten. Ausspeien von billiger



Die örtliche Verwaltung der Volksmassen diskutiert die nächsten Aufgaben in den befreiten Gebieten.

Arbeitskraft war das Ziel dieser Missionarstätigkeit.

Heute lehrt die ZANU in den Schulen in den befreiten Gebieten die glorreiche Tradition und Kultur des Volkes von Zimbabwe. Die Ausbildung erfolgt theoretisch und praktisch, mit dem Ziel, die Volksmassen zu befähigen, ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten in einem befreiten, demokratischen und unabhängigen Zimbabwe selbständig zu regeln.

Die Imperialisten versuchen, Sambia zur Anerkennung der „inneren Lösung" in Zimbabwe zu zwingen

In ihrem Kommentar zur Unterzeichnung eines Abkommens über eine „innere Lösung" in Zimbabwe schreibt die Londoner „Times" am 4.3.78, nun müßten die Führer der Patriotischen Front dazu aufgefordert werden, ihre „Haltung zu ändern und sich nicht in eine Position zu begeben, in der sie versuchen, den Weg der demokratischen Wahlen mit Gewalt und Einschüchterung zu zerstören". „Und die Präsidenten der Frontstaaten – insbesondere Dr. Kaunda (Sambia) und Machel (Mozambique) – sollten davon überzeugt werden, bei dieser Überzeugungsarbeit zu helfen. Das wird die Aufgabe der britischen und amerikanischen Diplomatie sein."

Diese „Überzeugungsarbeit" der „britischen und amerikanischen Diplomatie" zeigt sich in den Bedingungen für die Vergabe eines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) an Sambia. Sambia und Mozambique sollen gezwungen werden, die „innere Lösung" des rhodesischen Siedlerregimes anzuerkennen und zur Unterdrückung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe also beizutragen. Der IWF steht unter der Kontrolle der US-Imperialisten und seiner westeuropäischen Verbündeten.

Aufgrund des sinkenden Kupferpreises ist Sambia hoch gegenüber den imperialistischen Mächten verschuldet. Der Kredit des IWF beläuft sich auf 390 Millionen Dollar, die ab 1980 innerhalb von drei Jahren mit einem Zins von 4,2 bis 4,7% zurückgezahlt werden sollen. Mit ihm sollen vor allem jetzt fällige Schulden an die Imperialisten abgezahlt werden. In Erfüllung der Bedingungen dieses Kredits mußte Sambia seine Währung, den Kvacha, um 10% abwerten. Sambias Exporte, zu über 90% Kupfer, werden dadurch billiger und die Anstrengungen der Kupfer produzierenden Länder, den Kupferpreis zu heben, werden dadurch geschwächt. Gleichzeitig werden die Importe aus den imperialistischen Ländern weiter verteuert. Sambia mußte sich verpflichten, in seinen Kupfergruben zu rationalisieren, Kupferarbeiter zu entlassen und ihre Löhne „einzufrieren". Das soll ebenfalls dazu beitragen, den Kupferpreis wieder zu senken. Die Staatsausgaben sollen ganz auf die Abtragung der Auslandsschulden reduziert werden.

Vor allem aber hoffen die Imperialisten, daß der IWF Sambia dazu zwingen kann, seine Transportwege über Zimbabwe wieder zu öffnen. Das rhodesische Siedlerregime hatte die Grenzen zu Sambia 1973 geschlossen, um die sambische bia 1973 geschlossen, um die sambische Regierung zu zwingen, sich an der Unterdrückung der zimbabwischen Befreiungsorganisationen zu beteiligen. Bis dahin war fast der gesamte Kupferexport Sambias auf dem Bahnweg über Zimbabwe zum Hafen Beira in Mozambique transportiert worden. In Antwort auf diesen imperialistischen Erpressungsversuch und gestützt auf die antiimperialistische Solidarität seiner afrikanischen Nachbarn erklärte Sambia seinerseits die Grenzen für geschlossen und transportiert seitdem die Exporte und Importe fast ausschließlich über Tanzania und den Hafen Daressalam. Die Imperialisten klagen über die angebliche chronische Verstopfung des Hafens von Daressalam, die den „schnellen Abfluß des sambischen Kupfers" verhindere. Was sie tatsächlich beklagen, ist der Verlust ihres Transportmonopols. Ferner die wirtschaftlichen Verluste der rhodesischen Eisenbahnen, die ganz auf die Aussaugung der afrikanischen Nachbarländer ausgerichtet sind und seit der Grenzschließung wachsende Verluste machen und zum Ruin des Siedlerregimes beitragen. (Nettogewinne der rhodesischen Eisenbahnen 1970: 1,7 Millionen Dollar, Nettoverluste 1973: 11 Millionen Dollar, 1975: 21 Millionen Dollar, 1977: 37 Millionen Dollar)

Einen zweiten schweren Schlag hat dem rhodesischen Siedlerregime die Schließung der Grenzen und Transportwege durch das befreite Mozambique Anfang 1976 versetzt. Noch 1974 exportierten die Siedler Waren im Wert von 1,75 Millionen Dollar nach Mozambique und Malawi. Wenn Sambia gezwungen werden könnte, sein Kupfer wieder über die von den Siedlern beherrschten Transportwege zu exportieren, müßte es seinerseits Druck auf Mozambique ausüben, die Grenze und die Bahn zum Hafen von Beira zu öffnen, und damit wieder den Weg für Exporte des Siedlerregimes freizumachen.

Die Imperialisten wollen ihre Kolonie Rhodesien um jeden Preis zur Plünderung und Unterdrückung der Völker Afrikas erhalten. Mit dem IWF-Kredit sollen Sambia und Mozambique gezwungen werden, die „innere Lösung" zur Erhaltung dieser Kolonie zu unterstützen. – (Korrespondentenbericht London)

Afrikanische Staaten bauen gestützt auf gegenseitige Hilfe eigenes Nachrichtensystem auf

Panafrikanische Nachrichtenagentur (PAFNA) ist eine scharfe Waffe gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte

Auf der Generalkonferenz der UNESCO im November 1976 in Nairobi brachten die Länder der Dritten Welt die Frage der Neuordnung der internationalen Kommunikation, einer neuen „Weltinformationsordnung" auf die Tagesordnung. Mit der „Deklaration über die Rolle der Massenmedien" faßten vor allem die afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Länder Maßnahmen ins Auge, die sich gegen die Abhängigkeit von den Imperialisten, insbesondere den beiden Supermächten richten.

Die Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt von den durch die Imperialisten beherrschten Nachrichtenagenturen und Nachrichtenübermittlungssystemen ist außerordentlich. Sie verfügen bis auf die Volksrepublik China über so gut wie keinerlei Nachrichtenübermittlungssysteme.

„Für Afrika ist die Zeit gekommen zu erkennen, wo es steht, und zu beginnen, für Dinge zu arbeiten, die wirklich dem Volk nützen werden. Sich gegenseitig zu bekämpfen, trägt nicht dazu bei, daß wir irgendetwas erreichen. All das zersetzt uns und setzt uns dem Gelächter der Supermächte aus", erklärte Radio Kampala (Uganda) am 30.8.1977, wenige Monate bevor in der ugandischen Stadt Arua eine Konferenz der Informationsminister der OAU stattfand. Tage vorher hatte sich das südafrikanische Rassistenregime darüber empört, daß in Nairobi eine Austauschzentrale für Rundfunk- und Fernsehprogramme zwischen 32 afrikanischen Ländern entstanden ist. Diese von der Rundfunk- und Fernsehabteilung der Vereinten Nationen geschaffene Zentrale war ein erster Schritt, sich aus der Abhängigkeit der Imperialisten zu befreien.

Präsident Amin erklärte anläßlich der Eröffnung der Informationsministerkonferenz der OAU am 7. November 1977 in Arua: „Da in Uganda solche Kommunikationsmöglichkeiten (Telekommunikationen) vorhanden sind – Einrichtungen, die für die erfolgreiche Arbeit einer Nachrichtenagentur, wie Sie sie gegenwärtig in Betracht ziehen, so lebenswichtig sind –, stelle ich dies Land formell als Sitz der vorgeschlagenen ‚Panafrikanischen Nachrichtenagentur' (PAFNA) zur Verfügung." Die Gründung der PAFNA wird von den afrikanischen Staaten tatkräftig unterstützt. Kenias Delegierter auf der Konferenz der Informationsminister in Uganda, Elisha Godana, erklärte, daß Kenia alles in seiner Macht Stehende tun werde, um das Projekt zum Erfolg zu führen, daß die Ziele der PAFNA von hohem Wert seien, da „die Agentur eine Annäherung der Völker des Kontinents anstrebe. Am 17. März 1978 tagte der „Interregierungsrat für Information in Afrika". Kampala wurde zum ständigen Sitz des IC-Sekretariats bestimmt. Das Sekretariat ist unter anderem für die Koordinierung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen Nachrichtenagenturen Afrikas verantwortlich. Es soll die Bildung der Agenturstrukturen der PAFNA verfolgen und örtlich bei der Errichtung nationaler Nachrichtenagenturen helfen, wie es auch mit der Förderung der Intensivierung bilateraler Zusammenarbeit und des Nachrichtenaustausches zwischen nationalen Agenturen in jeder Region beauftragt ist.

Die Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt auf dem Gebiet der Nachrichtenerfassung und -übermittlung ist in den letzten Monaten erheblich gewachsen. Die Volksrepublik China hat mit der Nachrichtenagentur von Mocambique unlängst ein Kooperationsabkommen unterzeichnet. Uganda und Libyen vereinbarten die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Ausbildung von Technikern in libyschen Fabriken zur Beherrschung der Rundfunk- und Fernsehnachrichtentechnik. Außerdem sieht das Abkommen den Austausch von Nachrichten zwischen der ugandischen Presseagentur und der libyschen vor. In Libyen werden ugandische Rundfunk- und Fernsehredakteure als Übersetzer und Maschinisten ausgebildet, damit sie Sendungen in verschiedenen afrikanischen und europäischen Sprachen ausstrahlen können.

Das Fernmeldewesen Ugandas ist das am weitesten ausgebaute in Ostafrika. Zur Verbesserung des Nachrichtenwesens hat Uganda im Dezember letzten Jahres mit dem Bau einer Bodensatellitenstation in Arua begonnen, die in anderthalb Jahren in Betrieb gehen soll. Damit werden die Fernmeldeverbindungen sowohl in Uganda als auch im Südsudan wesentlich leistungsfähiger.

Nachdem die Imperialisten vor etwa drei Jahren den Bau eines Kurzwellensenders platzen ließen, über den als stärksten afrikanischen Sender in 14 Sprachen Nachrichten aus Afrika bis nach Amerika und in den Fernen Osten gesendet werden sollten, kämpfen die afrikanischen Völker jetzt darum, gestützt auf die gegenseitige Hilfe das Nachrichtenmonopol der Imperialisten und vor allem der Supermächte zu brechen. Die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt ist eins der wesentlichen Kettenglieder, um den Imperialisten empfindliche Schläge zu versetzen. Der Kommunikationssektor der afrikanischen Länder verfügt weder über eine ausreichende und moderne technische Ausstattung noch ist die erforderliche handwerkliche Geschicklichkeit ausgebildet. Bei einem Empfang des irakischen Botschafters in Uganda dankte Präsident Amin der Regierung und dem Volk des Irak „für die Unterstützung, die sie den Palästinensern und den Freiheitskämpfern in Südafrika, Namibia und Zimbabwe" gewährten. Ebenso für die Hilfe auf technischem Gebiet, die der Irak Uganda gewähre. Wesentlich ist diese Hilfe besonders auf dem Gebiet des Druckereiwesens. So verfügen die Frontstaaten und die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika über keine oder nur sehr schlecht ausgerüstete Druckereien. Bei der Papierbeschaffung sind sie fast gänzlich von den Imperialisten abhängig. Der Aufbau von modernen und leistungsfähigen Drukkereien und Papierfabriken ist mithin von strategischer Bedeutung für den Kampf gegen koloniale und neokoloniale Unterdrückung.

Die einzige Papierfabrik Ugandas, die z.Z. in einem Drei-Schicht-Betrieb täglich etwa 15 Tonnen Papier herstellt, soll durch die Aufstellung weiterer Papiermaschinen modernisiert werden, und die Kapazitäten sollen auf 35 bis 40 Tonnen pro Tag gesteigert werden. Der Verlag „Voice of Uganda", der der ugandischen Regierung gehört und die gleichnamige Tageszeitung herausgibt, soll noch in diesem Jahr mit neuen Druckmaschinen ausgestattet werden.

Die Länder der Dritten Welt sind in der Lage, durch Zusammenschluß die Produktivkräfte zu entfalten. Gestützt auf die gegenseitige Hilfe wird die „Panafrikanische Nachrichtenagentur" zu einem scharfen Instrument gegen die Hegemoniebestrebungen der Imperialisten und der beiden Supermächte werden. – (Z-Red.)

„Sozialpolitische Vorratswirtschaft“

Die Potenz der imperialistischen Bourgeoisie besteht in dem Umfang und der Güte der Produktivkräfte, die sie in Streben nach Höchstprofit einzusetzen in der Lage sind.

Mithin entwickelt sich die Einsaugung ausländischer Arbeitskräfte durch die imperialistische Bourgeoisie in dem Maße, wie sich all ihre Anstrengungen auf die Niederringung ihrer imperialistischen Konkurrenten konzentrieren.

Von 1906 bis 1912 stieg die Zahl der in Preußen beschäftigten ausländischen Arbeiter von 454000 auf 820000. In der gleichen Zeit wurden 350000 bis 450000 polnische Arbeiter in das expandierende Stahl- und Kohlenzentrum Ruhrgebiet transferiert. Ihren zum Exzeß getriebenen Höhepunkt erreichte die Aufsaugung ausländischer Arbeitskräfte jeweils auf dem Höhepunkt der imperialistischen Kriege, als es galt, alle Produktivkräfte auf die Niederringung der imperialistischen Kriegskonkurrenten zu konzentrieren. 1942 waren es 4,65 Millionen (davon 1,5 Millionen Kriegs- und Zivilgefangene), 1944 mit 7,5 Millionen gar ein Fünftel der gesamten im Reich beschäftigten Arbeitskräfte, die Methoden der Zwangsarbeit und Verschleppung – angewandt im 1. Weltkrieg – wurden auf die Spitze getrieben.

Thomas, damaliger Leiter des Wehrwirtschaftsstabes im Wehrmachtsamt des Reichskriegsministeriums, formulierte 1936 die dem zugrundeliegenden Überlegungen folgendermaßen: „Ich habe bereits angedeutet, daß der Krieg der Zukunft für das deutsche Volk größere Belastungen bringen wird als der vergangene, und daß die Schicksalsverbundenheit des gesamten Volkes im Kriege noch mehr notwendig ist, als im Frieden. Es ist hier genauso wie bei der Ernährungslage im Kriege. Ihr Stand wird stets dem Grad der vorangegangenen Vorratswirtschaft der letzten Friedenswirtschaft entsprechen. Es ist also eine sozialpolitische Vorratswirtschaft erforderlich.“

Diese war bereits früh, 1923, eingeleitet. Mit der Verordnung, daß ab dato sämtliche Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte der Genehmigung durch die Arbeitsämter bedurfte, mithin eine gezielte Politik der Aufsaugung dieser Arbeitskräfte betrieben werden konnte, im Gegensatz zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als im wesentlichen die Konkurrenz unter den Arbeitern und die Konkurrenz der Kapitalisten um Arbeitskräfte die Bewegungen bestimmten. Auf der gleichen Aussprache betont der Reichsorganisationsleiter Ley, daß der steigende Mangel an Arbeitskräften das Reich dazu zwingen könne, „aus dem Auslande noch Menschen zu importieren“. 1934 bis 1939 wurden Staatsverträge zwischen dem Reich und Italien, Ungarn, Holland, Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien abgeschlossen über die Lieferung von Arbeitskräften ins Reich.

Göring im Berliner Sportpalast am 28.10.1936: „... Ohne den geschlossenen und leidenschaftlichen Einsatz unserer deutschen Arbeiter, unserer deutschen Arbeiterschaft, wäre jedoch das ganze Werk von vorneherein unmöglich. Heute müssen wir uns bereits den Kopf
ganze Werk von vorneherein unmöglich. Heute müssen wir uns bereits den Kopf
darüber zerbrechen, wie der Arbeitermangel zu beseitigen ist. Daran zeigt sich, wie die Nationen verschiedene Sorgen haben. Wir haben Sorge, genügend Arbeiter zu bekommen. Die anderen haben Sorge, wie sie ihre Arbeitslosen unterbringen. Ich glaube aber, daß unsere Sorge wohl die schönere ist. Die Frage ist heute: Wie schaffe ich die notwendigen Arbeiter heran?“ Bereits hier ging es Göring nicht so sehr um neue Staatsverträge, sondern um die Inbesitznahme angrenzender Staaten und die Deportierung eines Großteils ihrer Arbeitskräfte ins Kernreich, entsprechend fuhr er fort: „Das geht nur, wenn der deutsche Arbeiter einsieht, daß er nur dann helfen kann, nur dann den Plan des Führers unterstützt, wenn er arbeitet, arbeitet und immer wieder arbeitet, wenn nicht Uneinigkeit herrscht und gestritten wird, sondern Ruhe in den Betrieben ist, und wenn geschafft wird vom Morgen bis zum Abend, bis wir das Werk vollendet haben“. Die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der gesamten Arbeiterklasse war notwendig, um die nächsten Schritte im Kampf um die Neuaufteilung der Welt einzuleiten. Bereits 1938 war der Anschluß Österreichs und die Besetzung des Sudetengebietes vollzogen. „Unter dem Eindruck der von Ihnen, meinem Führer, erreichten Heimkehr Sudetendeutschlands ins Reich, stellt Ihnen die IG Farben AG zur Verwendung für das sudetendeutsche Gebiet, einen Betrag von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung“ – daraufhin zerschlug die Wehrmacht im Frühjahr 1939 die Tschechoslowakei als Staat.

Dem Tagesbericht der Staatspolizeileitstelle München vom 6.9.1939 entnimmt man: „Baustelle Güterringbahn, Arbeitsniederlegung großen Ausmaßes, 270 Jugoslawen wollen in ihre Heimat zurück; auf der Baustelle Alach zur gleichen Zeit das Gleiche, 350 Jugoslawen wollen heim“; noch über drei weitere Arbeitsniederlegungen ausländischer Arbeiter wird berichtet, um abschließend festzustellen: „In diesem wie in den vorher genannten Fällen wurde darauf hingewiesen, daß Hetzer und Meuterer mit strengsten staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen haben ... es ist zu schließen, daß im Laufe der nächsten Zeit häufig mit Streiks und Arbeitsniederlegungen zu rechnen ist“.

Die Konsequenz der Reaktion war nur die Ausweitung der Konzentrations-, Gefangenen- und Zwangsarbeitslager.

„Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ – Lohnsklavenhandel für das Finanzkapital auf internationalen Märkten

6. Artikel aus der Serie: „Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales“

„... von dem Wunsch geleitet, die Beziehungen zwischen ihren Völkern im Geiste europäischer Solidarität zu beiderseitigem Nutzen zu vertiefen und enger zu gestalten, sowie die zwischen ihnen bestehenden Bande der Freundschaft zu festigen, in dem Bestreben, einen hohen Beschäftigungsstand zu erreichen und die Produktionsmöglichkeiten voll auszunutzen, in der Überzeugung, daß diese Bemühungen den gemeinsamen Interessen ihrer Völker dienen und ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern, haben die folgende Vereinbarung über die Anwerbung und Vermittlung von griechischen Arbeitnehmern nach der BRD beschlossen ...“

Durch zwei verlorene Weltkriege von seinen „natürlichen“ Ressourcen an Rohstoffen und lebendiger Arbeitskraft abgeschnitten und angestachelt durch volle Ausnutzung seiner „Produktionsmöglichkeiten“ seine Expansionsgelüste der Vorherrschaft in Europa zu befriedigen, geiferte die westdeutsche Bourgeoisie, kaum daß sie sich von der Niederlage des zweiten Weltkrieges erholt hatte, nach der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte. Hatte die britische Konkurrenz die Gebiete des Commonwealth, auf deren Arbeitskräfte sie zurückgreifen konnte, konnte sich der französische Imperialismus sich den Arbeitskräften seiner ehemaligen nordafrikanischen Kolonien bedienen, so war der westdeutsche Imperialismus einzig in der Lage die Zuführung billiger ausbeutbarer Arbeitskraft in Form zwischenstaatlicher Vereinbarung zu lösen. Der besondere Stachel solcher staatlicher Maßnahmen zur Anwerbung von Arbeitern in die Arme des westdeutschen Imperialismus zu treiben, war die Schließung der Grenze durch die DDR, aus deren Gebiet ständig versucht worden war, Arbeitskräfte hoher Qualifikationen abzuwerben. Vertragabschlüsse oben genannter Art wurden daraufhin mit den Staaten: Spanien, Türkei und Griechenland (1961), Portugal (1964), Marokko und Tunesien (1966), Jugoslawien (1968) und Korea (1970) beschlossen.

Der westdeutsche Imperialismus diktiert die Anwerbebedingungen

Was der westdeutsche Imperialis-

Was der westdeutsche Imperialismus unter „Beziehungen zwischen ihren Völkern im Geiste europäischer Solidarität“ versteht, durch das Ministerium für Arbeit und Soziales diktieren ließ, mögen folgende Vertragsauszüge verdeutlichen: Gegenüber Griechenland waren die westdeutschen Imperialisten noch bereit, „Angaben über die jeweils maßgebenden Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen, die Möglichkeiten der Unterkunft und Verpflegung sowie alle anderen Einzelheiten, die für die Entscheidung des interessierten Arbeitsuchenden wesentlich sind“ anzugeben. „Auslese“ und „Vorstellung“ wie Auslese über körperliche und berufliche Eignung, deren Form zwischen der Bundesanstalt für Arbeit und dem griechischen Arbeitsministerium vereinbart wird“, ließ man schon 1961 den griechischen Staat tragen. „Reisekosten“ wurden von der Bundesanstalt für Arbeit aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung vorgelegt und durch eine Unkostenpauschale von den Kapitalisten „getragen“. Die westdeutschen Kapitalisten waren unter dem Druck des leergefegten westdeutschen Arbeitsmarktes bereit Pfennigbeträge zuzusteuern, wenn es nur gelang, ihnen die Ausbeutungsobjekte zuzuführen. Waren sie erst einmal in ihren Fängen, sah die Sache schon anders aus. „Rückreisekosten“ waren der Vereinbarung zwischen „Arbeitnehmer und Arbeitgeber vorbehalten“. Gegenüber der portugisischen Regierung trat das Ministerium für Arbeit und Soziales in Anbetracht ihrer ökonomischen Stärke und der portugiesischen Abhängigkeit schon wesentlich frecher auf. „Die portugiesischen Arbeitnehmer sind darauf hinzuweisen, daß nach deutschem Recht ihre Angehörigen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland bis zum Abschluß eines Abkommens über soziale Sicherheit keinen Anspruch auf Familienleistungen aus der sozialen Krankenversicherung und auf das Kindergeld haben.“

1970 gegenüber Süd-Korea diktierten die Verhandlungsführer der westdeutschen Bourgeoisie ihre imperialistische Stärke. In diesem Vertrag ging es um Arbeitskräfte hoher Qualifikation, um Bergarbeiter. „Ausgewählt werden nur Bewerber, die a) zwischen 20 und 30 Jahre alt sind, b) eine mindest einjährige Erfahrung im Untertagebau haben, c) nicht länger als 3 Jahre vor ihrer Entsendung in die BRD aus ihrem Beschäftigungsverhältnis im koreanischen Bergbau ausgeschieden sind ... ärztlicher Untersuchung auf Kosten Koreas“. Und um die Qualifikation zu heben, „veranlaßt die koreanische Regierung, daß die Bergarbeiter bereits vor ihrer Abreise aus Korea zwei Monate lang in der deutschen Sprache unterrichtet werden.“ Bezüglich der aufgeschatzten Versicherungsbeiträge der koreanischen Bergarbeiter diktiert das Arbeitministerium: „Beiträge werden einbehalten und bei der Rückreise der koreanischen Regierung überwiesen. Diese kann sie als Sozialversicherungen anrechnen oder aufteilen. Davon abgezogen Reisekosten, Hin- und Rückreise. Reicht der Betrag nicht aus, kommt die koreanische Regierung für die Differenz auf.“ Auf Kosten der koreanischen Regierung ausgebildet wird dem kapitalistischen Produktionsprozeß in Westdeutschland die junge und verbrauchte Arbeitskraft zugeführt, um zerschlissen und verbraucht wieder abtransportiert zu werden.

„Ausländergesetze“ zum Zwecke der politischen Entrechtung

Um die „Kommissionen“ des Ehrenbergministeriums im Ausland auf Vordermann gegenüber den jeweiligen Regierungen zu bringen, ist der derzeitige Etat gegenüber dem letzten um das Fünffache erhöht worden und der für die Betreuungsreisen im Inland gleich um mehr als das Doppelte aufgestockt worden.

Sind dem Produktionsprozeß der westdeutschen Kapitalistenklasse zwar Arbeitskräfte zum Zwecke ihrer Vernutzung zugeführt worden, so entstand für die Bourgeoisie reichlich schnell das Problem, daß deutsche und ausländische Arbeiter aller Hetze zum Trotz, sich durch ihre einheitlichen Klasseninteressen gegen die ständig verschärften Akkorde und die eingeleiteten Lohnsenkungen gemeinsam zur Wehr setzten. Der sich entwickelnden gewerkschaftlichen und politi-
den gewerkschaftlichen und politi-
schen Bewegung gegenüber dem Imperialismus verabschiedeten sie die Ausländergesetze, die die politischen Rechte der ausländischen Arbeiter einzig zur Huldigung des Grundgesetzes zugestehen, um die Rechtlosigkeit der Arbeiter praktisch auch durchzusetzen und die gewerkschaftlichen Verbindungen der Arbeiterklasse zu zerreißen oder in ihrer Entstehung zu verhindern. Ein besonderes Netz der Bespitzelung ist dazu notwendig. Ehrenberg hat das unter der Thematik „Eingliederungsprogramm“ in seinem Haushalt laufen: „Durch besondere Maßnahmen sollen die Schwierigkeiten überwunden werden, die für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien durch die Anpassung für die an diese zumeist fremde hochentwickelte Industriegesellschaft entstehen. Zugleich soll einer möglichen Isolierung und einer zumeist von außen gelenkten politischen Gefährdung dieses Personenkreises entgegengewirkt werden.“ Damit das gelingen kann, sind 1,2 Millionen im Etat seines Haushalts für die Spitzel- und Unterdrückungstätigkeit vorgesehen. Genutzt und durchgeführt werden soll dieser Auftrag von den karitativen Verbänden, die aus dem Ehrenbergministerium entsprechend gespeist werden. „Das Wort ‚Integration‘ soll uns nicht beunruhigen. Es bedeutet nur die zweite Phase eines Prozesses: Anpassung – Integration. Die Vorstufe der Integration, die Anpassung, muß mit der Ankunft im Aufnahmeland beginnen. D.h. der ausländische Arbeitnehmer muß die Normen und Gebräuche dieses Landes respektieren und nach ihnen handeln, auch wenn sie ihm nicht gefallen. In der Integration dagegen, beginnt der Imigrant Werte und Aspekte des Aufnahmelandes zu schätzen und sich zu eigen zu machen.“ (Charitasverband) Die Wohnheime dieser Verbände mit ihren Zuchthausordnungen, ermöglichen totale Bespitzelung, Kontrolle und Demütigung der ausländischen Arbeiter. Jeder Besuch wird registriert, jeder Krankheitsfall wird durch die Heimleitung genauestens überprüft.“ Die Eingliederungsverbände arbeiten in allen Fragen solidarisch und eng mit den einzelnen Beschäftigungsbetrieben zusammen.“ (Bundesarbeitsblatt 1970)

Die Aufenthaltsgenehmigungen wurden nur noch befristet erlassen, zumeist nicht länger als für ein Jahr. Als 1970 die Lage eintrat, daß schon mehr als eine Million ausländische Arbeiter aus Staaten außerhalb der EG länger als fünf Jahre in Westdeutschland tätig waren, und laut Ausländergesetz nicht mehr nur durch Verweigerung der Arbeitserlaubnis ausgewiesen werden konnten, halfen nur noch politische Maßnahmen, die die Einbürgerung verhinderten. Einbürgerung darf nur vorgenommen werden, wenn sie im „Öffentlichen Interesse“ liegt. „Persönliche Wünsche und wirtschaftliche Interessen ... können nicht ausschlaggebend sein.“ Die Niederlassungsdauer muß wenigstens 10 Jahre betragen, die sich der ausländische Arbeiter offiziell hat ausbeuten lassen müssen, dabei hat er sich „unbescholten“ fügen müssen, seine „Gesundheit“ noch in Takt sein und „Hinwendung ... zum deutschen Kulturkreis“ von „Grundsätzlicher Einstellung“ hat erkennen lassen müssen, die „den außenpolitischen Belangen nicht entgegenstehen.“

Die Einbürgerung ist praktisch unmöglich gemacht und die politische Entrechtung bleibt erhalten. Weiterhin sichert dieser Zustand den Zugriff auf die Gelder der Versicherungskassen. „Die 1,35 Millionen Ausländer, die 1969 im Jahresdurchschnitt bei uns tätig waren, werden Löhne von insgesamt 16 Mrd. DM verdient haben.... Bei der erwähnten Lohnsumme ... entfällt auf die Ausländer ein Beitrag auf die Rentenversicherung in der Höhe von über 2 Mrd. DM. Gleichzeitig fallen jedoch nur verhältnismäßig geringfügige Ausgaben für Renten an ausländische Arbeitnehmer an. Dadurch ergibt sich bei den Ausländern ein ganz erheblicher Beitragsüberschuß, der den „Marsch auf den Rentenberg“ in den nächsten Jahren beträchtlich erleichtert. Der Beitrag für deutsche Arbeitnehmer müßte andernfalls schon jetzt ein knappes Beitragsprozent höher sein, also nicht 17% sondern 18% betragen. Später, wenn die jetzt bei uns tätigen Ausländer ihre Rentenansprüche geltend machen, wird die Finanzierung nicht mehr die gleichen Probleme aufwerfen.“ (Bundesarbeitsblatt 1970) Ehrenbergs Vorgänger haben den Plan entwickelt, Ehrenbergs Aufgabe wird es sein, Wege zu finden, diese Rentenansprüche zu streichen.

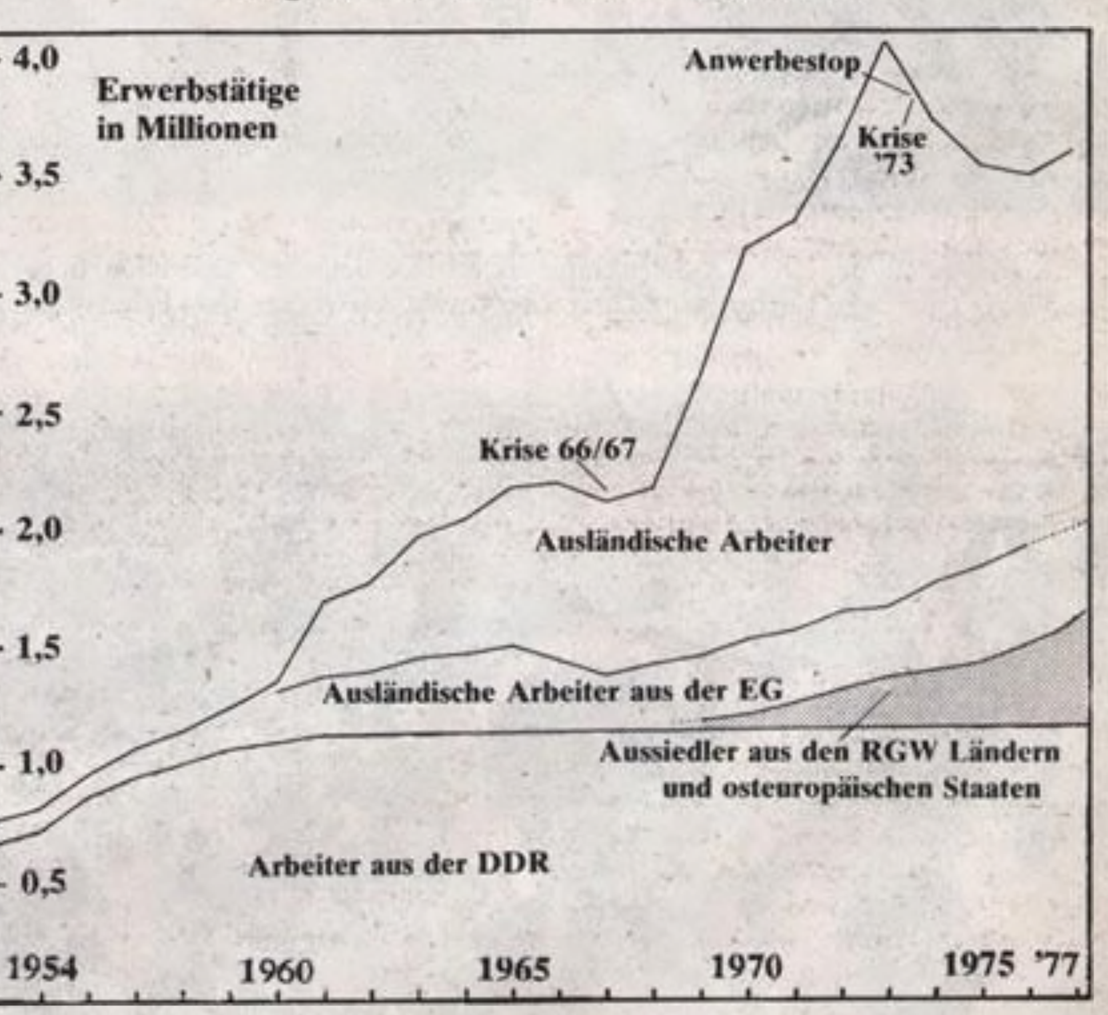
Mit ‚Anwerbestop‘ und ‚Rotation‘ – schneller Umschlag der Arbeitskraft und Einsackung der Versicherungsgelder.

Seit 1973, als der Anwerbestop für ausländische Arbeiter erlassen worden ist, wird durch beständige Rotation, d.h. zweijährigem Rhythmus der Umschlag unverbrauchter, junger Arbeitskraft durchgeführt. Der minder qualifizierten Arbeitskraft, die jetzt in Westdeutschland nicht mehr ausgebildet sondern nach kurzem intensiven Verbrauch wieder abgeschoben wird, wird mit der Zuführung von höher qualifizierten Arbeitern aus den osteuropäischen Ländern entgegengearbeitet, was die Ostverträge von 1970 ermöglichen. (siehe Schaubild)

Sprachkenntnisse sollen laut Verwaltungsvorschrift vom Frühjahr 1976 nur noch in solch einer Form den ausländischen Arbeitern beigebracht werden, „die der Dauer des Aufenthaltes entspricht.“ In dem Maße, wie auch ausländische Arbeitskräfte arbeitslos sind und ihre eingezahlten Versicherungsbeiträge als Arbeitslosengeld erhalten, setzt die Bourgeoisie alles daran, diese Teile der Arbeiterklasse schnell wieder abzuschieben. 1976 hatten 77283 ausländische Arbeiter Anspruch auf Arbeitslosengeld.

In den Verwaltungsvorschriften des Ehrenberg-Ministeriums wird darauf verwiesen, daß die Arbeitsämter darauf zu achten hätten, daß den Ausländern diese Gelder nur zustehen, wenn sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung ständen. Das wiederum tun sie nur, wenn sie im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis sind. Die Arbeitserlaubnis wiederum wird zumeist nur noch für ein Jahr gewährt und ist direkt an den Betrieb gebunden und erlischt bei Entlassung aus diesem Betrieb. Ist solch ein Arbeiter dann auf Sozialhilfe angewiesen, wird er laut Paragraf 10,10 Ausländergesetz ausgewiesen, denn er kann „... den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten ...“ Das Ehrenberg-Ministerium diktiert mit diesen Bestimmungen zügelloseste Ausbeutungsbedingungen ausländischer Arbeiter, und die Formen, mit denen sie des Landes verwiesen werden können. – (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Weser-Ems)

Zusammensetzung des vom westdeutschen Imperialismus zusammengetriebenen Arbeitskräftereservoirs



Nachdem die kapitalistische Profitproduktion nach dem 2. Weltkrieg die arbeitslosen Arbeiter aufgesaugt hatte, stellte sich für den westdeutschen Imperialismus das schon aus zwei Weltkriegen schmerzlich verspürte Problem eines zu geringen Reservoirs von Arbeitskräften innerhalb seines Territoriums. Der Profitproduktion mußten Arbeitskräfte zugeführt werden, deren Zusammensetzung das Schaubild zeigt. Als die Quelle hochqualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR versiegte, griff der westdeutsche Imperialismus nach den Arbeitern Westeuropas. Schon immer war dabei der Anteil hochqualifizierter Arbeiter aus den EG-Ländern gering. Seit 1968, durch die Ostverträge, betreibt die Bourgeoisie intensiv die Zuführung von Arbeitskräften deutscher Sprache aus den osteuropäischen Staaten, besonders aus den Industriegebieten aus Oberschlesien oder der Tschechoslowakei. Der Anwerbestop für ausländische Arbeiter außerhalb der EG wird somit aufgehoben, wobei gleichzeitig das strategische Kalkül der „natürlichen Aufstockung“ des deutschen Volkes einher geht, zwecks „Rückgewinnung“ der stets als Hinterland betrachteten Gebiete des ehemaligen „Großdeutschen Reiches“.

ches“.

In der nächsten KVZ:
Die Kriegsopferfürsorge – Almosen und Schikane für das Blutopfer der Arbeiterklasse auf den Schlachtfeldern der imperialistischen Kriege.